



Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.  
Reinhardtstraße 13, 10117 Berlin  
Telefon: 030 284 44 7 - 822, Telefax: 030 284 44 7 - 828  
Mail: [cbp@caritas.de](mailto:cbp@caritas.de), [www.cbp.caritas.de](http://www.cbp.caritas.de)

## 1. CBP BTHG-Fachtag 2019, 11.03.2019, Frankfurt/Main

### Von der Bedarfsermittlung zur Fachleistung/ Assistenzleistung – nach dem Bundesteilhabegesetz

#### Tagesordnung

- 10:30 Uhr **Begrüßung und Aktuelles zum Bundesteilhabegesetz**  
*Dr. Thorsten Hinz, Geschäftsführer CBP*
- 11:00 Uhr **Vortrag: Neue Entwicklungen zur Bedarfsermittlung und zu Fachleistungen – das Spannungsverhältnis zwischen BTHG und landesrechtlichen Regelungen**  
*Janina Bessenich, stellv. CBP Geschäftsführerin u. Justiziarin*
- Offene Fragen
- 12:00 – 13:00 Uhr Mittagspause
- 13:00 Uhr **Vortrag: Vorstellung des Projekts zur Modellhaften Erprobung der Trennung der Leistungen aus Ostprignitz-Ruppin**  
*Sven Leist, AWO Betreuungsdienste gGmbH, Friesack / Mark*
- 14:00 Uhr Kurze Kaffeepause
- 14:15 Uhr **Impuls: BTHG-Übergangsregelungen**  
*Dr. Thorsten Hinz, Geschäftsführer CBP*
- Diskussion
- 15:15 Uhr **Kurzberichte aus den Bundesländern**  
Diskussion/ kollegialer Austausch zum Fachthema/ Ausblick und Perspektiven
- 16:00 Uhr Ausblick und Ende der Tagung

Berlin, den 14.02.2019

Tagungsleitung: Dr. Thorsten Hinz und Janina Bessenich, CBP e. V.

Kontakt: [cbp@caritas.de](mailto:cbp@caritas.de) oder per Telefon 030-284447-823



Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.  
Reinhardtstraße 13, 10117 Berlin  
Telefon: 030 284 44 7 - 822, Telefax: 030 284 44 7 - 828  
Mail: cbp@caritas.de, www.cbp.caritas.de

## **Von der Bedarfsermittlung zur Fachleistung/ Assistenzleistung – nach dem Bundesteilhabegesetz – CBP 1. BTHG-Fachtag 2019**

### **KURZBESCHREIBUNG**

Bereits seit dem 1.1.2018 gilt ein bundeseinheitliches Bedarfsermittlungsverfahren nach dem Bundesteilhabegesetz (siehe § 19 SGB IX Teilhabeplan und Kapitel 7 Gesamtplanung SGB IX), das jeweils auf der Ebene der Länder genauer konkretisiert werden muss. Zum Verfahren gehört u. a. auch die Festlegung der Instrumente der Bedarfsermittlung im Rahmen der Gesamtplanung (§ 118 SGB IX).

Die Umsetzung der entsprechenden Vorgaben des Bundesteilhabegesetzes erfolgt in den einzelnen Bundesländern sehr schleppend. Es gibt bislang höchstens Einzelfälle, bei denen der Bedarf nach den neuen Vorgaben ermittelt wurde. Viele Bundesländer haben zwar jetzt Instrumente zur Bedarfsermittlung benannt, diese sind aber bislang weder erprobt noch sind die Fachkräfte der Verwaltungen im Umgang mit diesen geschult. Allerdings gibt es bereits Bundesländer, die auf Grundlage des alten Status quo Leistungsbescheide ausgegeben haben. Gegen diese Bescheide könnten die Leistungsberechtigten oder deren rechtliche Vertretungen Widerspruch erheben und auf Einhaltung der ab 1.1.2018 gültigen neuen Regelungen zum Bedarfsermittlungsverfahren verweisen. Erst über eine umfassende Bedarfsermittlung lassen sich die genauen individuellen Bedarfe in Leistungen und Angebote übersetzen, aus denen dann die Fach- und Assistenzleistungen erwachsen.

Das Teilhabeplanverfahren (§ 19 SGB IX) gilt für alle der in § 6 SGB IX genannten Rehabilitationsträger und ist von diesen zwingend zu beachten, auch von den Trägern der Eingliederungshilfe (z. B. bei der Einbeziehung der Leistungserbringer im Verfahren). Für die Leistungen der Eingliederungshilfe, wenn ausschließlich eine Leistungsgruppe nach § 5 SGB IX in Betracht kommt, hat der Eingliederungshilfeträger, gemäß § 21 SGB IX ergänzend zu den Vorschriften des Teilhabeplanverfahrens, die Vorschriften für die Gesamtplanung (§ 117 ff. SGB IX) im zweiten Teil des SGB IX zu beachten. Es handelt sich um ein Verfahren, in dem beide Vorgaben der Teilhabeplanung und Gesamtplanung sich ergänzen und nicht ausschließen.

Neu ist, dass die Festlegungen des Gesamtplans bzw. des Teilhabeplans bindend für die Leistungserbringer sind, weil die Vorgaben des Teilhabeplans oder des Gesamtplans gemäß § 123 Abs. 4 SGB IX auch die Leistungspflichten des Leistungserbringers im Einzelfall bestimmen und damit zu erheblichen Konsequenzen (z. B. Vergütungskürzung) führen können. Wenn sich der Leistungserbringer in der Leistungsvereinbarung oder nach dem Landesrahmenvertrag verpflichtet, die Leistungen nach dem Gesamtplan oder nach dem Teilhabeplan zu erbringen, ist er dazu verpflichtet, unabhängig davon, ob diese ggfs. individuellen Leistungen refinanziert werden.

Nach dem Teil 1 SGB IX ist die Einbeziehung der Leistungserbringer beim Teilhabeplanverfahren vorgegeben. Aus Sicht des CBP ist eine Einbeziehung notwendig damit Bedarfe und sich daraus ableitende Leistungen benannt werden. Siehe hierzu auch das Fachgutachten von Dr. Harry Fuchs, das der CBP in Auftrag gegeben hat unter:

[Download](#)

## **Einbeziehung der Leistungserbringer im Teilhabeplan- und Gesamtplanverfahren**

Die Einbeziehung der Leistungserbringer im Teilhabeplanverfahren ist in § 20 Abs. 3 SGB IX vorgeschrieben. Es ist eine grundlegende Verfahrensregel für das neue Verfahren zur Bedarfsermittlung, die ebenfalls für die Bedarfsermittlung in der Eingliederungshilfe nach § 7 Abs. 2 SGB IX gilt. Das Gesamtplanverfahren stellt zwar ein besonderes Verfahren der neuen Eingliederungshilfe dar, allerdings gelten die bestimmten bundeseinheitlichen Vorgaben des Teilhabeplanverfahrens ebenfalls für das Gesamtplanverfahren. Diesem Grundsatz folgt die neugefasste Regelung des § 7 Abs. 2 SGB IX, der einen unbedingten Vorrang<sup>1</sup> der Regelungen des Teil 1 SGB IX einräumt und somit die Umsetzung der bundeseinheitlichen Vorgaben aus dem Teilhabeplanverfahren auch im Gesamtplanverfahren vorschreibt.

Aus materiellen Gründen ist die Einbeziehung des Leistungserbringers – wie selbst von der Länder-Bund-Gruppe empfohlen<sup>2</sup> – erforderlich, weil im Gesamtplanverfahren über die Inhalte beraten wird, die auch die Pflichten des Leistungserbringers betreffen. In der Gesamtplanung wird u.a. über den Anteil des Regelsatzes beraten, der den Leistungsberechtigten als Barmittel verbleibt (§ 119 Abs. 2 S. 2, § 121 Abs. 2 Abs. 4 Nr. 6 SGB IX) und damit auch eine Verpflichtung für den Leistungserbringer entsteht (§ 123 Abs. 4 SGB IX).

Darüber hinaus darf der persönliche Beistand als eine Person des Vertrauens in allen Schritten des Verfahrens einbezogen werden (§ 117 Abs. 2 SGB IX) (z. B. auch ein\_e Mitarbeiter\_in(nen) eines Dienstes / einer Einrichtung). Zusätzlich sind ggf. rechtliche Betreuer oder Bevollmächtigte nach § 13 SGB X zu beteiligen. Bei der Ausgestaltung des Gesamtplanverfahrens (§ 121 BTHG Abs. 3 SGB IX) sind im Einzelfall zu beteiligende Personen nicht abschließend aufgezählt. Das Gesamtplanverfahren ist eine wichtige Grundlage für die Realisierung des Wunsch- und Wahlrechtes des Antragstellers.

Zu beachten ist nochmals grundsätzlich, dass bei Mehrheit der Reha-Träger oder beim Bedarf an mehreren Leistungen aus mehreren Leistungsgruppen (Leistungen der Sozialen Teilhabe und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in der Werkstatt und / oder Leistungen der medizinischen Rehabilitation oder Leistungen der Pflege) nach § 20 SGB IX ein Teilhabeplanverfahren in Anwendung kommen muss. Bei Leistungen der Pflege kommt die Einbeziehung der Pflegeversicherung in Betracht. Die Einleitung dieses Teilhabeplanverfahrens sollte vom Leistungsberechtigten ausdrücklich beantragt werden.

Das Gesamtplanverfahren kommt in Betracht, wenn ausschließlich der Träger der Eingliederungshilfe zuständig ist und eine Leistung aus einer Leistungsgruppe nach § 5 SGB IX begehrt wird (z. B. ausschließlich Leistungen der Sozialen Teilhabe z. B. Assistenzleistungen). In sonstigen Fällen ist das Gesamtplanverfahren nicht statthaft. Aus diesem Grunde ist grundsätzlich die Einleitung des Teilhabeplanverfahrens zu empfehlen.

Dr. Thorsten Hinz und Janina Bessenich

Berlin, den 14.2.2019

---

<sup>1</sup> Prof. von Boetticher: Das neue Teilhaberecht S. 74

<sup>2</sup> Empfehlung der Länder-Bund-AG vom 18.10.2018 „Empfehlungen für die Trennung der Lebensunterhaltsleistungen von den Fachleistungen der Eingliederungshilfe in bisherigen Einrichtungen der Behindertenhilfe außerhalb der Unterkunftskosten ab dem Jahr 2020“

**Dr. Harry Fuchs**  
**Lehrbeauftragter an den Hochschulen Düsseldorf und München**  
<http://harry-fuchs.de/>

## **Kurzgutachten**

**Das Verhältnis von Teilhabeplan- und Gesamtplanverfahren im Bundesteilhabegesetz.  
Beteiligung der Leistungserbringerseite**

**Erstattet im Auftrag der  
Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP)  
Reinhardstr. 13, 10117 Berlin**

Düsseldorf, den 11. April 2018

## 1. Historische Einordnung

1.1 § 5 Abs. 3 Rehabilitationsangleichungsgesetz (RehaAnglG) verpflichtete ab 1.10.1974 den zuständigen Rehabilitationsträger dazu, in geeigneten Fällen einen Gesamtplan zur Rehabilitation aufzustellen, wenn das Rehabilitationsverfahren mehrere Maßnahmen umfasst oder andere Träger und Stellen daran beteiligt sind. Der Gesamtplan sollte alle Maßnahmen umfassen, die im Einzelfall erforderlich sind, um eine vollständige und dauerhafte Eingliederung zu erreichen.

Diese Verpflichtung entfaltete Wirkung bei allen Sozialversicherungsträger, nicht aber bei den Trägern der Sozialhilfe und der öffentlichen Jugendhilfe, die zum damaligen Zeitpunkt nach § 2 RehaAnglG noch nicht zum Kreis der Rehabilitationsträger zählten.

Die Bestimmung regelte ausdrücklich die Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger.

An der Aufstellung des Gesamtplanes wirkten nach § 5 Abs. 3 Satz 3 RehaAnglG der Behinderte, auf sein Verlangen oder soweit erforderlich die behandelnden Ärzte oder soweit erforderlich die am Rehabilitationsverfahren beteiligten Stellen beratend mit. Zu den am Rehabilitationsverfahren beteiligten Stellen zählten auch die Leistungserbringer.

Die Gesamtplanverpflichtung wurde mit Inkrafttreten des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) ab 1.7.2001 aufgehoben, weil die Rehabilitationsträger diese Regelung in der Praxis nicht umgesetzt hatten. Der Gesetzgeber ging – nicht zuletzt auch mit Blick auf den mit einem Gesamtplan verbundenen Verwaltungsaufwand – davon aus, dass alle für die Bedarfsermittlung, Entscheidung über die Anträge sowie die Koordination und Kooperation der Träger notwendigen Feststellungen und Erkenntnisse aus den Verwaltungsakten der Träger ersichtlich seien und es einer besonderen Zusammenfassung in einem „Gesamtplan“ nicht bedürfe.

1.2 Im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen war die Verpflichtung zur Erstellung eines Gesamtplanes im 6. Kapitel des SGB XII und zuvor ab 1.6.1962 in § 46 BSHG geregelt. Nach § 58 Abs. 1 SGB XII hatten die Träger der Sozialhilfe so frühzeitig wie möglich einen Gesamtplan zur Durchführung der einzelnen Leistungen aufzustellen.

Nach Abs. 2 hatten die Träger der Eingliederungshilfe bei der Aufstellung des Gesamtplanes *und der Durchführung der Leistungen* mit dem behinderten Menschen und den sonst im Einzelfall Beteiligten, insbesondere die mit dem behandelnden Arzt, dem Gesundheitsamt, dem Landesarzt, dem Jugendamt und den Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit zusammenzuwirken.

Auch wenn die Leistungserbringer in dieser Regelung nicht ausdrücklich genannt wurden, liess die nicht abschließende Aufzählung ihre Beteiligung im Einzelfall zu.

1.3 Die Gesamtplanregelungen im Rehabilitationsrecht (RehaAnglG) und im Bereich der Eingliederungshilfe behinderter Menschen (SGB XII) verfolgten danach unterschiedliche Ziele. Im Rehabilitationsrecht diente der Gesamtplan der Zusammenarbeit und Koordination der Leistungserbringer und in diesem Rahmen der Dokumentation der erforderlichen Leistungen, die vom zuständigen Träger so vollständig und umfassend zu erbringen waren, dass Leistungen eines anderen Trägers nicht mehr erforderlich werden (§ 5 Abs. 2 RehaAnglG; heute § 4 Abs. 2 Satz 2 SGB IX).

Im Bereich der Eingliederungshilfe war der Gesamtplan einerseits das Instrument für die Ermittlung des Leistungsbedarfs, diente jedoch zugleich auch der Zusammenarbeit mit anderen Stellen und bildete die Basis für die Durchführung der Leistungen, (damals wurde noch nicht von „Steuerung“ gesprochen – siehe heute § 121 Abs. 2 SGB IX).

In beiden Regelungsbereichen war die Beteiligung der Leistungserbringer – entweder auf Verlangen des Behinderten (RehaAnglG) oder ganz grundsätzlich (SGB XII) – möglich.

## 2. Teilhabeplanverfahren des SGB IX in der Fassung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)

Mit Inkrafttreten des SGB IX, Teil 1 in der Fassung des BTHG wird ein Teilhabeplan eingeführt, der in seiner Zielsetzung weitgehend mit der Zielsetzung des früheren Gesamtplanes übereinstimmt.

Zugleich wird das bisherige Gesamtplanverfahren nach dem SGB XII weiterentwickelt, auf dem der Teilhabeplan des § 19 SGB IX basiert (§ 121 Abs. 4, 1. Halbsatz SGB IX) und um weitere sechs eingliederungshilfespezifische Elemente erweitert, die der Leistungssteuerung und Wirkungskontrolle dienen.

2.1 Die **Teilhabeplanung** besteht aus der Wahrnehmung eines Teilhabeproblems, der Feststellung der funktionsbezogenen Teilhabebeeinträchtigung (§ 13 Abs. 2 Nr. 2), der Festlegung der Rehabilitationsziele (§ 13 Abs. 2 Nr. 3), der darauf ausgerichteten Erfolgsprognose bzgl. der in Frage kommenden Leistungen (§ 13 Abs. 2 Nr. 4) sowie der darauf basierenden funktionsbezogenen Feststellung des Leistungsbedarfs (§ 19 Abs. 1), ggfls. einer Teilhabeplankonferenz (§ 20) und wird im **Teilhabeplan** dokumentiert.

Das weitere **Teilhabeverfahren** basiert auf dem Teilhabeplan und wird mit der Planung der Leistungsausführung (§ 25 Abs. 1 Nr. 1) einschl. der Auswahl einer geeigneten Rehabilitationseinrichtung (§ 36 Abs. 2), der Leistungsausführung (§ 28 Abs. 1 S 2), der Erfolgskontrolle (§ 19 Abs. 3 S 1) einschl. einer ggfls. notwendigen Anpassung der Ziele und Leistungen, der Kooperation und Koordination der Beteiligten sowie der Gewährleistung des nahtlosen Ineinandergreifens der Teilhabeleistungen (§ 19 Abs. 1, letzter Hs.) fortgesetzt. Diese Teile des Teilhabeverfahrens werden nicht im Teilhabeplan, sondern ausschließlich in der Verwaltungsakte des Rehabilitationsträgers dokumentiert.

Mit Blick darauf setzt der Gesetzgeber mit der in § 19 SGB IX verankerten Teilhabeplanung wesentliche Rahmenbedingungen und Maßstäbe für den komplexen Rehabilitationsprozess und die damit verbundenen Verwaltungsverfahren.

2.2 Obwohl im Wortlaut des SGB IX, Teil 1 der Begriff „Teilhabeplanverfahren“ nicht enthalten ist, verwendet der Gesetzgeber diese Bezeichnung in der Begründung zu § 19 SGB IX (BT-Drs. 18/9522 S. 239). Das Teilhabeplanverfahren ist *für alle vom SGB IX umfassten leistungsberechtigten Menschen einschlägig und unabhängig von der Art und Schwere der Behinderung* (BT-Drs. 18/9522 S. 239) und gilt danach auch für die leistungsberechtigten Menschen des SGB IX, Teil 2.

Die Regelung folgt im Wesentlichen der schon in § 5 RehaAnglG verankerten Zielsetzung der Koordinierung der Leistungen und der Rehabilitationsträger. Sie konkretisiert in Gestalt des Teilhabeplans die bislang nur in Grundzügen geregelte Koordinierung der Leistungen (BT-Drs. 18/9522 S. 239).

## **§ 19 Teilhabeplan**

**(1) Soweit Leistungen verschiedener Leistungsgruppen oder mehrerer Rehabilitationsträger erforderlich sind, ist der leistende Rehabilitationsträger dafür verantwortlich, dass er und die nach § 15 beteiligten Rehabilitationsträger im Benehmen miteinander und in Abstimmung mit den Leistungsberechtigten die nach dem individuellen Bedarf voraussichtlich erforderlichen Leistungen hinsichtlich Ziel, Art und Umfang funktionsbezogen feststellen und schriftlich so zusammenstellen, dass sie nahtlos ineinandergreifen.**

Nach der Begründung (BT-Drs. 18/9522 S 239). sollen die vollständigen und nahtlos ineinander greifenden Feststellungen der Rehabilitationsträger die für die Praxis relevante Möglichkeit der nach Zuständigkeiten und Leistungsgesetzen getrennten Leistungsbewilligung und Leistungserbringung nach § 15 Absatz 3 Satz 1 eröffnen. Das Teilhabeplanverfahren ist nach den Vorgaben des Absatzes 2 schriftlich zu dokumentieren, im Übrigen jedoch an keine besondere Form gebunden. Die Erstellung ist insbesondere im Umlaufverfahren möglich.

§ 19 Abs. 1 entspricht weitgehend den bisherigen Vorgaben für die Koordinierung von Leistungen. Zuständig für die Koordinierung und damit für die Erstellung des Teilhabeplans ist der nach § 14 leistende Rehabilitationsträger.

Die Vorschrift legt für alle Rehabilitationsträger einheitlich fest, dass die trägerübergreifende Beurteilung von Teilhabebeeinträchtigungen funktionsbezogen und damit grundsätzlich nach dem „bio-psycho-sozialen Modell“ zu erfolgen hat (BT-Ds. 9522 S. 239). Hierzu existieren in der Praxis verschiedene Verfahren in unterschiedlicher Ausprägung, die in § 13 als „Instrumente“ näher definiert werden. Nach § 19 Abs. 2 sind die für die Entscheidungen der Rehabilitationsträger maßgeblichen Feststellungen zu dokumentieren.

Der Teilhabeplan wird damit zu einem standardisierten Verwaltungsverfahren und regulärer Bestandteil der Aktenführung. Durch die Aufzählung der zu dokumentierenden Elemente des Teilhabeplans wird sichergestellt, dass alle Rehabilitationsträger ihre Dokumentationsanforderungen an den gleichen Maßstäben ausrichten und eine lückenlose Kommunikation zwischen den Rehabilitationsträgern stattfinden kann.

Der Teilhabeplan ist kein Verwaltungsakt. Er ersetzt nach § 19 Abs. 4 SGB IX nicht die Entscheidung über den Antrag auf Leistungen zur Teilhabe und auch nicht deren Begründung. Stattdessen bereitet der Teilhabeplan die Entscheidungen der Rehabilitationsträger unter Mitwirkung der Leistungsberechtigten vor. Die Entscheidungsbegründung nach § 35 SGB X kann auf den Teilhabeplan durch Übernahme der relevanten Bestandteile Bezug nehmen (BT-Drs. 18/9522 S. 240).

Der Gesetzgeber geht mit Blick auf diese Begründung offensichtlich davon aus, dass es sich bei dem Teilhabeplan nach dem Teil 1 des SGB IX mehr oder weniger um eine verwaltungsinterne Dokumentation des Verfahrensablaufes und der Verfahrensinhalte mit der Zielsetzung einer trägerübergreifend einheitlichen, dem Verfahrensverlauf entsprechend fortzuschreibenden (§ 19 Abs. 3 SGB IX) Arbeitsgrundlage für alle Träger im Rahmen der Koordination und Kooperation der Träger handelt.

Da an verwaltungsinternen Abläufen Außenstehende üblicher Weise nicht beteiligt werden, sieht der Gesetzgeber auch mit Blick auf die Zielsetzung dieser Regelung (Koordination und Kooperation der Träger) eine Beteiligung der Leistungserbringer nicht vor.

2.3 Dem Gesetzgeber war dennoch offensichtlich bewusst, dass ein Teil der nach § 19 Abs. 2 SGB IX im Teilhabeplan zu dokumentierenden Feststellungen und Sachverhalte ohne Beteiligung des Berechtigten oder ohne Abstimmung (§ 19 Abs. 1 Satz 1 SGB IX) mit dem Berechtigten gar nicht möglich sind:

**(2) Der leistende Rehabilitationsträger erstellt in den Fällen nach Absatz 1 einen Teilhabeplan innerhalb der für die Entscheidung über den Antrag maßgeblichen Frist. Der Teilhabeplan dokumentiert**

1. ....
2. **die Feststellungen über den individuellen Rehabilitationsbedarf auf Grundlage der Bedarfsermittlung nach § 13,**
3. ....
4. ....
5. ....
6. **erreichbare und überprüfbare Teilhabeziele und deren Fortschreibung,**
7. **die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 8, insbesondere im Hinblick auf die Ausführung von Leistungen durch ein Persönliches Budget,**
8. **die Dokumentation der einvernehmlichen, umfassenden und trägerübergreifenden Feststellung des Rehabilitationsbedarfs in den Fällen nach § 15 Absatz 3 Satz 1,**
9. **die Ergebnisse der Teilhabeplankonferenz nach § 20,**
10. ....
11. **die besonderen Belange pflegender Angehöriger bei der Erbringung von Leistungen der medizinischen Rehabilitation.**

Die Berechtigten können deshalb nach § 19 Abs. 3 Satz 3 SGB IX von dem leistenden Rehabilitationsträger Einsicht in den Teilhabeplan oder die Erteilung von Ablichtungen nach § 25 SGB X verlangen. Nach der Begründung richtet sich dieses Einsichtnahmerecht nach den allgemeinen Vorschriften, mithin denen des SGB X. Damit soll der Teilhabeplan sowohl die Rehabilitationsträger bei der trägerübergreifenden Bedarfsermittlung und -feststellung *als auch die Leistungsberechtigten im Rahmen der Mitwirkung* im Verfahren und ggf. bei *einer darüberhinausgehenden Rechtsdurchsetzung* unterstützen (BT-Drs. 18/9522 S. 240).

### **3. Teilhabeplankonferenz des SGB IX in der Fassung des BTHG**

Die Teilhabeplankonferenz ist ein zusätzliches Verfahren der Bedarfsfeststellung in den Fällen der Trägermehrheit nach § 15 SGB IX, das die Möglichkeiten der Partizipation der Leistungsberechtigten stärkt und in komplexen Leistungsfällen die Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger unterstützt.

#### **§ 20 Teilhabeplankonferenz**

**(1) Mit Zustimmung der Leistungsberechtigten kann der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens nach § 19 verantwortliche Rehabilitationsträger zur gemeinsamen Beratung der Feststellungen zum Rehabilitationsbedarf eine Teilhabeplankonferenz durchführen. Die**

**Leistungsberechtigten und die beteiligten Rehabilitationsträger können dem nach § 19 verantwortlichen Rehabilitationsträger die Durchführung einer Teilhabekonferenz vorschlagen. Von dem Vorschlag auf Durchführung einer Teilhabekonferenz kann abgewichen werden,**

- 1. wenn der zur Feststellung des Rehabilitationsbedarfs maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann,**
- 2. wenn der Aufwand zur Durchführung nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht oder**
- 3. wenn eine Einwilligung nach § 23 Absatz 2 nicht erteilt wurde.**

Der für die Durchführung des Teilhabekonferenzverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger hat nach Absatz 1 die Pflicht, die Erforderlichkeit und Zweckmäßigkeit einer Teilhabekonferenz zu prüfen und bei Bejahung den Leistungsberechtigten diese auch anzubieten. Die Leistungsberechtigten haben ihrerseits einen Anspruch auf Durchführung einer Teilhabekonferenz, dem nach pflichtgemäßen Ermessen Rechnung zu tragen ist. Der verantwortliche Rehabilitationsträger übernimmt die Organisation der Teilhabekonferenz nach den allgemeinen Verfahrensvorschriften des SGB I und des SGB X. Die Rehabilitationsträger tragen nach § 64 SGB X ihre Verwaltungskosten selbst, wie auch die der Leistungsberechtigten, soweit keine besonderen Kostenerstattungsansprüche nach anderen Vorschriften greifen. Wird von der Durchführung einer Teilhabekonferenz abgesehen, dürfen die Leistungsberechtigten hierdurch bei der Leistungserbringung keine Nachteile erleiden. Soll auf eine Teilhabekonferenz verzichtet werden, obwohl diese vorgeschlagen wurde, ist den Leistungsberechtigten nach Absatz 2 Satz 1 Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung maßgeblichen Gründen zu äußern (BT-Drs. 18/9522 S. 240).

Im Gegensatz zur Aufstellung des Teilhabekonferenzplanes nach § 19 SGB IX nehmen nach § 19 Abs. 3 SGB IX Beteiligte nach § 12 SGB X sowie auf Wunsch der Leistungsberechtigten die Bevollmächtigten und Beistände nach § 13 SGB X sowie *sonstige Vertrauenspersonen* an der Teilhabekonferenz teil.

Die Beteiligung von Vertrauenspersonen und Personensorgeberechtigten war nach bisherigem Recht vom Beginn des Verfahrens an in den Gemeinsamen Servicestellen vorgesehen und schloss sogar eine Beratung dieser Vertrauenspersonen ein (§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB IX aF).

Wer die Vertrauensperson ist, die der Berechtigte beteiligt, entscheidet allein der Berechtigte selbst. Diese Entscheidung ist vom Rehabilitationsträger hinzunehmen. **Vertrauensperson könnte danach auch ein Mitarbeiter bzw. eine Mitarbeiterin eines Leistungserbringers sein.**

Auf Wunsch oder mit Zustimmung des Leistungsberechtigten können nach § 20 Abs. 3 Satz 2 SGB IX Rehabilitationsdienste, Rehabilitationseinrichtungen und Jobcenter sowie sonstige beteiligte Leistungserbringer an der Teilhabekonferenz teilnehmen.

#### **4. Zusammenfassung Beteiligungsrechte im Teilhabekonferenzverfahren des SGB IX, Teil 1**

##### **4.1 Beteiligungsrechte des Berechtigten**

Mit Blick auf die Selbstbestimmungsrechte der Berechtigten, insbesondere das Wunsch- und Wahlrecht nach § 8, sowie die Bedeutung des Teilhabekonferenzplanes für das gesamte Rehabilitationsverfahren ist der Teilhabekonferenzplan in **Abstimmung mit den Leistungsberechtigten** aufzustellen (§ 19 Abs. 1 SGB IX). Danach ist der Berechtigte nicht nur Beteiligter an dem Rehabilitationsprozess, sondern kann ihn auch aktiv mitgestalten. Abstimmung heißt nämlich, dass der Rehabilitationsträger ohne gestaltende Mitbeteiligung des Berechtigten im gesamten Teilhabekonferenzverfahren keine Festlegungen oder Entscheidungen treffen kann, ohne diese zuvor mit dem Berechtigten erörtert zu haben. Abstimmung heißt nicht, dass der Rehabilitationsträger allen Vorstellungen des Berechtigten zu folgen hat. Inwieweit der Rehabilitationsträger den Anliegen des Berechtigten Rechnung zu tragen hat, ergibt sich aus den Selbstbestimmungsrechten (Art. 3 UN-BRK), insbesondere jedoch dem Wunschrecht des § 8 SGB IX und anderen gesetzlichen Beteiligung-, Mitwirkungs- und Gestaltungsrechten des Berechtigten, aber auch aus seinen Mitwirkungspflichten iSv. §§ 60ff SGB I.

Soweit im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Abstimmung kein Einvernehmen zwischen dem Berechtigten und dem Rehabilitationsträger besteht (z.B. über das Ergebnis der Ermittlung des Bedarfs, der Bewertung des Ergebnisses bzgl. der Beeinträchtigung der Teilhabe, der Teilhabeziele und der danach



zielgerichtet und wirksam erforderlichen Leistungen) sind diese Unterschiede zu diskutieren und zu dokumentieren.

Nach § 19 Abs. 2 Nr. 8 SGB IX ist die *einvernehmliche*, umfassende und trägerübergreifende Feststellung des Rehabilitationsbedarfs im Teilhabeplan zu dokumentieren. Wird bei der Abstimmung kein Einvernehmen erzielt, müssen zwangsläufig auch die unterschiedlichen Auffassungen dokumentiert und begründet werden, da es sich ansonsten nicht um eine „einvernehmliche, umfassende“ Bedarfsfeststellung handelt. Zudem müssen die vom Träger nicht zugebilligten Leistungsanteile, die auf unterschiedlichen Auffassungen zum Bedarf beruhen, im Verwaltungsakt abgelehnt und begründet werden (§ 35 SGB X).

Da der Teilhabeplan mit dem Berechtigten abzustimmen und der – danach – einvernehmliche Teilhabeplan zu dokumentieren ist, muss der Berechtigte zweifelsfrei an der Aufstellung des Teilhabeplans beteiligt sein.

**Nach § 13 Abs. 1 SGB X kann sich ein Berechtigter durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Die Vollmacht ermächtigt zu allen das Verwaltungsverfahren betreffenden Verfahrenshandlungen, sofern sich aus ihrem Inhalt nichts anderes ergibt.**

**Nach § 13 Abs. 4 kann ein Berechtigter zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen. Das von dem Beistand Vorgetragene gilt als von dem Berechtigten vorgebracht, soweit dieser nicht unverzüglich widerspricht.**

Da in § 19 SGB IX die Anwendung des § 13 SGB X nicht ausgeschlossen ist, kann sich der Berechtigte auf jeden Fall bei der Abstimmung durch einen Bevollmächtigten oder Beistand vertreten lassen. Nach § 13 Abs. 2 S 1 SGB X hat sich die Behörde im Vertretungsfall an den Bevollmächtigten zu wenden. Nach § 13 Abs. 3 Satz 2 SGB IX kann sie sich an den Beteiligten wenden, soweit dieser Mitwirkung verpflichtet ist.

Da die Berechtigten bei Leistungen zur Teilhabe regelmäßig zur Mitwirkung verpflichtet sind und nach § 13 Abs. 3 Satz 2 neben dem Bevollmächtigten direkt angesprochen werden können, ist es zweckmäßig, vorrangig von der Möglichkeit, einen Beistand zu beteiligen, Gebrauch zu machen, da nach § 13 Abs. 4 SGB IX der Berechtigte Ansprechpartner ist, mithin Herr des Verfahrens bleibt und der Beistand ihn unterstützend begleitet.

#### **4.2 Beteiligungsrechte der Leistungserbringer**

§ 19 SGB IX sieht bei der *Aufstellung des Teilhabeplanes* ein originäres Beteiligungsrecht der Leistungserbringer nicht vor. Mitarbeiter von Leistungserbringern können jedoch als Bevollmächtigte oder Beistände iSv § 13 Abs. 1 und 4 SGB X beteiligt werden.

**Bei der Teilhabekonferenz (§ 20 SGB IX) können die Leistungserbringer entweder als Vertrauensperson des Berechtigten (§ 20 Abs. 3 Satz 1 SGB IX), als Bevollmächtigter bzw. Beistand (§ 13 Abs. 1 und 3 SGB X) oder in originärer eigener Verantwortung als Leistungserbringer beteiligt sein (§ 20 Abs. 3 Satz 2 SGB IX).**

Nach § 20 Abs. 3 Satz 2 SGB IX können nämlich auf Wunsch oder mit Zustimmung des Leistungsberechtigten Rehabilitationsdienste, Rehabilitationseinrichtungen und Jobcenter sowie sonstige beteiligte Leistungserbringer an der Teilhabekonferenz teilnehmen. Diese Regelung entspricht der Vorgängerregelung in § 5 Abs.3 Satz3 RehaAnglG.

Auf dieser Grundlage erfolgt die Teilnahme nicht als Vertrauensperson des Berechtigten, sondern in der originären Rolle und Verantwortung als Leistungserbringer.

## **5. Das Gesamtplanverfahren des SGB IX, Teil 2**

Das am 1.1.2020 in Kraft tretende Kapitel 7 des SGB IX, Teil 2 sieht für den Bereich der Eingliederungshilfe eine **Gesamtplanung** vor. Diese umfasst alle im 7. Kapitel geregelten Tatbestände vom Gesamtplanverfahren (§ 117) über die Instrumente der Bedarfsermittlung (§ 118), die Gesamtplankonferenz (§ 119) und den Gesamtplan (§ 121) bis zur Teilhabezielvereinbarung (§ 122).

Der Gesamtplanung kommt im Kontext personenbezogener Leistungsgewährung und -erbringung eine Schlüsselfunktion zu. Sie ist die Grundlage für die Sicherstellung einer bedarfsdeckenden Leistungserbringung. Die Regelungen des Kapitels 7 knüpfen an die Regelungen des Teils 1, Kapitel 3 und

4 zur Bedarfsermittlung bzw. Teilhabeplanung an und normieren die für die besonderen Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen notwendigen Spezifika.

Während der Teilhabeplan nach § 19 nur dann zu erstellen ist, soweit Leistungen verschiedener Leistungsgruppen oder mehrerer Rehabilitationsträger erforderlich sind oder der Berechtigte es wünscht (§ 19 Abs. 2 Satz 3 SGB IX), ist der Gesamtplan für jede leistungsberechtigte Person und auch bei Einzelleistungen zu erstellen. Im Interesse aller Beteiligten wird mit dieser Regelung *den Funktionen des Gesamtplans der Steuerung, Wirkungskontrolle und Dokumentation des Teilhabeprozesses* adäquat Rechnung getragen und insbesondere auch die Position des Leistungsberechtigten sowohl gegenüber dem Leistungsträger wie auch gegenüber dem Leistungserbringer gestärkt. Vor diesem Hintergrund ist der **Gesamtplan explizit auch dann zu erstellen, wenn kein Teilhabeplan zu erstellen ist.** (BT-Drs. 18/9522 S. 287).

Schon aus dieser Begründung ist ersichtlich, dass der Gesamtplan über die Zielsetzung des Teilhabeplanes des § 19 SGB IX hinausgehend Ziele und Aufgaben verfolgt, die vornehmlich den Interessen des Trägers der Eingliederungshilfe dienen und die z.B. die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung nach § 128 SGB IX gestalten. Schon deshalb besteht für die Leistungserbringer ein Interesse an der gesicherten, unmittelbaren Beteiligung am Gesamtplanverfahren.

Im Gesamtplanverfahren werden die Feststellungen getroffen, die letztlich im Gesamtplan zu dokumentieren sind.

### **5.1 § 117 Gesamtplanverfahren**

**(1) Das Gesamtplanverfahren ist nach folgenden Maßstäben durchzuführen:**

- 1. Beteiligung des Leistungsberechtigten in allen Verfahrensschritten, beginnend mit der Beratung,**
  - 2. Dokumentation der Wünsche des Leistungsberechtigten zu Ziel und Art der Leistungen,**
  - 3. Beachtung der Kriterien**
    - a) transparent,**
    - b) trägerübergreifend,**
    - c) interdisziplinär,**
    - d) konsensorientiert,**
    - e) individuell,**
    - f) lebensweltbezogen,**
    - g) sozialraumorientiert und**
    - h) zielorientiert,**
  - 4. Ermittlung des individuellen Bedarfes,**
  - 5. Durchführung einer Gesamtplankonferenz,**
  - 6. Abstimmung der Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer in einer Gesamtplankonferenz unter Beteiligung betroffener Leistungsträger.**
- (2) Am Gesamtplanverfahren wird auf Verlangen des Leistungsberechtigten eine Person seines Vertrauens beteiligt.**
- (3) – (5) .....**

Die Vorschrift knüpft an die Regelungen des bisherigen § 58 SGB XII an, erweitert und präzisiert diese. Die Ausgestaltung von Leistungen unter der Maßgabe der Personenzentrierung bedingt hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung sowie der verbindlichen Beteiligung der im Einzelfall einzubeziehenden Akteure weitreichendere Anforderungen an die Bedarfsermittlung und -feststellung als sie der bisherige § 58 SGB XII regelt.

Zur Vereinheitlichung des Verfahrens werden Maßstäbe und Kriterien in Ergänzung zum Teilhabeplanverfahren des Teils 1 Kapitel 4 bestimmt (BT-Drs. 18/9522 S. 287). Diese Formulierung der Begründung stellt klar, dass die nach Kapitel 4 des Teils 1 (insbesondere § 13 Abs. 2 Bedarfsermittlung, 19 Teilhabeplan) getroffenen Feststellungen die trägerübergreifend einheitliche Grundlage der Leistungsentscheidung bilden, die im Bereich der Eingliederungshilfe durch weitere Kriterien und Maßstäbe ergänzt werden (insbesondere die nach § 121 Abs. 4 SGB IX). Der Gesamtplan nach § 121 entspricht mithin nicht dem bisherigen Gesamtplan nach dem SGB XII. Es handelt sich nunmehr um den Teilhabeplan nach § 19 SGB IX, der um die in § 121 Abs. 4 Nr. 1 bis 6 SGB IX genannten spezifischen eingliederungshilferechtlichen Kriterien ergänzt wird (der in der Orientierungshilfe der BAGüS vom Febr. 2018, (S. 11, 16,19) erweckte gegenteilige Eindruck entspricht nicht den gesetzlichen Vorgaben).

## **5.2 Beteiligungsrechte des Berechtigten**

Nach § 117 Abs. 2 SGB IX kann der Berechtigte verlangen, am Gesamtplanverfahren eine Person seines Vertrauens zu beteiligen. Dieses Recht erstreckt sich auf die Beteiligung am gesamten Gesamtplanverfahren und schließt alle Teile dieses Verfahrens ein.

Da der Gesamtplan mindestens die Inhalte des § 19 SGB IX, d.h., den Teilhabeplan enthält, der lediglich um die § 121 Abs. 4 Nr. 1 bis 6 SGB IX genannten Kriterien ergänzt wird, erstreckt sich das Verlangen auch auf den Teilhabeplan, sodass im Bereich der Eingliederungshilfe – im Gegensatz zu Verfahren nach dem Teil 1 des SGB IX – im Rahmen des Gesamtplanverfahrens ohne Weiteres eine Vertrauensperson auch an der Aufstellung des Teilhabeplanes beteiligt werden kann.

Nach der Begründung zu § 117 Abs. 2 SGB IX kann Person des Vertrauens ein den Berechtigten beratender anderer Mensch mit Behinderung oder eine *von den Leistungsträgern so weit wie möglich unabhängige Beratungsinstanz* sein (BT-Drs.18/9522 S. 287). Letzteres schließt auch eine Person eines Leistungserbringers ein.

## **5.3 Beteiligungsrechte der Leistungserbringer**

Im Gegensatz zum Teilhabeplanverfahren nach dem Teil 1 des SGB IX, können Mitarbeiter der Leistungserbringer auf Verlangen des Leistungsberechtigten am gesamten Gesamtplanverfahren des Teils 2 des SGB IX – ohne ausdrückliche Bevollmächtigung oder im Sinne eines Beistandes nach § 13 SGB X – als Vertrauensperson beteiligt werden.

Unabhängig davon ist auch im Bereich der Eingliederungshilfe – wie im Teilhabeplanverfahren des Teils 1 des SGB IX – eine Beteiligung eines Mitarbeiters eines Leistungserbringers als Bevollmächtigter oder Beistand iSv § 13 SGB X möglich.

Im Gegensatz zu § 20 Abs. 3 Satz 2 SGB IX (Teilhabeplankonferenz) sieht § 119 SGB IX für die Gesamtplankonferenz der Träger der Eingliederungshilfe eine dieser Vorschrift entsprechende Regelung zur Beteiligung der Leistungserbringer auf Wunsch des Berechtigten nicht vor.

§ 119 Abs. 2 SGB IX bestimmt ausdrücklich, dass in einer Gesamtplankonferenz (nur) die Träger der Eingliederungshilfe, der Leistungsberechtigte und beteiligte Leistungsträger auf der Grundlage des Ergebnisses der Bedarfsermittlung beraten.

Mitarbeiter der Leistungserbringer können danach nur als Vertrauensperson (§ 117 Abs. 2 SGB IX) bzw. Bevollmächtigter oder Beistand iSv § 13 SGB X an der Gesamtplankonferenz teilnehmen.

## **5.4 Beteiligungsrechte der Leistungserbringer nach § 24 SGB X**

Nach § 24 Abs. 1 SGB X ist eine Behörde, die einen Verwaltungsakt erlässt, der in die Rechte eines Beteiligten eingreift verpflichtet, dem Beteiligten Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern (Anhörung). Nach § 12 Abs. 2 Satz 2 SGB X ist die Behörde verpflichtet, den Leistungserbringer als Beteiligten am Verfahren hinzuzuziehen, wenn der Ausgang des Verfahrens rechtsgestaltende Wirkung auf ihn hat.

Ob sich aus diesen Regelungen eine Beteiligung der Leistungserbringer ergibt, ist davon abhängig, ob der Gesamtplan eine unmittelbar rechtsgestaltende Wirkung für den Leistungserbringer entfaltet, oder diese Wirkung nicht vielmehr aus der zwischen Träger und Leistungserbringer vereinbarten Leistungsvereinbarung entsteht.

Diese leistungserbringungsrechtliche Frage ist nicht Gegenstand dieses Kurzgutachtens. Insoweit wird auf die bevorstehende Veröffentlichung von Roland Rosenow zur „Drittwirkung des Gesamtplanes nach § 121 SGB IX idF BTHG“ in RP Reha, Recht und Praxis der Rehabilitation verwiesen.

## BTHG Fachleistungen

**Janina Bessenich**

Stellv. Geschäftsführerin / Justiziarin  
Caritas Behindertenhilfe und  
Psychiatrie CBP  
Berlin

## Ausgangspunkt für die Beschreibungen der Leistungen

1. Personenkreis
2. Beschreibung der Fachleistungen
3. Umfang der Leistungen
4. Umfang der Aufnahmeverpflichtung
5. Beschreibung der Basisleistungen
6. Optionsleistungen?
7. Personelle und sächliche Ausstattung
8. Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit

Bisher: Struktur / Standort/ Einrichtung/Kapazität  
Gruppenstruktur/

## Ausgangspunkt für die Beschreibungen der Leistungen

1. Personenkreis – genaue Beschreibung  
Menschen mit geistiger Behinderung  
ohne Beschluss von FEM  
ohne Pflegebedürftigkeit  
mit Beschäftigung in der WfbM?
2. Beschreibung der Fachleistungen  
Assistenzleistungen ./.. Soziale Teilhabe  
Mobilität – Fahrdienste  
Freizeitbegleitung  
Pflege

## Ausgangspunkt für die Beschreibungen der Leistungen

### 1. Beschreibung der Leistungen der Sozialen Teilhabe :

**Assistenzleistungen** umfassen Leistungen

für die allgemeinen Erledigungen des Alltags  
die Gestaltung sozialer Beziehungen,  
die persönliche Lebensplanung,  
die Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben,  
die Freizeitgestaltung einschließlich sportlicher Aktivitäten  
die Sicherstellung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich  
verordneten Leistungen

## **Beschreibungen der Leistungen der Sozialen Teilhabe :**

Assistenzleistungen umfassen Leistungen

interpersonelle Interaktionen und Beziehungen,  
bedeutende Lebensbereiche (Teilnahme an  
Gottesdiensten und religiösen Leben der  
Gemeinde )und

Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches  
Leben (Teilnahme an Wahlen)



## Beschreibungen der Leistungen der Sozialen Teilhabe :

Assistenzleistungen umfassen Leistungen

- auch Leistungen der **Erreichbarkeit einer Ansprechperson** unabhängig von einer konkreten Inanspruchnahme
- **Weitere Leistungen zur Assistenz** ergeben sich nach den Feststellungen im Gesamtplanverfahren/ Teilhabeplanverfahrens nach den Erfordernissen des Einzelfalls.

## Beschreibungen der Leistungen

Assistenzleistungen umfassen Leistungen

- Leistungen zum Aufbau einer **individuellen Kommunikationsbasis**,
- Leistungen der Bereitstellung von Angeboten im **Sozialraum** der betroffenen Person,
- Leistungen zur Umsetzungsplanung von Teilhabezielen (eine niedrigschwellige aufsuchende und wiederholte Kontaktherstellung zu betroffenen Personen in sozialen Kontexten z. B. Angehörigen, in Krankenhäusern etc.

## Beschreibungen der Leistungen der Sozialen Teilhabe :

Assistenzleistungen umfassen Leistungen

- die notwendigen **fachlichen sowie inhaltlichen Absprachen der am Teilhabeprozess Beteiligten** i. S. der Abstimmung der verschiedenen Leistungen im Verlauf des Leistungszeitraums, die nicht vom Leistungsträger erbracht werden
- Die genannten **Assistenzleistungen umfassen auch Leistungen an Mütter und Väter** mit Behinderungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder.

## Beschreibungen der Leistungen der Sozialen Teilhabe

Grundsätzlich mit der Assistenzleistung immanent verbundene Leistungsbestandteile sind:

**Leistungen zur Sicherstellung des Leistungserbringungsprozesses** z. B. Verwaltungsleistungen, Leistungsmanagement, Geschäftsführung, betriebliche Anforderungen, Qualitätssicherung, Arbeitssicherheit, Controlling etc., technische und sächliche Ausstattung, Erhaltung und Verwaltung etc.

Sog. „Koordinationleistungen“

## **Beschreibungen der Leistungen** der Sozialen Teilhabe:

Assistenzleistungen für die allgemeinen Erledigungen des Alltags wie die Haushaltsführung umfassen:

- die vollständige und teilweise Übernahme von Handlungen,
- die Begleitung sowie das Anleiten und Üben, soweit diese Maßnahmen nach ihrem Ziel den Leistungen der Eingliederungshilfe zuzuordnen sind insbesondere, in der Selbstversorgung (persönliche Hygiene, des Ankleidens einschl. der Auswahl der Kleidung),

## Beschreibungen der Leistungen der Sozialen Teilhabe:

Assistenzleistungen für die allgemeinen Erledigungen des Alltags wie die Haushaltsführung umfassen:

- bei der **Strukturierung ihres Tagesablaufes** (Aufstehen und zu-Bett-gehen, persönliche Hygiene, Essenszeiten, der zeitlichen Lage hauswirtschaftlicher Tätigkeiten, eigener Freizeit)
- der **Gestaltung täglicher Routinen**, beim Einkaufen für den täglichen und außergewöhnlichen Bedarf inkl. der Erschließung des außerhäuslichen Umfeldes,

## **Beschreibungen der Leistungen** der Sozialen Teilhabe:

Assistenzleistungen für die allgemeinen Erledigungen des Alltags wie die Haushaltsführung umfassen:

- bei der Zubereitung von Mahlzeiten,
- Aufräum- und Reinigungsarbeiten/ Wäschepflege
- die Nutzung von Dienstleistungen (Hausmeisterdienste o.ä.),
- den Umgang mit finanziellen Angelegenheiten einschließlich der Wahrung von Eigentumsrechten Dritter
- Umgang bei Behördenangelegenheiten

## **Beschreibungen der Leistungen der Sozialen Teilhabe:**

Assistenzleistungen für die allgemeinen Erledigungen des Alltags wie die Haushaltsführung umfassen:

- bei der Zubereitung von Mahlzeiten,
- Aufräum- und Reinigungsarbeiten/ Wäschepflege
- die Nutzung von Dienstleistungen (Hausmeisterdienste o.ä.),
- den Umgang mit finanziellen Angelegenheiten einschließlich der Wahrung von Eigentumsrechten Dritter
- Umgang bei Behördenangelegenheiten



## **Beschreibungen der Leistungen der Sozialen Teilhabe:**

### **Assistenzleistungen zur Gestaltung sozialer Beziehungen:**

- die vollständige und/oder teilweise Übernahme von Handlungen,
- die Begleitung sowie das Anleiten und Üben zur Begegnung und dem Umgang mit Fremden, Nachbarn, Bekannten, Freunden sowie Verwandten des engeren und weiteren Familienkreises und im Umgang mit Mitbewohner\*innen und Mitarbeitenden der Dienste.
- auch die Ablösung aus bestehenden
- Beziehungen, insoweit diese eine Barriere in der Umwelt darstellen.

## Beschreibungen der Leistungen der Sozialen Teilhabe:

### Assistenzleistungen zur persönlichen Lebensplanung

- Biographiearbeit, persönliche Zukunftsplanung, Formen systematischer Verhaltensbeobachtung und ihrer Auswertung und Reflexion) Bewusstmachung von Wünschen bzw. der Entwicklung von Anliegen, Zielen und Vorstellungen und der Befähigung zur Entwicklung von Leistungszielen
- die vollständige und/oder teilweise Übernahme von Handlungen, die Begleitung sowie das Anleiten und Üben in der Nutzung der Beratungsstellen und Angebote im Sozialraum zur persönlichen oder beruflichen Orientierung.

## Beschreibungen der Leistungen der Sozialen Teilhabe

Assistenzleistungen zur **Teilhabe am gemeinschaftlichen, kulturellen und politischen Leben** inkl. bürgerschaftliches Engagement, die Freizeitgestaltung, sportlicher Aktivitäten

- die vollständige und/oder teilweise Übernahme von Handlungen, die Begleitung sowie das Anleiten und Üben in der Nutzung von Angeboten im Sozialraum.
- eine **systematische und regelmäßige Information** der Leistungsberechtigten über bestehende Angebote im Sozialraum in einer ihnen verständlichen Form sowie deren tatsächliche Inanspruchnahme zu ermöglichen.

## Beschreibungen der Leistungen der Sozialen Teilhabe

### Assistenzleistungen zur Sicherstellung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich verordneten Leistungen

- umfassen die vollständige und teilweise Übernahme von Handlungen, die Begleitung sowie das Anleiten und Üben im Hinblick auf Organisation / Koordination von Terminen, Begleitung zu Angeboten der medizinischen Versorgung,
- Unterstützung bei Verständigung mit medizinischen Berufsgruppen
- Unterstützung bei ärztlich verordneten Maßnahmen, Unterstützung bei Benutzung von Hilfsmitteln

## Beschreibungen der Leistungen der Sozialen Teilhabe

### Assistenzleistungen zur Verständigung mit der Umwelt

- die Verständigung mit der Umwelt unter anderem durch Einübung bzw. Anwendung von Formen unterstützter bzw. nonverbaler Kommunikation einschl. der Gebärdensprache und technischer Hilfsmittel
- Austausch und Reflexion zur Vermeidung bzw. Klärung von Missverständnissen und Uneindeutigkeiten.

## Zusammentreffen von Leistungen der Eingliederungshilfe und häuslichen Krankenpflege nach SGB V

- Häusliche Krankenpflege gemäß SGB V ist keine Maßnahme der Eingliederungshilfe. Im Rahmen der sozialen Teilhabe werden die Leistungsberechtigten durch Anleitung und Übung befähigt, die einfachsten Maßnahmen der häuslichen Krankenpflege eigenständig vorzunehmen.
- Einfachste Maßnahmen der medizinischen Behandlungspflege sind solche, die ohne medizinische Vorkenntnisse und Fertigkeiten von Laien erbracht werden können sowie keiner medizinisch notwendigen Übungsanleitung bedürfen. Es darf keine Verordnung einer häuslichen Krankenpflege gemäß §37 SGB V erforderlich sein

## **Zusammentreffen von Leistungen der Eingliederungshilfe und häuslichen Krankenpflege nach SGB V**

Zu den einfachsten Maßnahmen der Behandlungspflege (Eingliederungshilfe) gehören z.B.:

- Unterstützung beim Aufbewahren der Medikamente
- Befähigung zum eigenständigen Einnehmen der Medikamente durch Anleitung und Übung,
- Informieren über die Dosierung entsprechend der ärztlichen Verordnung und der ärztlich angeordneten Maßnahmen/ der Folgen der Nichtbeachtung
- Befähigung des LB durch Anleitung und Üben zum Befüllen der Medikamentenbox

## Zusammentreffen von Leistungen der Eingliederungshilfe und häuslichen Krankenpflege nach SGB V

Zu den einfachsten Maßnahmen der Behandlungspflege (Eingliederungshilfe) gehören z.B.:

- Befähigung der LB durch Anleitung und Übung zum Messen des Blutdrucks, Blutzuckergehalts,
- beim Anlegen und Ablegen einfach zu handhabender Stützverbände und anderer Hilfsmittel sowie
- dem Einreiben mit Salben soweit es sich nicht um schwierige Wundversorgung handelt



### Gemeinsame Inanspruchnahme § 116

(2) Die Leistungen

1. zur Assistenz

2. zur Heilpädagogik

3. zum Erwerb und Erhalt praktischer Fähigkeiten und Kenntnisse

4. zur Förderung der Verständigung

5. zur Beförderung im Rahmen der Leistungen zur Mobilität

6. zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson ...

können an mehrere Leistungsberechtigte **gemeinsam**

erbracht werden...

## Finanzierung von Leistungen der Pflege in der stationären Eingliederungshilfe

Die Kostenträger sind verpflichtet die Leistungen (Eingliederungshilfe umfassend Pflegeleistungen) zu finanzieren:

- durchschnittliche Vergütungen in Einrichtungen:  
44.280 € jährlich (d.h. 121 €/Tag; bei 24 Std. Betreuung 5 €/Std.).
- NRW: LVR 54.600 € LWL 52.200**  
Bayern OBR 53.700 €  
Hessen 51.100 €
- Mecklenburg-Vorpommern 22.200 €  
Sachsen 29.700 €  
Thüringen 33.098 €  
Niedersachsen 38.300 €
- Finanzierung der Eingliederungshilfe kritisch
- 26 % der LB zwischen 50-60 Jahre alt;

Quelle: Kennzahlenvergleich BAGüS 2016

A person is shown from the back, wearing a black beanie with white stripes and a dark jacket with a fur-lined hood. They are wearing a bright orange vest with the text "BTHG? So nicht!" printed on it in black. The background is a blurred outdoor setting with a German flag on a pole and a building.

**BTHG?  
So nicht!**

# CBP



# Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

**Janina Bessenich**

Stellv. Geschäftsführerin/ Justiziarin

Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.  
Reinhardstr. 13, 10117 Berlin

E-Mail: [janina.bessenich@caritas.de](mailto:janina.bessenich@caritas.de)

## Von der Bedarfsermittlung zur Fachleistung / Assistenzleistung nach dem Bundesteilhabegesetz

Janina Bessenich

**Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.**

Reinhardtstr. 13, 10117 Berlin

[janina.bessenich@caritas.de](mailto:janina.bessenich@caritas.de)

Quelle: Vienna Webdesign.at



## Aktuelle Umsetzung des BTHG

Stand Verfahren BEDARFSERMITTLUNG bundesweit:

**Baden-Württ.** **Gesetz zur Umsetzung des BTHG am 20.04.2018**

**Bedarfsermittlungsinstrument BEI-BW**

**Bayern** **Bayerisches Teilhabegesetz vom 09.01.2018**  
zum 1.01.2020 kommt noch ein Bay. Teilhabegesetz II

kein eigenes Bedarfsermittlungsinstrument  
Übergangsregelung (bisheriges Verfahren)



## Aktuelle Umsetzung des BTHG

**Berlin**      **Änderungsgesetz vom 06.12.2017**  
**TIB- Bedarfsermittlungsinstrument**

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

**Brandenburg Entwurf des Gesetzes vom 06.09.2018**

April 2018 Empfehlung an das MASGF für das  
Bedarfsermittlungsinstrument Integrierter Teilhabeplan (ITP)

2. Quartal 2018 **eine Rechtsverordnung über das Instrument und  
die landeseinheitliche Anwendung**

01.01 2018 – 31.12.2019 – Übergangsregelung mit den bisherigen  
Instrumenten der Bedarfsermittlung (H.M.B.-W.-Verfahren im stationären  
Bereich für den Personenkreis der geistig und körperlich behinderten  
Menschen und das Brandenburger Instrument im stationären Bereich für den  
Personenkreis der seelisch behinderten Menschen)

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

**Bremen**      **Gesetzentwurf vom 8. Januar 2019**

Arbeitsgruppe zur Auswahl eines  
Bedarfsermittlungsinstruments

**Hamburg**      **Hamburgisches Gesetz vom 26.06.2018**

**Überarbeitung und Anwendung des  
Gesamtplans**

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### Hessen

#### Gesetz zur Umsetzung des BTHG vom 26.09.2018

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen vom 26. September 2018 /  
Arbeitsgruppe erarbeitet das Instrument

### Mecklenburg- Vorpommern

#### Gesetz vom 14.02.2018

Durch die Sozialamtsleitungen die Einführung des ITP (ITP M-V) zum 1. Januar 2018 beschlossen. Die Fachaufsicht Sozialhilfe empfiehlt die landesweite Anwendung des ITP M-V für alle Fälle der Bedarfsermittlung in der Eingliederungshilfe. Die Anwendung findet statt.

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### Niedersachsen **bisher kein Gesetzentwurf**

- seit 1.01.2018 - das Bedarfsermittlungsinstrument B.E.Ni
- zum 20.07.2018 ein landeseinheitliches Teilhabe-/Gesamtplanverfahren und eine weiterentwickelte Version von B.E.Ni 2.0 sowie ein erläuterndes Handbuch in der Arbeitsversion 2.0 / 07.2018 veröffentlicht
- Anwendungsbereich: für Leistungen in der sachlichen Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe **in Neufällen** verbindlich anzuwenden.
- Version 2.0 / 07.2018 besteht aus folgenden Formularen: F1: Deckblatt; F2: BedarfsErmittlung Niedersachsen (B.E.Ni, Bögen A-D); F3: Feststellung der Leistungen; Handbuch für das Teilhabe- und Gesamtplanverfahren inkl. der BedarfsErmittlung Niedersachsen (B.E.Ni)

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### Nordrhein- Westfalen **Ausführungsgesetz vom 03.08.2018**

Gesetz- und Verordnungsblatt NRW

- **Vorstellung** durch die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) am 12. 12. 2017 das neue, einheitliche Bedarfsermittlungsinstrument für Nordrhein-Westfalen „**BEI\_NRW - Bedarfe ermitteln, Teilhabe gestalten**“. Davor setzten die Landschaftsverbände zwei unterschiedliche Verfahren ein (Individueller Hilfeplan (IHP) des LVR und Teilhabe 2015 des LWL).
- Mit dem neuen Instrument gibt es nun einen landesweit einheitlichen Prozess für die Bedarfsermittlung. Das Instrument stellt auf die Wünsche des Leistungsberechtigten ab und ermittelt den Rehabilitationsbedarf diskursiv auf Grundlage eines leitfadengestützten Interviews.

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

**Rheinland-  
Pfalz**

**Landesgesetz vom 13.12.2018**

**Individuelle Teilhabeplanung – als Instrument bereits in der  
Anwendung. Landesrahmenvertrag (28.12.2018).**

**Saarland**

**Gesetz zur Umsetzung vom 12.07.2018**

**Individuelle Teilhabeplanung – als Instrument bereits in der  
Anwendung**

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### Sachsen

**Gesetz zur Regelung von Zuständigkeiten vom 27.07.2018** zur Zuständigkeit des Kommunalen Sozialverbands Sachsen

- zur Bestimmung eine Studie bei der Technischen Universität (TU) Dresden in Auftrag
- Ziel: ein Bedarfsermittlungsinstrument zu identifizieren, welches alle Behinderungsarten, Altersstufen und auch alle Leistungsbereiche einbezieht.
- **Im Ergebnis der ITP zum Erproben** ausgewählt. Derzeit der ITP in Sachsen in der Erprobungsphase. Es ist geplant, das Bedarfsermittlungsinstrument ITP im ersten Quartal 2019 landesweit für die Träger der Sozialhilfe bereitzustellen.



## Aktuelle Umsetzung des BTHG

Sachsen  
-Anhalt

**Ausführungsgesetz vom 20.06.2018**

- mithilfe eines **Übergangsinstrumentes** (Bogen „ICF Erhebung Sachsen-Anhalt“) die Übersetzung des Hilfebedarfs eines Menschen in die Leistungsbereiche des Rahmenvertrages des Landes Sachsen Anhalt, da dieser noch bis 31. Dezember 2019 gültig ist und die Grundlage für die derzeitige Gesamtplanung bildet.
- Im Rahmen des Bogens „ICF Erhebung Sachsen-Anhalt“ erfolgt zunächst eine codierte Beschreibung von möglichen Beeinträchtigungen in den neun Kapiteln der Klassifikation der Aktivitäten und Partizipation (Teilhabe). Danach erfolgt die Zuordnung der einzelnen Items zu den sechs Leistungsbereichen des Rahmenvertrages nach § 79 SGB XII für das Land Sachsen-Anhalt.

Schleswig-  
Holstein **Erstes Gesetz vom 22.03.2018**

(1. Teilhabestärkungsgesetz)

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### Thüringen

**Gesetz vom 30.08.2018**

- zum **1. Januar 2018 per Rechtsverordnung** ein einheitliches Bedarfsermittlungsinstrument festgelegt In Thüringen wurde
- der Integrierte Teilhabeplan (ITP) des Instituts für Personenzentrierte Hilfen gGmbH bereits ab 2011 in sechs Modellregionen erprobt. Seit 2012 werden weitere Thüringer Landkreise und kreisfreie Städte in die modellhafte Erprobung einbezogen mit dem Ziel, den ITP flächendeckend einzuführen.
- die Möglichkeit der Rechtsverordnung gemäß § 142 Abs. 2 SGB XII; ab 2020 § 118 Abs. 2 SGB IX n.F.
- Informationen zum Integrierten Teilhabeplan (ITP) sowie Infoblätter zum Bedarfsermittlungsinstrument finden Sie auf der Website des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### 1. Stand Bedarfsermittlungsinstrument bundesweit 01.03.2019:

15 Monaten seit gesetzlicher Einführung der Bedarfsermittlung:

12 Bundesländer mit Bedarfsermittlungsinstrumenten

4 Bundesländer ohne Bedarfsermittlungsinstrument

### 2. Stand der Anwendung der Bedarfsermittlungsinstrumente:

Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Niedersachsen

???

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

**Bedarfsermittlungsinstrumente in der Eingliederungshilfe nach SGB IX**

**BEI\_BaWü in Erprobung**

**ITP** (Individuelle Teilhabeplanung)

**Hamburger Gesamtplan**

**B.E.Ni Handbuch seit 20.07.2018**

**BEI-NRW Dezember 2017 vorgestellt**

**Individueller Teilhabeplan**

**Individueller Teilhabeplan**

**TIP Berlin**

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

**Bedarfsermittlungsinstrument in der  
Eingliederungshilfe nach Kinder- und Jugendhilfe nach  
§ 35 a SGB VIII i.V.m. § 13 SGB IX**

**Instrument zur individuellen Bedarfsermittlung bei  
Kindern mit seelischen Behinderung nach § 35 a SGB  
VIII - Entwicklung durch Prof. Dr. Fegert (Ulm)**

## 2. Bedarfsermittlungsverfahren:

Die Instrumente sind nicht das Verfahren.

Die Instrumente sind Werkzeuge und sichern die Dokumentation und Nachprüfbarkeit der Bedarfsermittlung, indem sie insbesondere nach § 13 SGB IX erfassen:

1. ob eine **Behinderung** vorliegt oder einzutreten droht,
2. welche **Auswirkungen** die Behinderung auf die Teilhabe der Leistungsberechtigten hat,
3. welche **Ziele** mit Leistungen zur Teilhabe erreicht werden sollen und
4. welche **Leistungen** im Rahmen einer Prognose zur Erreichung der Ziele voraussichtlich geeignet sind.

## 2. Bedarfsermittlungsinstrumente:

- Ermittlung des gesamten individuellen Bedarfes! keine Beschränkung auf „Teil-Bedarf“ / als Teilhabebedarf beschrieben?)
- Manual als „Gebrauchsanweisung“ – barrierefrei?  
**Berliner Landesgleichberechtigungsgesetz:**

**§ 4a – Barrierefreiheit** *Barrierefrei sind bauliche Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.*

- Leistungsberechtigte können die Barrierefreiheit des Instrumentes und aller Formulare verlangen

## 2. Bedarfsermittlungsverfahren TIB Berlin:

- **Brandenburger Behinderten-Gleichstellungsgesetz:**  
in leichter Sprache
- [https://masgf.brandenburg.de/media\\_fast/4055/Brandenburger\\_Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz.pdf](https://masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/Brandenburger_Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz.pdf)
- **„Wie sollen Bescheide und Formulare aussehen?**
- *Viele Menschen können nicht gut lesen oder schreiben.*
- *Sie haben das Recht auf Leichte Sprache. Das Amt soll Texte in Leichter Sprache erklären. Zum Beispiel: Infos, Formulare, Verträge und Bescheide. Blinde Menschen und Menschen mit einer Seh-Behinderung haben das Recht auf barrierefreie Dokumente. Das soll kein Extra-Geld kosten.“ (S. 15 BrBglG in leichter Sprache)*



## 2. Bedarfsermittlungsverfahren :

- die Erfassung und Dokumentation der individuellen Ziele und Wünsche der leistungsberechtigten Person
- die Abbildung der Ebenen des bio-psycho-sozialen Modells der ICF und
- die Dokumentation der Kontextfaktoren unter Beachtung der Unterscheidung zwischen Leistung und Leistungsfähigkeit,
- die Aufnahme der neun Lebensbereiche der ICF-Komponenten der Aktivitäten und Teilhabe
- der Verzicht auf die Arbeit mit vorab festgelegten Core-Sets.

## 2. Bedarfsermittlungsverfahren: Kriterien

- **transparent:** Eine Einbeziehung und aktive Beteiligung der leistungsberechtigten Personen erforderlich (das gesamte Verfahren und insbesondere verwendete Instrumente nachvollziehbar und durchschaubar) Dokumentation der Instrumente und Methoden
- **trägerübergreifend:** Die Bedarfe sollen ganzheitlich, und nicht nur bezogen auf die Leistungen der Eingliederungshilfe ermittelt werden. Sofern voraussichtlich Leistungen anderer Rehabilitationsträger erforderlich sind, werden diese im Rahmen der Teilhabeplanung nach SGB IX, Teil 1 einbezogen. Sind Leistungen von Trägern voraussichtlich erforderlich, die keine Rehabilitationsträger sind (Pflege nach SGB X; Leistungen zum Lebensunterhalt), werden diese im Rahmen des Gesamtplanverfahrens beteiligt.
- Zustimmung seitens der LB zu beachten

## 2. Bedarfsermittlungsverfahren:

### Folgende Kriterien sind zu beachten:

- *Interdisziplinär*: nach individueller Erforderlichkeit Fachkräfte unterschiedlicher Qualifikation einzubeziehen
- *konsensorientiert*: Ermittlung, Vereinbarung und Gewährung der Leistung sollen einvernehmlich erfolgen: durchgängige Einbeziehung der leistungsberechtigten Person und ein gemeinsamer Aushandlungsprozess, in dem sichergestellt wird, dass Leistungsberechtigte ihn nachvollziehen können und ihre Wünsche und Ziele dokumentiert werden. Die Offenlegung möglicherweise bestehender Dissense

## 2. Bedarfsermittlungsverfahren:

### Folgende Kriterien sind zu beachten:

- **sozialraumorientiert:** Umweltfaktoren (nach ICF) einzubeziehen - für die Ableitung erforderlicher Leistungen, bei der sozialräumliche Förderfaktoren und Barrieren identifiziert und dokumentiert werden
- **zielorientiert:** Zielorientierung als durchgängiges Prinzip die Ableitung konkreter Ziele, die mit den Leistungen zur Teilhabe erreicht werden sollen. Die zu gewährenden Leistungen nehmen hierauf Bezug. So soll festgehalten werden, welche Leistungen voraussichtlich geeignet sind, die Ziele zu erreichen

## 2. Bedarfsermittlungsverfahren:

### Folgende Kriterien sind zu beachten:

- *individuell*: Alle Verfahrensschritte des Gesamtplanverfahrens individuell auf die Bedürfnisse der jeweiligen leistungsberechtigten Person anzupassen:
  - wunschgemäße Beteiligung weiterer Personen
  - die Bereitstellung von Kommunikationshilfen
  - individuelle Anpassung von Leistungen
- *lebensweltbezogen*: Für die Sicherstellung der Personenzentrierung müssen die Lebenswelt der jeweiligen Person, ihre konkreten Lebensumstände sowie relevante Erfahrungen einbezogen werden.
  - die jeweils spezifisch zu gestaltenden Verfahren,
  - für die inhaltlichen Aspekte

g) *sozialraumorientiert*: Im Zuge der Bedarfsermittlung sind Umweltfaktoren (nach ICF)

einzubeziehen. Dies gilt auch für die Ableitung erforderlicher Leistungen, bei

## 2. Bedarfsermittlungsverfahren TIB Berlin:

- **Teilhabebedarf ./.** Hilfebedarf ./. Pflegebedarf
- **Was ist ein Bedarf ? Abgrenzung ?**
- *„Teilhabebedarf ist auf die Bestimmung von Leistungen gerichtet, die zur Vermittlung von Teilhabeoptionen und –chancen als notwendig angesehen werden“*
- **§ 13 SGB IX „individueller Rehabilitationsbedarf“**  
**§ 118 „die Ermittlung des individuellen Bedarfes“**
- *„Ein Bedarf besteht, wenn erwünschte und **angemessene Teilhabeziele** behinderungsbedingt nicht ohne Hilfe erreicht werden können“ (Deutscher Verein 2009, 27)*

## 2. Bedarfsermittlungsverfahren TIB Berlin:

- Ungeklärt die Verknüpfung:  
Umfang des individuellen Bedarfes ./.  
Umfang der Leistungen / persönlichen Assistenz
- Ungeklärt die Verknüpfung:  
Umfang des individuellen Bedarfes ./.  
Leistungen ./.  
Vergütungen
- Keine Regelung im Instrument

### **eine vertragliche Regelung ist erforderlich**

Landesrahmenvertrag oder  
Leistungsvereinbarung

- *Was bleibt am Ende übrig?*
- *Mehr Teilhabe oder mehr Bürokratie?*

**Bedarfsermittlung ist die Grundlage der Leistungserbringung :**

**Verträge nach dem Teilhaberecht (SGB IX) ab 01.01.2020**

- **Bundesempfehlungen**
- **Landesrahmenverträge**  
(bundesweit unterschiedliche)
- **Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen** sowie **Prüfungsvereinbarungen** (einrichtungsspezifisch)

zu unterscheiden: Wohn- und Betreuungsverträge und Werkstattverträge



### 1. Bedarfsfeststellungsverfahren

Entscheidung über den gesetzlichen Anspruch des LB auf  
**Art und Umfang der Teilhabeleistung**

**2. Regelungen im BTHG** – Ermessenspielraum für das Landesrecht ; Rechts- und Fachaufsicht – Ländersache

**3. Ergebnisse** des Bedarfsfeststellung müssen den Maßstäben **von Art. 1, 3 und 20 Grundgesetz** genügen:

- menschenwürdiges Existenzminimum
- Gleichbehandlung vor dem Gesetz
- Diskriminierungsfreiheit
- Transparenzgebot im Rechtsstaat

## Finanzierung von Leistungen in der stationären Eingliederungshilfe

Die Kostenträger sind verpflichtet die Leistungen (Eingliederungshilfe umfassend Pflegeleistungen) zu finanzieren:

- durchschnittliche Vergütungen in Einrichtungen:  
44.280 € jährlich (d.h. 121 €/Tag; bei 24 Std. Betreuung 5 €/Std.).
- NRW: LVR 54.600 € LWL 52.200  
Bayern OBR 53.700 €  
Hessen 51.100 €
- Mecklenburg-Vorpommern 22.200 €  
Sachsen 29.700 €  
Thüringen 33.098 €  
**Brandenburg 38.210 €**  
Niedersachsen 38.300 €  
Berlin (keine Angaben)
- 26 % der LB zwischen 50-60 Jahre alt;

Quelle: Kennzahlenvergleich BAGüS 2016

Quelle: pa/sja



## Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Janina Bessenich

**Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.**

Reinhardtstr. 13, 10117 Berlin

janina.bessenich@caritas.de

# Von der Bedarfsermittlung zur Fachleistung – nach dem Bundesteilhabegesetz

Frankfurt a.M. - 11.03.2019

Vorstellung des Projekts  
zur Modellhaften Erprobung  
der Trennung der Leistungen aus Ostprignitz-Ruppin



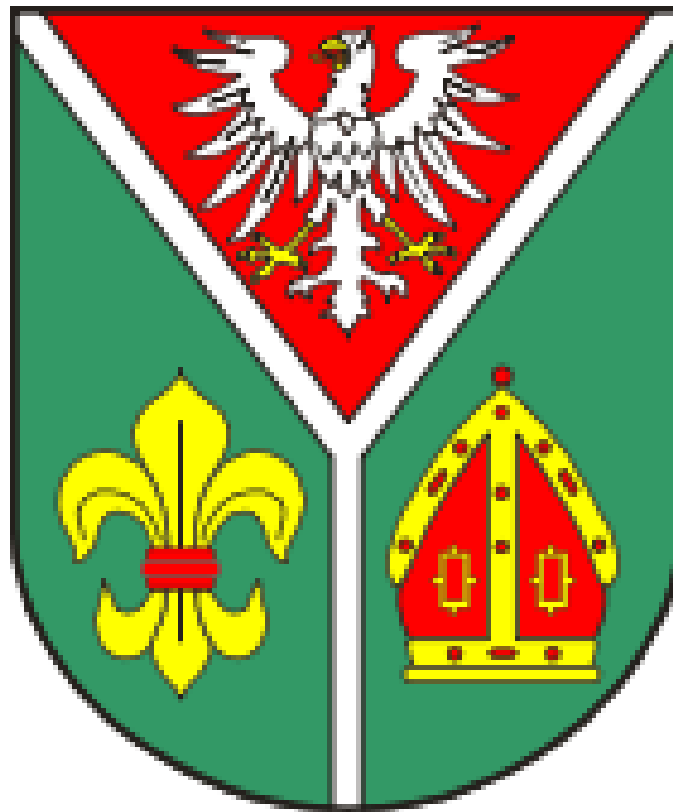
# 1. Einstiegsthese

Das BTHG ist der BREXIT  
der Eingliederungshilfe !

Irgendwie hat jeder das Gefühl „das geht  
schief“ ...  
aber wir machen alle unbeirrt weiter !

# „Modellhafte Erprobung“

nach Artikel 25 Absatz 3 in Ostprignitz-Ruppin



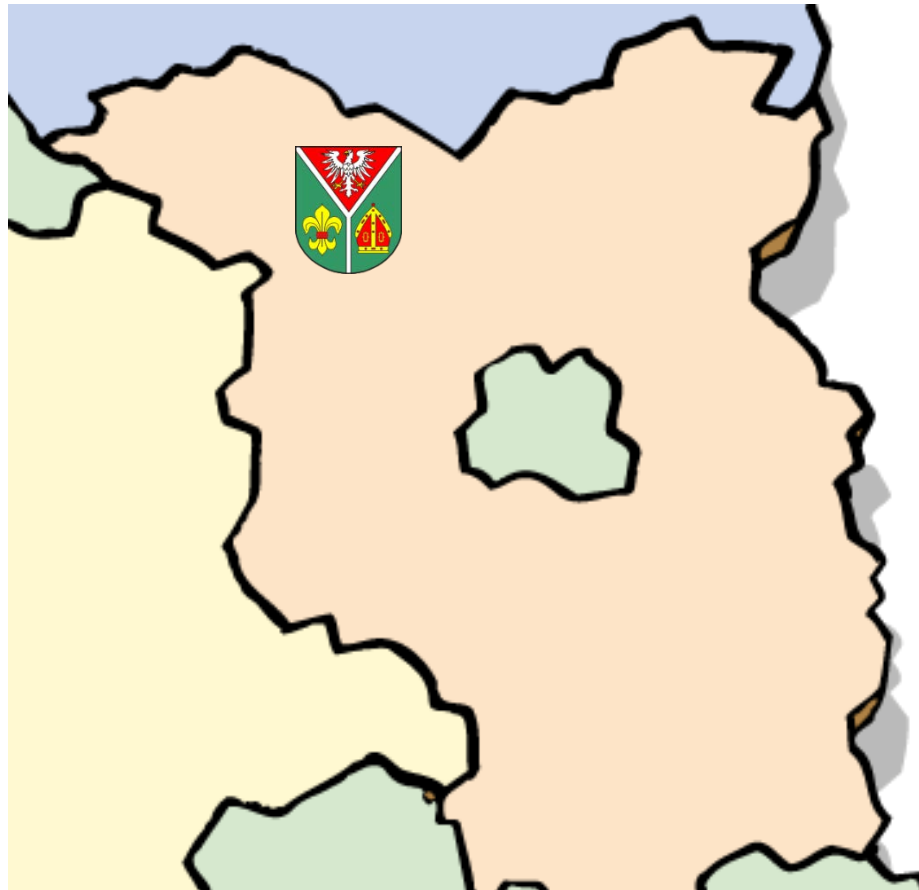
Bethel





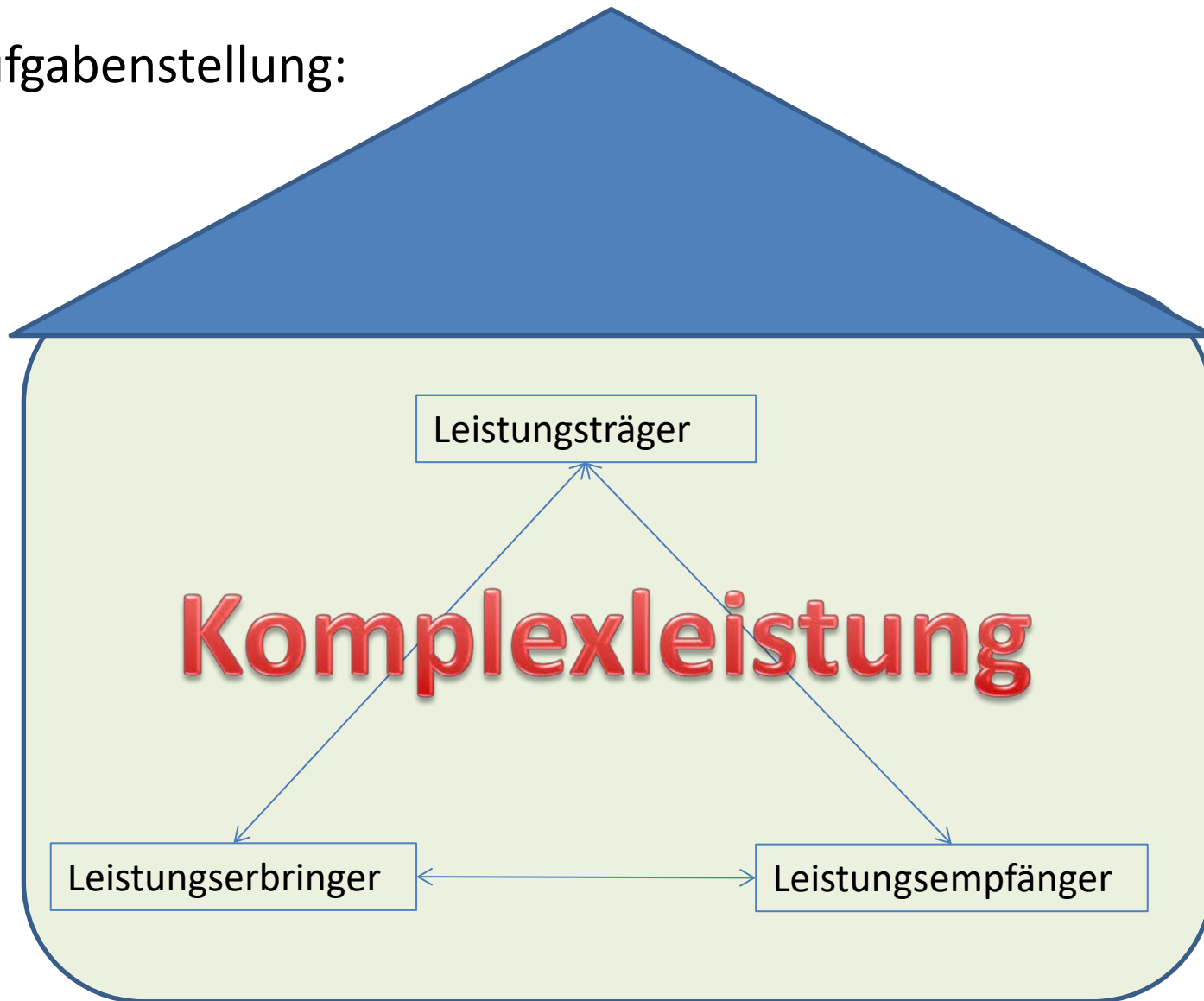
# „Modellhafte Erprobung“

nach Artikel 25 Absatz 3 in Ostprignitz-Ruppin

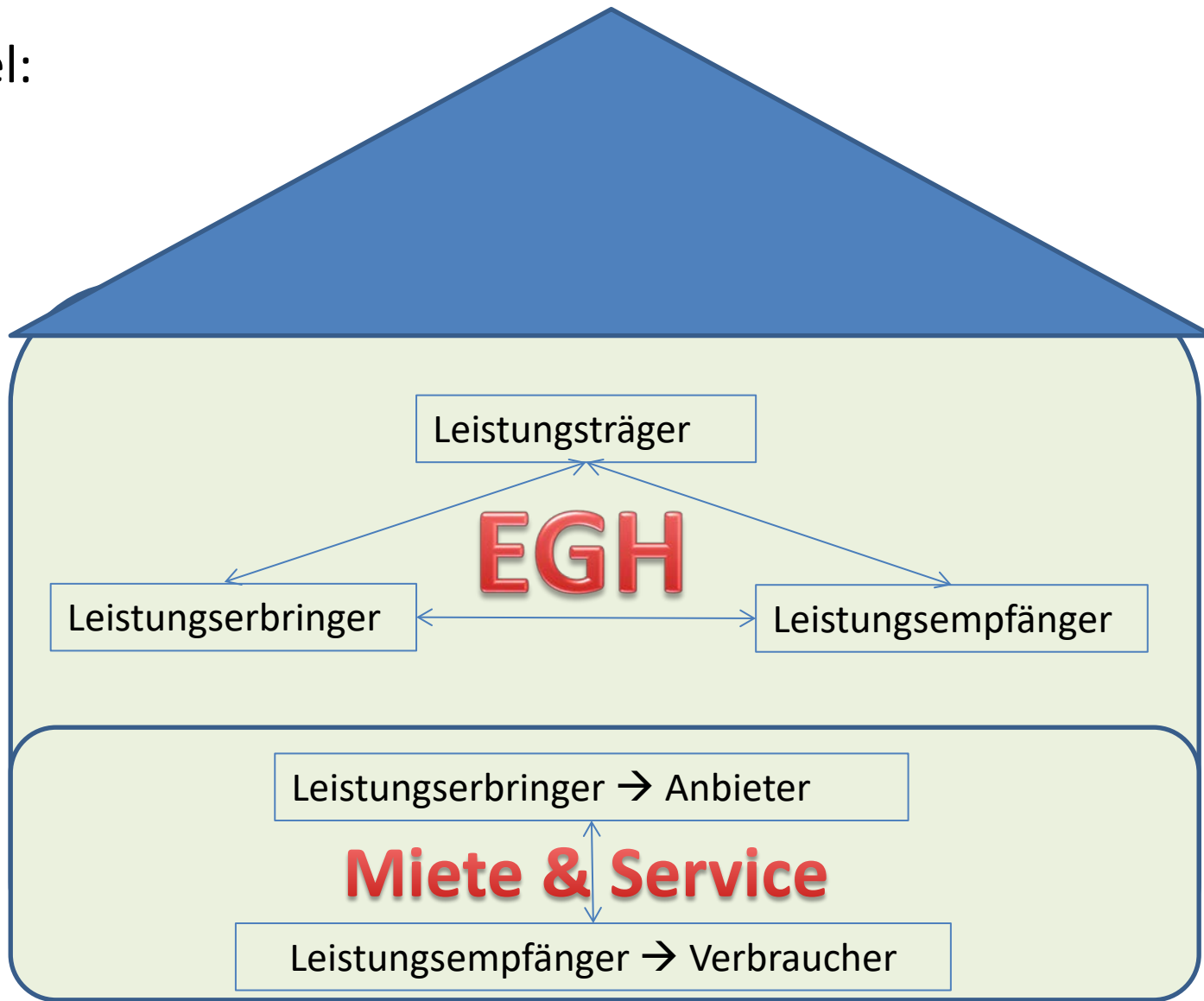


Wer will schon ernsthaft etwas von OPR wissen ?

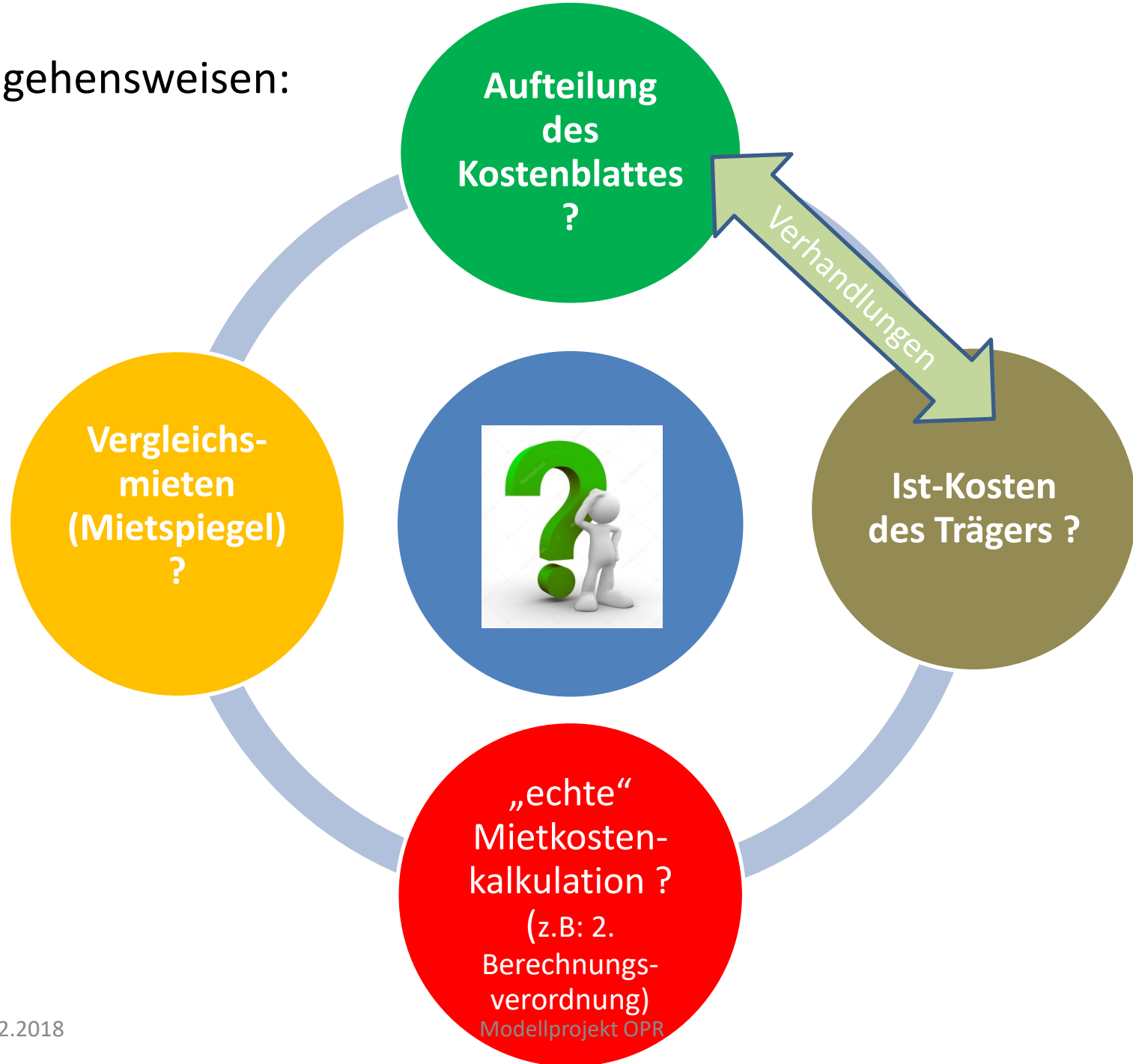
# Die Aufgabenstellung:



Das Ziel:

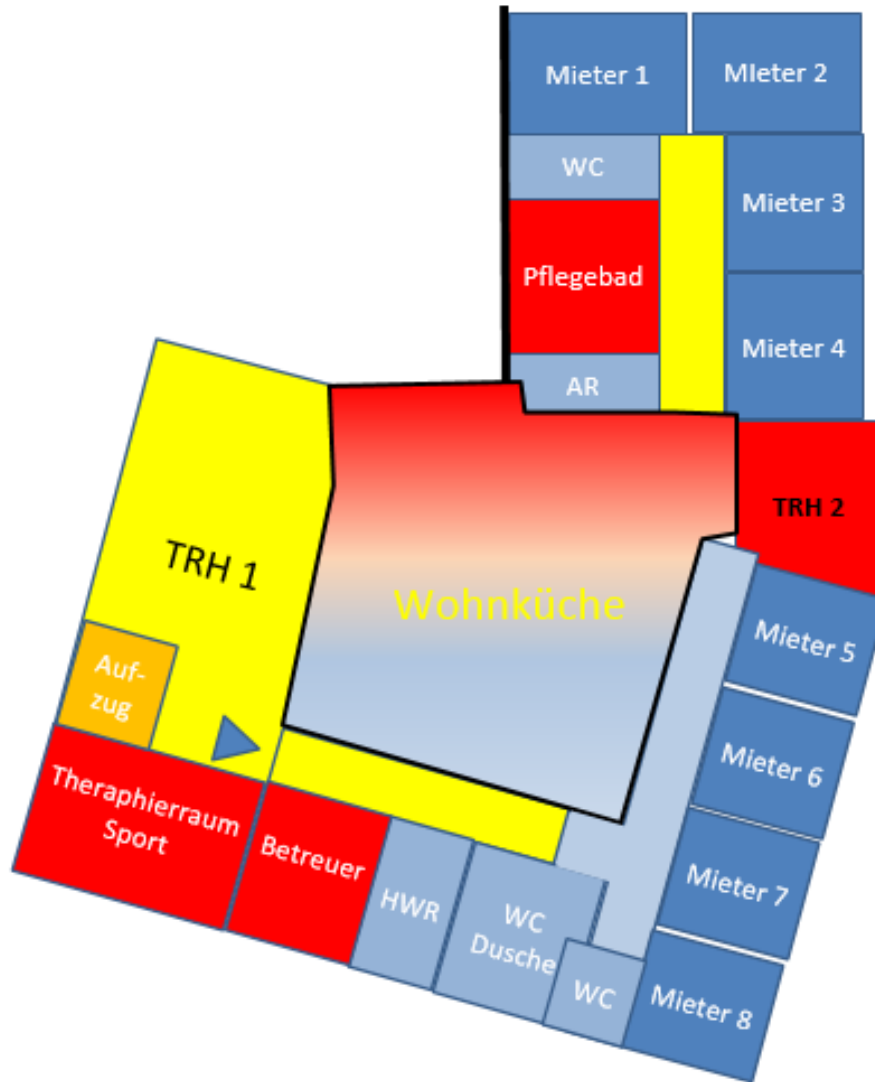


# Herangehensweisen:



Wieviel „Fläche“ darf es denn bitte sehr sein ?:





62 % Wohnfläche  
38 % Fachfläche

# Zwischen „Lösungsansatz“ und „Problemerkatalysator“

Feldstraße 1 für Veranstaltung DV [Schreibgeschützt] - Excel

DATEI START EINFÜGEN SEITENLAYOUT FORMELN DATEN ÜBERPRÜFEN ANSICHT ENTWICKLERTOOLS ELO

A1 : X ✓ f Standort

1	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z
1	Standort			Nauen																						
2			1. Aufmass	2. Aufmass																						
3	Nettokaltemiete Leistungsvereinbarung 2019					Zweite Berechnungsverordnung - II BV					Nettokaltemiete (Istkosten 2017 auf Kostenstelle 2015 2016 2017)					Nettokaltemiete (Prognosekosten 2020) Instandh. Steigerung zu Du 7,00%										
4						maximal Kommentar																				
6	Kapitaldienst										Darlehen					Darlehen										
7											Kapitaldienst					Kapitaldienst										
9	Mieten / Pachten										Mieten					Mieten										
10	88.823,72										57600					370,69										
11	88.823,72										57600					370,69										
12	mk Alfa										Alfa Bauten auf fremde Grundstücke					Alfa Bauten auf fremde Grundstücke										
13	13.239,45										57570					57570										
14	langfristige Alfa										Alfa Gebäude					Alfa Gebäude										
15	13.239,45										57510					57510										
16											Alfa Betriebsausstattung					Alfa Betriebsausstattung										
17	laufende Instandhaltung										Instandhaltung					Instandhaltung										
18	10.972,43					8.321,33					8,781 pro m² Wohnfläche und Jahr					Instandhaltung Gebäude					Instandhaltung Gebäude					
19	10.972,43					8,781 pro m² Wohnfläche und Jahr					max 284,62 je Wohnung/Jahr					Instandhaltung Gebäude					Instandhaltung Gebäude					
20											max 2% der Mieterträge					Innenumsatz Instandhaltung					Innenumsatz Instandhaltung					
21																Erbbaupacht					Erbbaupacht					
22																										
23																										
24																										
25																										
26																										
27																										
28																										
29																										
30	Wohnungsverwaltung (l/Monat)										Kosten der Wohnungsverwaltung					Kosten der Wohnungsverwaltung										
31	Ausfallrisiko in %										Ausfallrisiko in %															
32																										
33	Kosten Gesamt					113.095,60					Kosten Gesamt					Kosten Gesamt										
34	Mietfläche					1.151,12 m²					Mietfläche					1.151,12 m²										
35																										
36	Kosten je Monat					8,19					Kosten je Monat					8,51 €/m²										
37																										
38	Wohnfläche					893,09					Wohnfläche					713,45 m²										
39	36,80					713,45 m²					Fläche je Bewohner					29,73 m²/Bew.										
40	7.230,15					5.841,27 l					Monatspreis Wohnfläche					6.017,46 l										
41																										
42	Anzahl Bewohner					24					Anzahl Bewohner					24										
43	Anteil je Bewohner					301,26					Anteil je Bewohner					250,73 l										
44																										
45	KdU Netto KM 50 m²					5,00					KdU Netto KM 50 m²					5,00										
46	250,00					250,00 l					25% Aufschlag					312,50 l										
47																										
48																										
49	Mietkosten					301,26					Mietkosten					243,39										
50	Bk Kalt					3,39					Bk Kalt					9,07										
51	Heizung					107,34					Heizung					85,56										
52	Gesamt					418,59					Gesamt					337,02										
53																										
54	KdU					7,81					KdU					390,50										
55																										
56	Anteile Pauschal in Miete?																									
57	Zuschlag für Möblierung (1)																									
58	Wohn- und Wohnnebenkosten (2)																									
59	Stromanteil (3)																									
60	Instandhaltung persönlich (3)																									
61	Telekommunikation (4)																									
62	Reinigungsmittel																									
63	GWS																									
64	Wirtschaftsbedarf																									
65																										
66																										
67	Summe Gesamt-Miete + Zuschläge					418,59					Summe Gesamt-Miete + Zuschläge					337,02										
68	KdU + 25%					488,13					KdU + 25%					488,13										
69	Anteil EGH																									

Kostenblatt WG 1 (erster Blick) 1. Aufmass WG 1 2. Aufmass Kaltmiete - Miete Betriebskosten Regelsatz Kostenblatt nach 1. Aufmass ...

BEREIT Posteingang - Sve... Posteingang - Sve... ELO ELO - AWOBVPD... Feldstraße 1 für V... 14:48 29.11.2018

## Flächenmodell

Wohnfläche

Fachfläche

Aufwendungen ?



## Flächenmodell

Wohnfläche

Fachfläche

## Aufwendungen I

AG Personenzentrierung = alle Aufwendungen nach Flächenquotient !

## Flächenmodell

Wohnfläche

Fachfläche

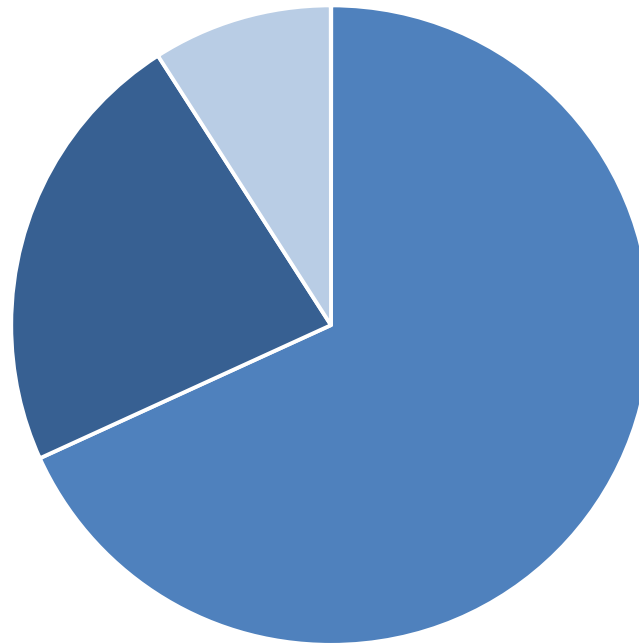
## Aufwendungen II

Gebäudekosten, Wasser, Abwasser, Heizung, Strom ...

### Fachaufwendungen

z.B. Brandmeldeanlage, Wartungskosten für  
Medizinprodukte, Dreh- und Automatiktüren,  
Sicherheitsbeleuchtung

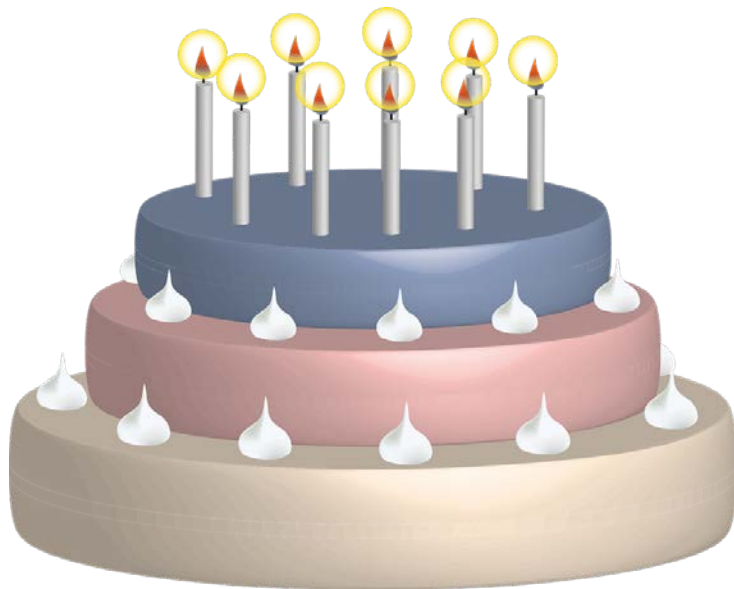
## Zusammensetzung (bisher)



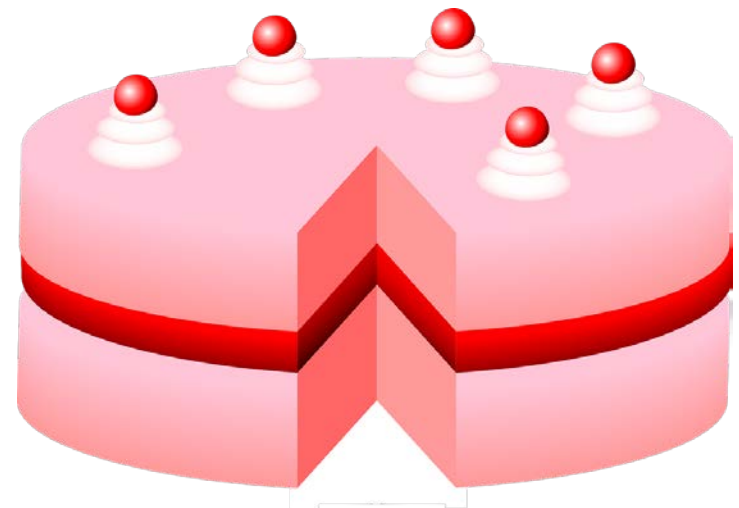
■ Maßnahmepauschale   ■ Grundpauschale   ■ Investpauschale

# Die Finanzierung der besonderen Wohnformen (bfW) ab 2020

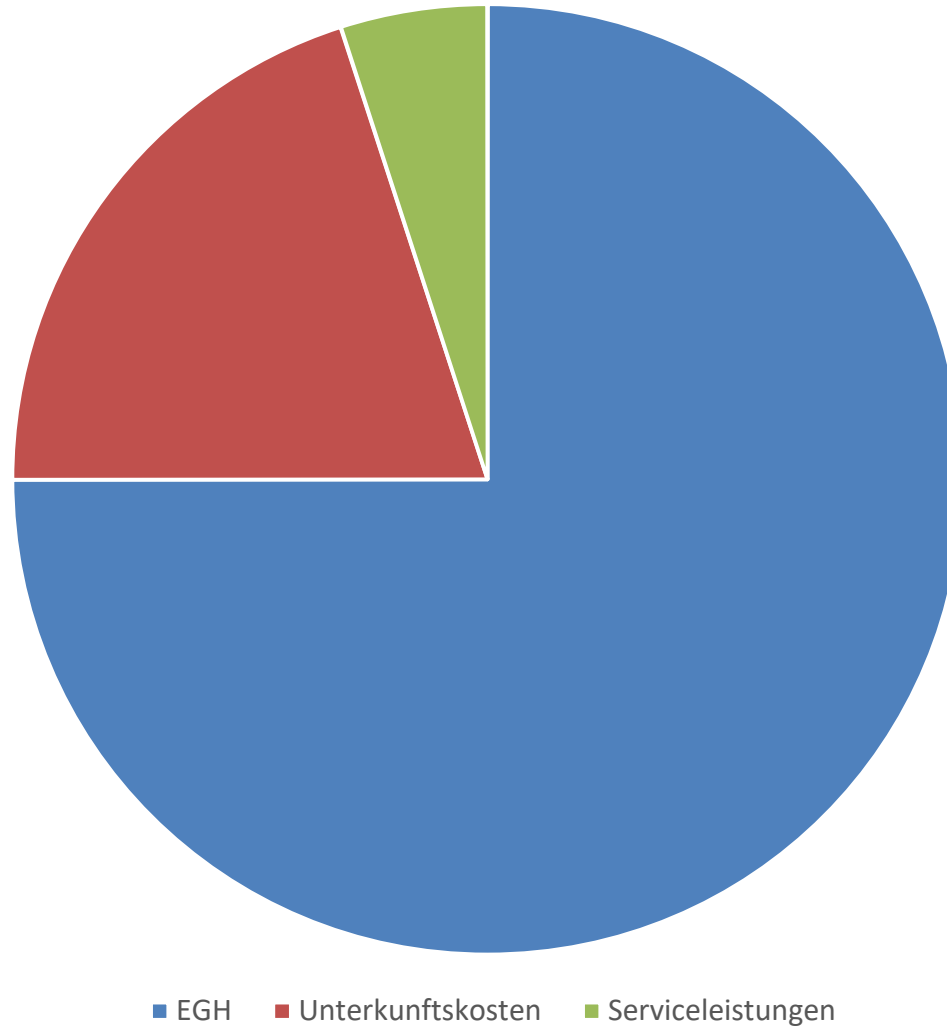
Befürchtung der  
Leistungsträger



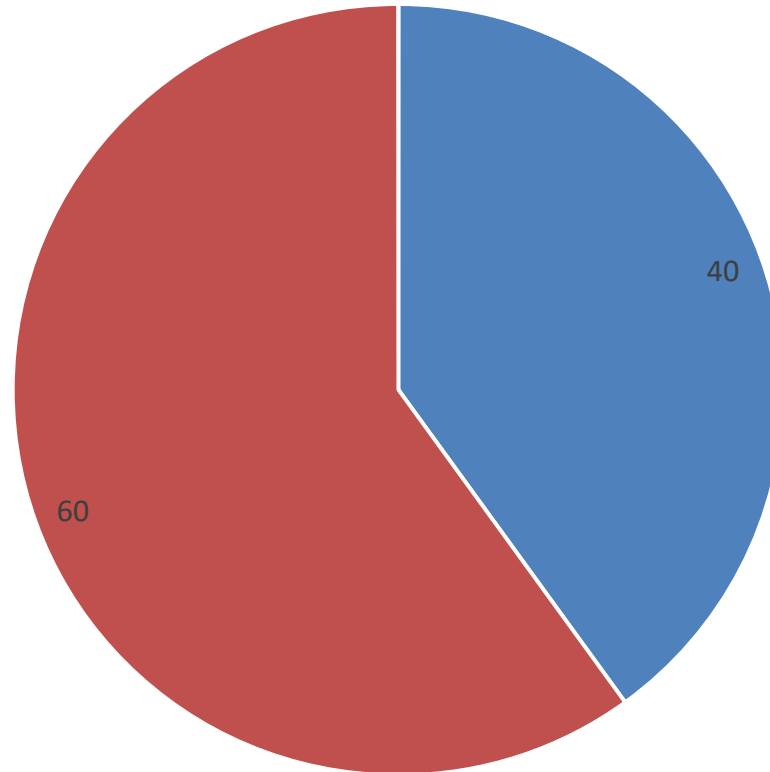
Befürchtung der  
Leistungserbringer



## Zusammensetzung (künftig)



## Zusammensetzung des KdU-relevanten Bereiches\* (ggf. gefühlt richtige Flächeanteile)



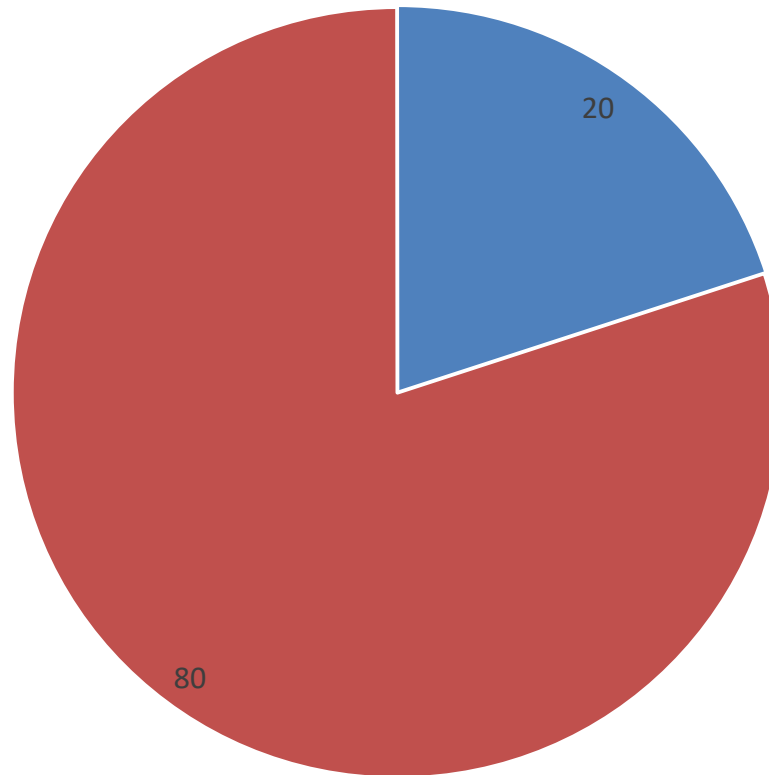
\*

bisherige Investitionskosten  
Wasser/Energie/Brennstoffe  
Steuern/Abgaben/Versicherung

ggf. Kosten für HW-Personal

■ EGH ■ KdU

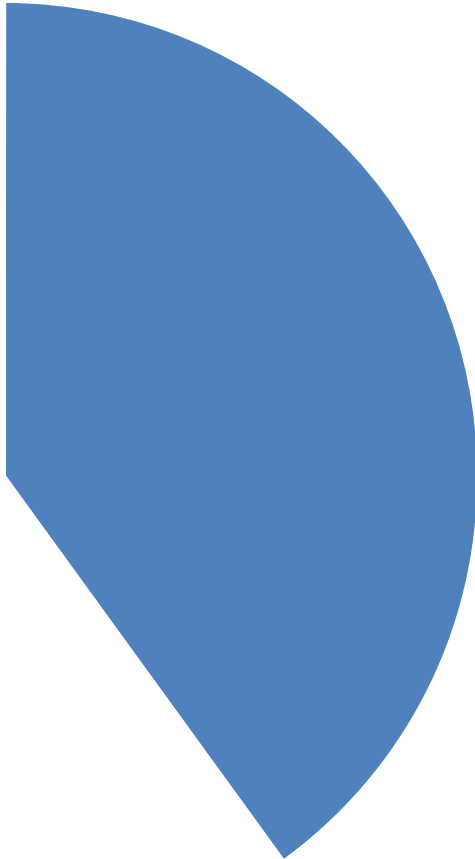
## Zusammensetzung des KdU-relevanten Bereiches (ggf. nach Pauschalen)



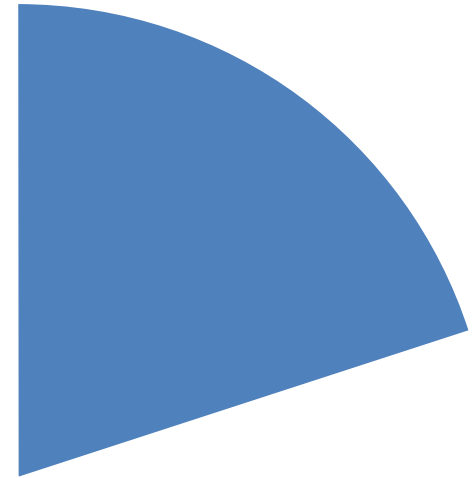
■ EGH ■ KdU

# Gegenstand der Vereinbarung nach § 125 (2) SGB IX mit EGH-Träger

EGH Anteil (Variante 1)



EGH Anteil (Variante 2)

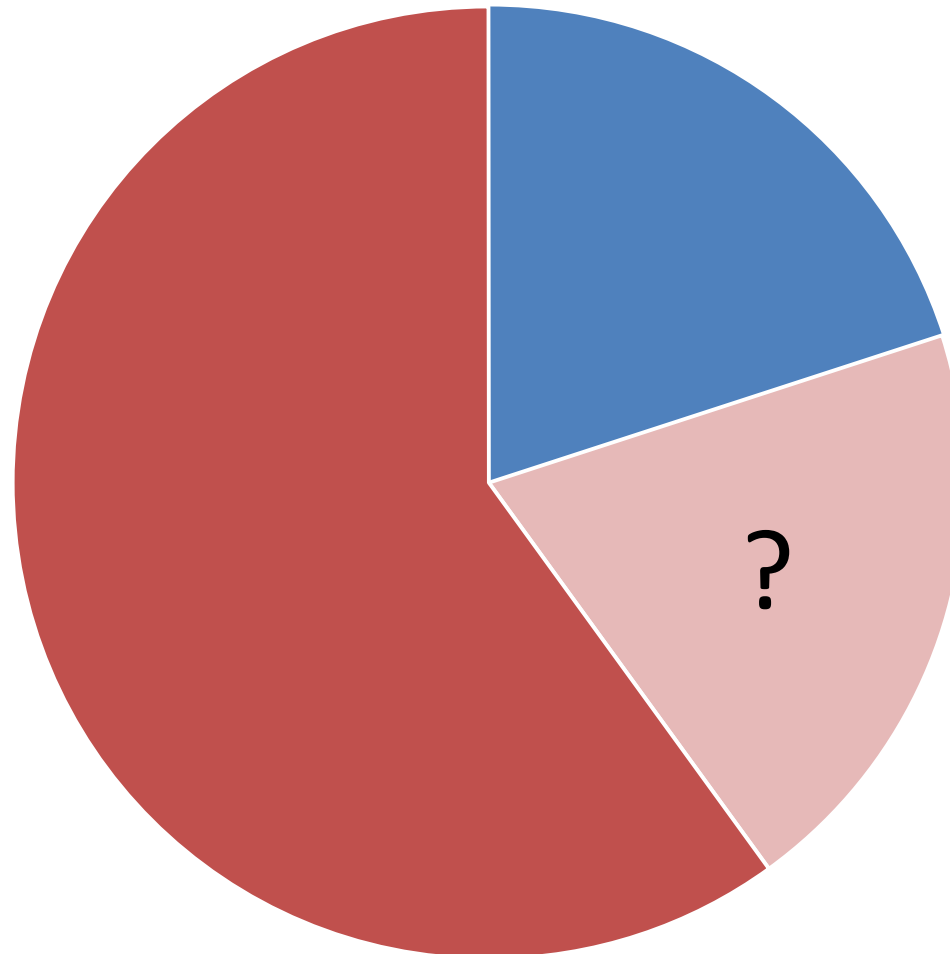


■ EGH

■ EGH

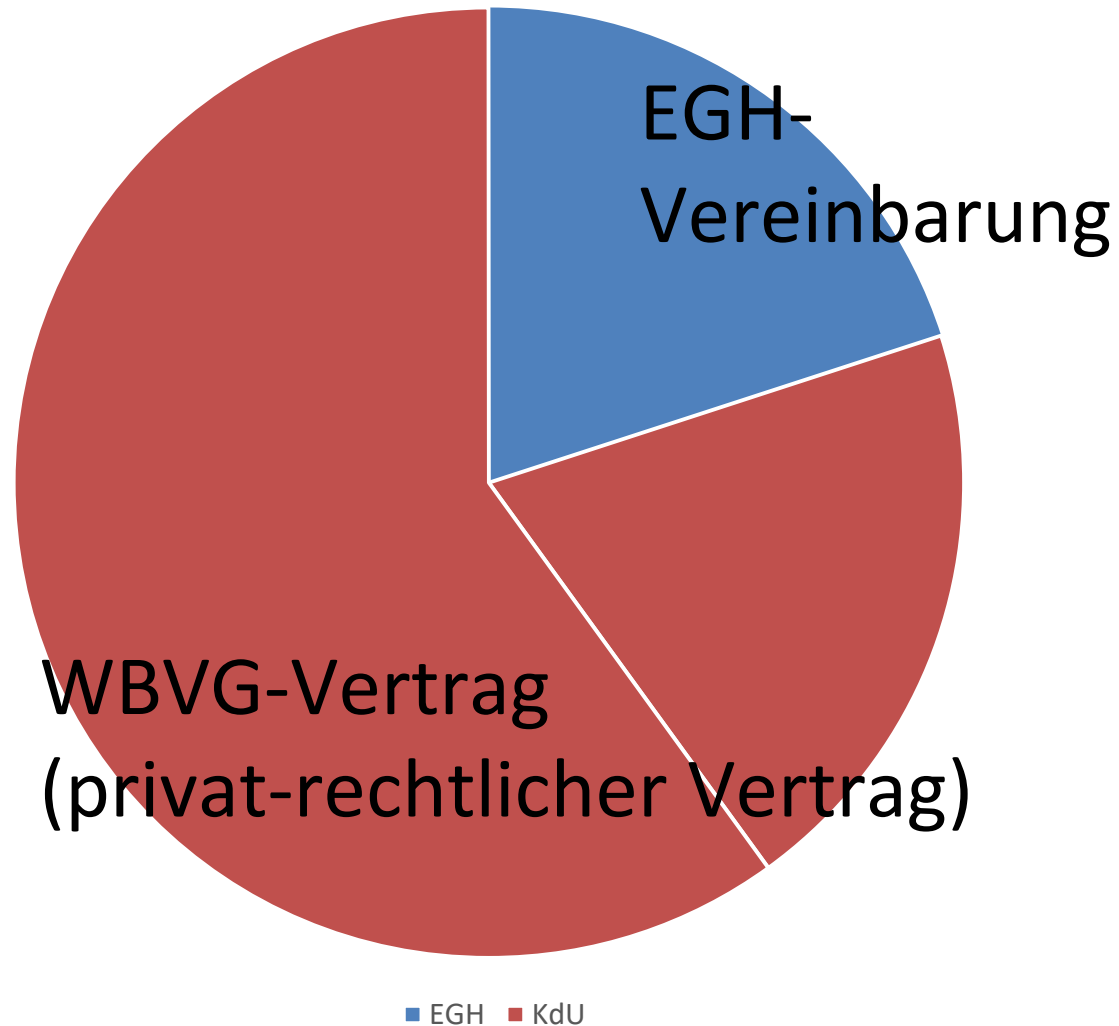


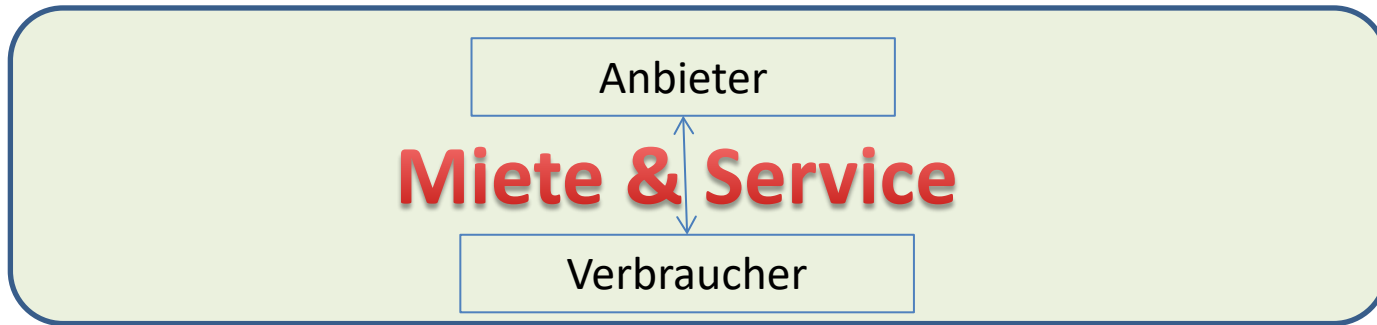
## Aufteilung der KdU-relevanten Kosten



■ EGH ■ Grusi guckt nicht so genau hin ? ■ KdU

## Aufteilung der KdU-relevanten Kosten





## Miete ? → Unterkunfts-kosten nach WBVG !

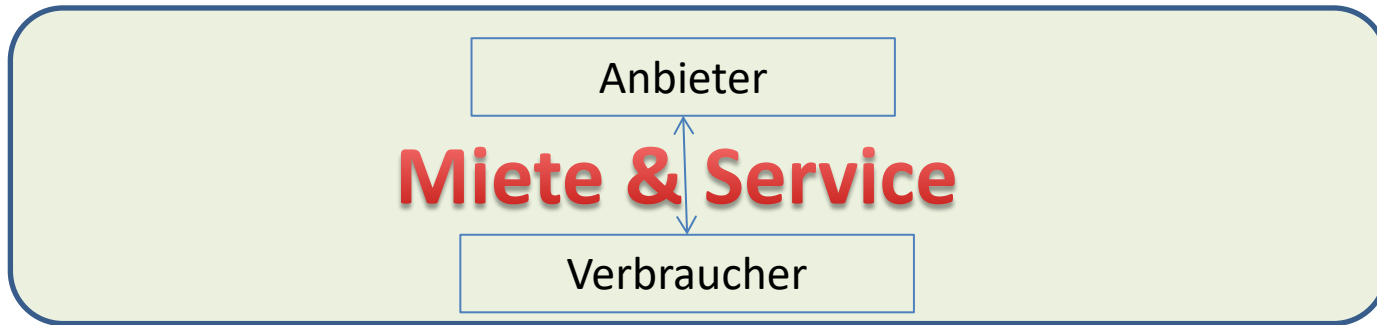
Siehe: ROSENOW, BESSENICH/JUNGEILGES/STEINFELD/PÖLD-KRÄMER, GABRIEL

(2) Der Verbraucher hat das vereinbarte Entgelt zu zahlen, soweit dieses insgesamt und nach seinen Bestandteilen **im Verhältnis zu den Leistungen angemessen ist.**

→ Im Streitfall „Nachweispflicht des Anbieters“

- SGB XI, XII: Angemessenheit durch Vereinbarungen zwischen Leistungsanbieter und Leistungsträger geregelt (WBVG § 7 Abs.2 Sätze 2 und 3)
- Keine entsprechende Grundlage für bWf (SGB IX)

**Nutzer und Anbieter ringen „ohne Beistand“ um die angemessene „Miethöhe“**

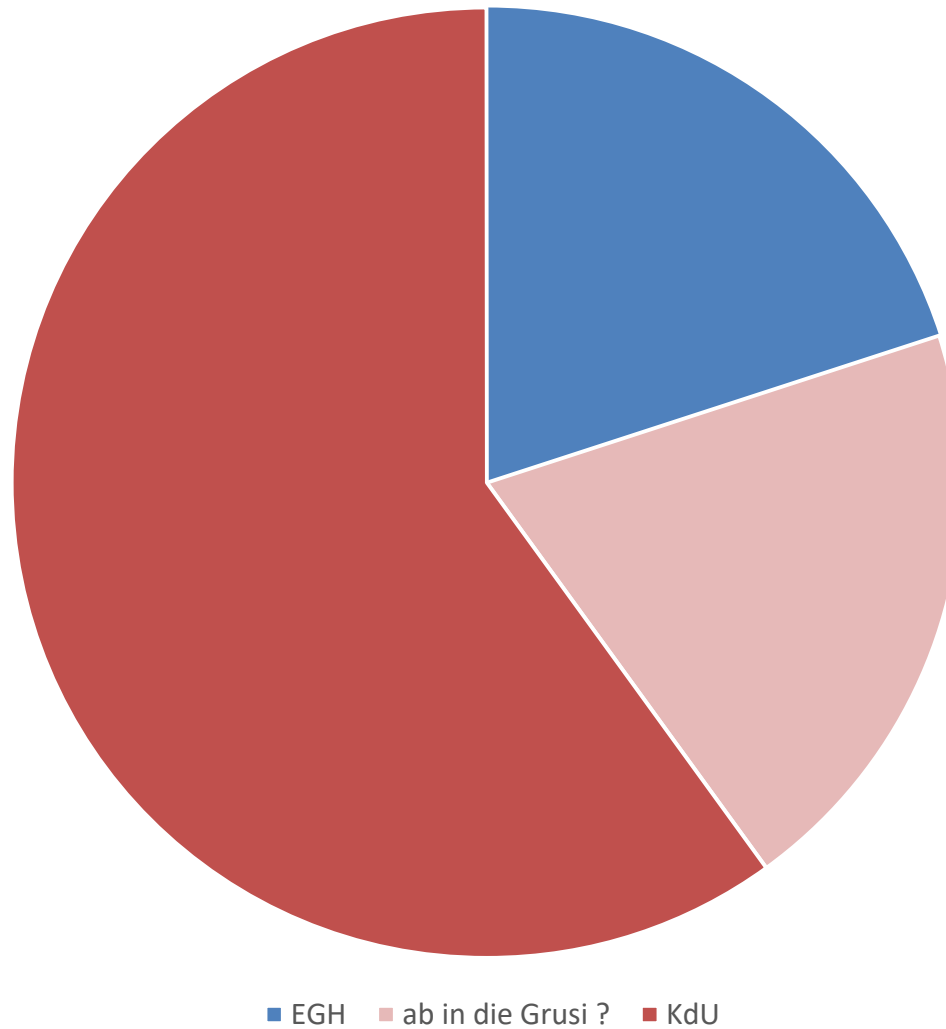


## Miete ? → Unterkunftskosten nach WBVG !

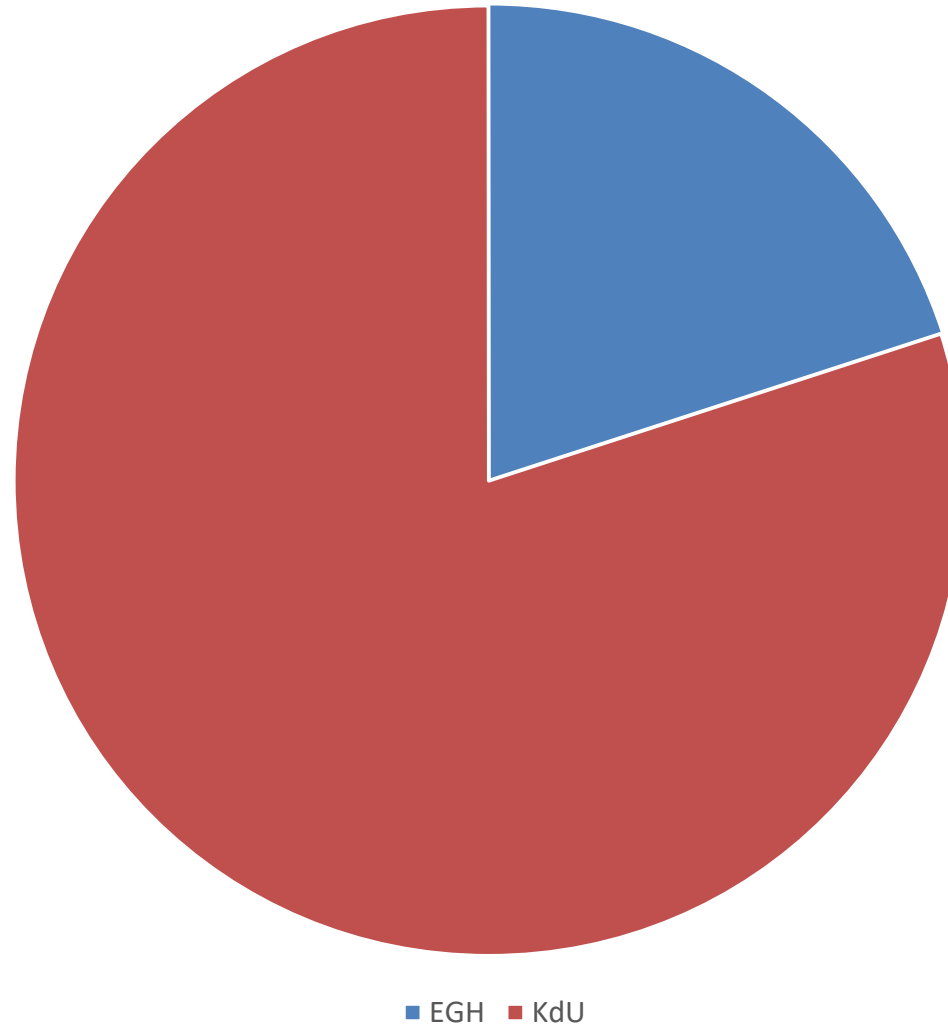
WBVG ermöglicht/fordert hohe **Transparenz** zur Kalkulation der Unterkunftskosten

- Sind die vermieteten Flächen angemessen? (Richtig bemessen ?)
- Sind Kosten, wie z.B. die anteilige Berücksichtigung von Wartungskosten für Pflegebetten für einen Mieter, der diese Leistungen nicht bezieht, „angemessen“ ???
- Sind die Wartungs-/Instandhaltungskosten für ein Snoozle-Raum tatsächlich auf die Unterkunftskosten zuordbar ?
  
- Was, wenn sich der Nutzer erfolgreich zur „Angemessenheit“ wehrt... ?

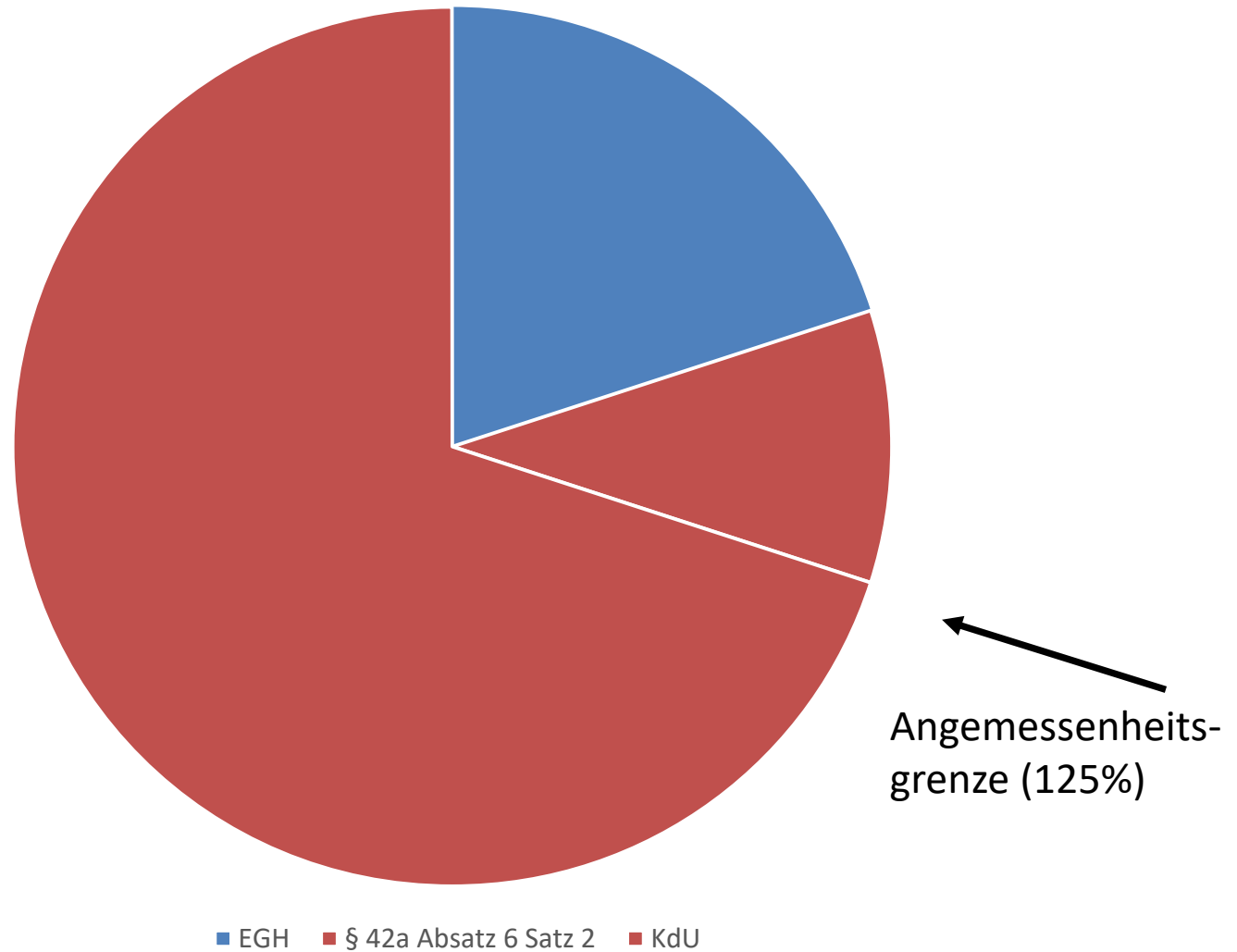
## Aufteilung der KdU-relevanten Kosten



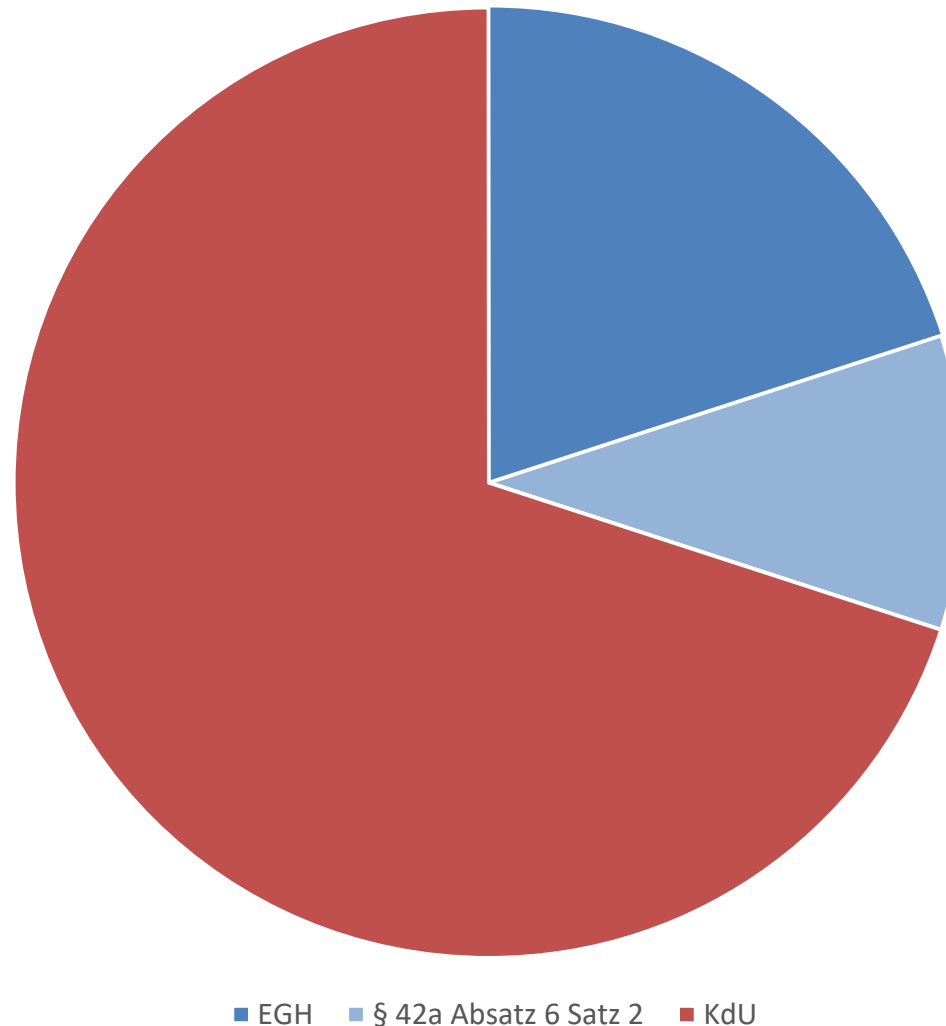
## Aufteilung der KdU-relevanten Kosten



## Aufteilung der KdU-relevanten Kosten



## Aufteilung der KdU-relevanten Kosten



**ACHTUNG !**  
Muss Bestandteil der Vereinbarung werden!

**Also:**

1. Angebot zur EGH vom Leistungsträger
2. KdU errechnen
3. Anteil über 125% verhandeln

Erst dann EGH-Vereinbarung unterzeichnen

**ACHTUNG !**  
„Kostensenkungsverfahren“ der EGH durch Vergleich mit anderen, kostengünstigeren Wohnangeboten



## 2. Zwischenthese

§ 42a Absatz 5 Satz 4 und 5 SGB XII  
wird die am häufigsten geänderte Regelung  
im Gesetzes werden !

1. Änderung schon im Gesetzgebungsverfahren – im ursprünglich Gesetzentwurf gab es keine vier Punkte, sondern nur „Wohn- und Wohnnebenkosten“.
2. Änderung vermutlich im Rahmen „BTHG-Reparaturgesetz“
3. und weitere Änderungen nach entsprechenden Rechtsprechungen

## § 42a Absatz 5 Satz 4 und 5

<sup>4</sup>Überschreiten die tatsächlichen Aufwendungen die Angemessenheitsgrenze nach Satz 3, können um bis zu 25 Prozent höhere als die angemessenen Aufwendungen anerkannt werden, wenn die leistungsberechtigte Person die höheren Aufwendungen durch einen Vertrag mit gesondert ausgewiesenen zusätzlichen Kosten nachweist für

1. Zuschläge nach Satz 1 Nummer 2,
2. Wohn- und Wohnnebenkosten und diese Kosten im Verhältnis zu vergleichbaren Wohnformen angemessen sind,
3. Haushaltsstrom, Instandhaltung von persönlichen Räumlichkeiten und den Räumlichkeiten zur gemeinschaftlichen Nutzung sowie der Ausstattung mit Haushaltsgroßgeräten oder
4. Gebühren für Telekommunikation sowie Gebühren für den Zugang zu Rundfunk, Fernsehen und Internet.

<sup>5</sup>Die zusätzlichen Aufwendungen nach Satz 4 Nummer 2 bis 4 sind nach der Anzahl der in einer baulichen Einheit lebenden Personen zu gleichen Teilen aufzuteilen.

## § 42a Absatz 5 Satz 4 und 5

<sup>4</sup>Überschreiten die tatsächlichen Aufwendungen die Angemessenheitsgrenze nach Satz 3, **können** um **bis zu** 25 Prozent höhere als die angemessenen Aufwendungen anerkannt werden, wenn die leistungsberechtigte Person die höheren Aufwendungen durch einen **Vertrag mit gesondert ausgewiesenen zusätzlichen Kosten nachweist** für

1. Zuschläge nach Satz 1 Nummer 2,
2. Wohn- und Wohnnebenkosten und (*wenn*) diese Kosten im Verhältnis zu vergleichbaren Wohnformen angemessen sind,
3. Haushaltsstrom, Instandhaltung von persönlichen Räumlichkeiten und den Räumlichkeiten zur gemeinschaftlichen Nutzung sowie der Ausstattung mit Haushaltsgroßgeräten **oder**
4. Gebühren für Telekommunikation sowie Gebühren für den Zugang zu Rundfunk, Fernsehen und Internet.

<sup>5</sup>Die **zusätzlichen Aufwendungen nach Satz 4 Nummer 2 bis 4 sind nach der Anzahl der in einer baulichen Einheit lebenden Personen zu gleichen Teilen aufzuteilen.**

## § 42a Absatz 5 Satz 4 und 5

<sup>4</sup>Überschreiten die tatsächlichen Aufwendungen die Angemessenheitsgrenze nach Satz 3, können um bis zu 25 Prozent höhere als die angemessenen Aufwendungen anerkannt werden, wenn die leistungsberechtigte Person die höheren Aufwendungen durch einen Vertrag mit gesondert ausgewiesenen zusätzlichen Kosten nachweist für

1. Zuschläge nach Satz 1 Nummer 2,

→ 2. die persönlich genutzten Räumlichkeiten, die vollständig oder teilweise möbliert zur Nutzung überlassen werden, in der sich daraus ergebenden Höhe,

D.h.: je Bewohner individuell nachgewiesener Möblierungs-Zuschlag (ggf. Afa der tatsächlich vorhandenen/überlassenden Ausstattung)

### 3. Haushaltsstrom, Instandhaltung von persönlichen Räumlichkeiten und den Räumlichkeiten zur gemeinschaftlichen Nutzung sowie der Ausstattung mit Haushaltsgroßgeräten

- Alles regelsatzrelevante Kosten
- Aber nach §27a Absatz 4 Satz 4 SGBXII (ab 2020) folgt (nur) für diesen Punkt beim Regelsatz keine „abweichende Festsetzung nach unten“
- Dadurch steigt der als „Barmittel“ verfügbare Betrag beim Leistungsberechtigten → siehe auch Gesamtplanverfahren nach SGB IX § 119 Abs.2 Satz 2
  - *<sup>2</sup>Soweit die Beratung über die Erbringung der Leistungen nach Nummer 4 den Lebensunterhalt betrifft, umfasst sie den Anteil des Regelsatzes nach § 27a Absatz 3 des Zwölften Buches, der den Leistungsberechtigten als Barmittel verbleibt.*

*Faktisch keine Freiheit des Leistungserbringers, den Punkt nicht in den WBVG-Vertrag einzubinden – was aber, wenn dadurch die 125% Grenze überschritten wird ?!*

#### 4. Gebühren für Telekommunikation sowie Gebühren für den Zugang zu Rundfunk, Fernsehen und Internet.

- auch regelsatzrelevante Kosten –aber noch nicht analog Punkt 3 privilegiert
- Nach Empfehlung AG Personenzentrierung, 28.6.2018 - Anlage 1 ; 1.Annahmen sollen „Die gesamten Aufwendungen werden ins Verhältnis zur Wohn- und Fachleistungsfläche des Gebäudes gesetzt“
  - heutige Telefonkosten der Einrichtung werden mehrheitlich in die KdU verlagert – auch wenn Klienten die Telefonanlage privat gar nicht nutzen ?!  
KANN NICHT SEIN!
  - wenn aber Telefonieren über Anlage genutzt wird, dann erfolgt keine Abrechnung nach individuellem Verbrauch, sondern wird über Köpfe pauschal verteilt ?!  
VIEL SPASS BEI DER NUTZUNG VON MEHRWERTNUMMERN!
- aber: 3,39 Jahr/Jahr für GEMA/ZMF - Zentralstelle für Wiedergabe von Fernsehsendungen geht i.O.

2. Wohn- und Wohnnebenkosten und (*wenn*) diese Kosten im Verhältnis zu vergleichbaren Wohnformen angemessen sind,

Was ist es nicht:

- Es ist nicht Strom, es ist nicht Telefon/Internet/Rundfunk, es ist nicht Instandhaltung im persönlichen Bereich


Was könnte es sein

- Es sind ganz sicher die noch nicht erwähnten Nebenkosten aus der BtrKV, also z.B. Heizung, Steuern, ect
- Begründung für +25% → Kompensation für baulich höhere Standards (Sonderbaurecht).... aber wie quantifizieren und nachweisen ?

# Vergleich Regelbau – spezifischer Sonderbau

## Baukosten Gebäude

Statistische Kostenkennwerte



m³ BGI	14	21
m² GRF	95	147
m² AWF	205	257
m² IWF	85	144
m² DEF	188	238
m² DAF	171	209
m² BGF	0	10
m² BGF	13	23
m³ BGF	35	55
m² BGF	42	64

**BKI** Kostenplanung



Architekturbüro Abel - Röheler Straße 1 B - 16909 Wittstock

### Kostengegenüberstellung Mehrfamilienhaus - Wohnstätte für 24 behinderte Personen

<b>Mehrfamilienhaus (BKI) 6 - 19 WE</b>	<b>Stand 2013</b>		
Kostengruppe 300 + 400 nach DIN 276	730 €/m² BGF	≈	800,00 €/m²
	oder		
	1010 €/m² NF	≈	1.100,00 €/m²
Außenanlagen	zusätzlich	6 %	66,00 €/m²
Nebenkosten	zusätzlich	18 %	198,00 €/m²
		<b>Σ</b>	<b>1.364,00 €/m² NF</b>
Kostensteigerung pro Jahr +		3,5 %	47,74 €/m²
Gesamtkosten	Stand 2014	≈	<b>1.410,00 €/m² NF</b>

<b>AWO Haus Wohnstätte ohne Abruch</b>	<b>Stand 2014</b>		
	Gesamtkosten		2.889.022 €
	/ Nutzfläche		
Nutzflächen	EG:	543 m²	
	1. OG:	548 m²	
	2. OG:	332 m²	
	<b>Σ</b>	<b>1423 m²</b>	
			<b>2.030 € je m² NF</b>

### Vergleich Mehrfamilienhaus zur Wohnstätte

1.410 €/m² NF ← → 2.030,00 €/m² NF

Mehrkosten: 620,00 €/m² NF

2014				
Regelbau	1.410,00 €/m²			
Sonderbau (Wittstock)	2.030,00 €/m²	-->	144%	
Anpassungsfaktor 1	125 %			
Regelbaumiete gesteigert	1.762,50 €/m²			
Fläche je Bewohner	46,50	Anteil Wohnfläche in %	80	
Vergleichsbasis	50 m²	-->	107,52%	
Anpassungsfaktor 2 (Fläch	1.895,03 €/m²			

GEBÄUDEPLANUNG  
BAUBETREUUNG  
ENERGIE- UND  
BAUBERATUNG

Dipl.-Ing. Bernd Abel  
Tel. 0 33 94 / 40 38 40  
Fax 0 33 94 / 40 38 41  
Frank 01 73 / 237 79 41

Kontakt@  
architekturbuero-abel.de

Bankverbindung  
Sparkasse  
Cispögnitz-Ruppin  
BIC: SASP33HAN  
IBAN: DE 13 1650220430001878  
Steuer-Nr.  
032 - 200 - 01905



## „Ergebnis-Übersicht“ des Berechnungsmodell Baden-Württemberg

In den Wohn- und Wohnnebenkosten enthaltene Kosten  
gem. §42a Absatz 5 Satz 4 Nr.1-4 SGB XII (im Mietvertrag transparent  
auszuweisen):

Zuschläge für Möblierung und Ausstattung mit Haushaltsgroßgeräten	€	51,78
Zuschläge für Haushaltsstrom	€	29,48
Zuschläge für Instandhaltung von persönlichen Räumlichkeiten und den Räumlichkeiten zur gemeinschaftlichen Nutzung	€	31,46
Zuschläge für Telekommunikation sowie Zugang zu Rundfunk, Fernsehen, Internet	€	2,95
Wohn- und Wohnnebenkosten gem. §42a Absatz 5 Satz 4 Nr.2 SGB XII	€	439,91
<b>Summe Gesamt-Warmmiete</b>	<b>€</b>	<b>555,58</b>

# 3. Abschlußthese

Das BTHG ist doch nicht mit dem BREXIT  
vergleichbar, weil...

...die Briten werden das Problem schon irgendwie noch  
hinbekommen !

## f) Trennung von Fachleistungen der EGH von existenzsichernden Leistungen

### *§ 116 SGB IX – Forschungsleitende Fragen*

- › Trennung der Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Vierten Kapitel SGB XII und der Fachleistungen der Eingliederungshilfe auch bei besonderen Wohnformen
- › Verschiedene Anpassungsklauseln zur Berücksichtigung der Besonderheit besonderer Wohnformen

- f.1) Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Bewilligungspraxis bei den Leistungsträgern, sowohl den Trägern der EGH als auch den Grundsicherungsträgern?
- f.2) Ist die in § 42a Abs. 5 SGB XII normierte Angemessenheitsgrenze für zu bewilligende KdU auskömmlich im Sinne der gesetzlichen Definition? Falls nein, in welchem Umfang wird diese Grenze überschritten und die übersteigenden KdU den Fachleistungen der Eingliederungshilfe zugeordnet? (Werden verstärkt Mehrbedarfe nach § 30 SGB XII / abweichende Regelsatzfestsetzungen nach §27a Abs. 4 SGB XII /einmalige Bedarfe §31 SGB XII gewährt?)
- f.3) Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Verwaltungspraxis?
- f.4) Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Kalkulationspraxis der Leistungserbringer, insbesondere hinsichtlich der nach geltendem Recht vorgesehenen Vergütungsvereinbarungsbestandteile Grundpauschale, Maßnahmepauschale sowie Investitionsbetrag? (Wie ist das Verhältnis zu den entstehenden Kosten für Ernährung zu den Ernährungsbestandteilen im Regelsatz? Werden Anteile der Verpflegungssätze zukünftig der Eingliederungshilfe zugedacht?)

# Vorläufige Antworten auf „forschungsleitende Fragen“:

## Auswirkung auf Bewilligungspraxis?

wird man erst ab 2020 beobachten können

## Angemessenheitsgrenze der KdU auskömmlich ?

nicht bei 80:20 und auch nicht, wenn möglichst viel in den +25% „versenkt“ werden sollen (Fachaufwendungen, Standard des Sonderbaurechts, Stromkosten des Mieters,...)

## Auswirkung auf Verwaltungspraxis ?

Beim Anbieter hohe Mehrkosten...

Koordinierung EGH und Grundsicherung

## Verhältnis Kosten der Ernährung zu Ernährungskosten im Regelsatz ?

im KAB: durchschnittlich

5,40 €

im Regelsatz-Warenkorb

4,21 € (Netto 3,52 €) [incl. Rauchen]

→ ohne Anteile in der EGH geht das schief !

<b>Antragszeitraum</b>	<b>von</b>	<b>bis</b>
	01.01.2019	31.12.2019

**Kostenaufteilung gem. § 76 Abs. 2 SGB XII**

<b>Einrichtung:</b>	<b>P68BW-/AW115340</b>	<b>WBV WK</b>	
		<b>Wohnstätte Nauen</b>	
<b>Einrichtungstyp:</b>	<b>BW 12 - (WSGBM)</b>	<b>Träger:</b>	<b>AWO Betreuungsdienste gGmbH</b>

<b>Platzzahl</b>	<b>24</b>	<b>Dienste</b>	<b>Vollkräfte</b>	<b>Pers.- durchschnitt</b>
<b>Belegungstage (BT)</b>	<b>8.585</b>			
<b>Anwesenheitstage</b>	<b>8.275</b>	Leitung/Verwaltung	1,194	47.845
<b>Abwesenheitstage</b>	<b>310</b>	Sonderdienst	0,388	45.768
<b>Auslastungsgrad</b>	<b>98,00%</b>	Nachtdienst	1,750	42.612
		Betreuungsdienst	11,837	43.784
		Wirtschaftsdienst	2,761	36.435

<b>Antragswerte</b>	<b>Gesamt- aufwand in € / je BT</b>		<b>Maßnahme- pauschale in €</b>	<b>Grund- pauschale in €</b>	<b>Investitions- betrag in €</b>
<b>Personalaufwand (Anlage 1)</b>					
Leitung und Verwaltung	57.126,77	6,654	28.563,39	28.563,39	
Sonderdienst	17.757,88	2,068	17.757,88		
Nachtdienst	74.570,82	8,686	74.570,82		
Betreuungsdienst	518.267,58	60,369	518.267,58		
Wirtschaftsdienst	100.597,62	11,718	50.298,81	50.298,81	
sonstiges Personal	6.250,20	0,728	6.250,20		
Personalnebenkosten	10.212,24	1,190	5.106,12	5.106,12	
Erträge (Zeile 30 ff.)	0,00	0,000	0,00	0,00	
<b>Zwischensumme</b>	<b>784.783,11</b>	<b>91,413</b>	<b>700.814,80</b>	<b>83.968,32</b>	
<b>Sachkosten (Anlage 2)</b>					
Lebensmittel	46.654,95	5,434		46.654,95	
Medizinischer Bedarf	1.436,49	0,167	1.436,49		
Wasser, Energie, Brennstoffe	38.339,66	4,466	19.169,83	19.169,83	
Wirtschaftsbedarf	22.322,94	2,600	11.161,47	11.161,47	
Betreuungsaufwand	7.359,08	0,857	7.359,08		
Verwaltungsbedarf	9.639,89	1,123	4.819,95	4.819,95	
Steuern, Abgaben, Beiträge, Versicherung einschl. Gebäude	6.447,98	0,751	3.223,99	3.223,99	
Erträge (Zeile 75 ff.)	0,00	0,000	0,00	0,00	
<b>Zwischensumme</b>	<b>132.200,99</b>	<b>15,399</b>	<b>47.170,81</b>	<b>85.030,19</b>	
<b>Investitionskosten (Anlage 3 und 4)</b>					
Mieten, Pachten, Leasing (Anlage 3)	3.118,92	0,363			3.118,92
Kapitaldienst (Anlage 4)	68.952,00	8,032			68.952,00
laufende Instandhaltung	10.667,84	1,243			10.667,84
mittel + kurzfristige Ab- schreibungen	10.440,00	1,216			10.440,00
langfristige Abschreibungen	60.288,60	7,023			60.288,60
Erträge (Zeile 89 ff.)	0,00	0,000			0,00
<b>Zwischensumme</b>	<b>153.467,36</b>	<b>17,876</b>			<b>153.467,36</b>

<b>Kosten Gesamt</b>	1.070.451,46	124,69	747.985,60	168.998,50	153.467,36
<b>Vergütung/Anwesenheit</b>		<b>125,27</b>	<b>87,60</b>	<b>19,79</b>	<b>17,88</b>
<b>Vergütung/Abwesenheit</b>		109,16	74,46	16,82	17,88

Summe m <sup>2</sup>	1.395,10	Wohnfläche 639,96	Fachfläche 568,41	Mischfläche 186,73
Verhältnis		0,529608675	0,470391325	
Zuordnung Mischfläche		98,89	87,83	
<u>Gesamtsumme m<sup>2</sup></u>	1.395,10	<u>738,86</u>	<u>656,24</u>	

Bezeichnung	Funktion	Grundfläche [m <sup>2</sup> ]	Wohnfläche			Fachleistungsfläche		Mischfläche	
					%		%		%
<b>Nr.</b>	<b>Raumbezeichnung</b>								
	<b>Erdgeschoss</b>								
0.01a	FLUR ALLGEMEIN	19,16 m <sup>2</sup>	100,0%	19,16 m <sup>2</sup>				x	19,16 m <sup>2</sup>
0.01b	FLUR ALLGEMEIN	24,96 m <sup>2</sup>	100,0%	24,96 m <sup>2</sup>				x	24,96 m <sup>2</sup>
0.02	GÄ WC	6,23 m <sup>2</sup>	100,0%	6,23 m <sup>2</sup>			x	6,23 m <sup>2</sup>	
0.03	HEIMLEITUNG	20,30 m <sup>2</sup>	100,0%	20,30 m <sup>2</sup>			x	20,30 m <sup>2</sup>	
0.04	THERAPIERAUM - SNOEZELEN	49,09 m <sup>2</sup>	100,0%	49,09 m <sup>2</sup>			x	49,09 m <sup>2</sup>	
0.05	GEMEINSCHAFTSRAUM	50,64 m <sup>2</sup>	100,0%	50,64 m <sup>2</sup>			x	50,64 m <sup>2</sup>	
0.06a	HA Elektro	3,96 m <sup>2</sup>	100,0%	3,96 m <sup>2</sup>				x	3,96 m <sup>2</sup>
0.06b	ABST	3,38 m <sup>2</sup>	100,0%	3,38 m <sup>2</sup>	x	3,38 m <sup>2</sup>			
0.06c	BMZ	3,41 m <sup>2</sup>	100,0%	3,41 m <sup>2</sup>				x	3,41 m <sup>2</sup>
0.07	TRH	9,43 m <sup>2</sup>	100,0%	9,43 m <sup>2</sup>				x	9,43 m <sup>2</sup>
0.07a	AUFZUG	4,14 m <sup>2</sup>	100,0%	4,14 m <sup>2</sup>				x	4,14 m <sup>2</sup>
0.08	ABST ROLL ELEKTR.	15,88 m <sup>2</sup>	100,0%	15,88 m <sup>2</sup>			x	15,88 m <sup>2</sup>	
0.09	HAW	6,15 m <sup>2</sup>	100,0%	6,15 m <sup>2</sup>	x	6,15 m <sup>2</sup>			
0.10	WOKÜ	30,05 m <sup>2</sup>	100,0%	30,05 m <sup>2</sup>	x	30,05 m <sup>2</sup>			
0.10	WOKÜ	30,05 m <sup>2</sup>	100,0%	30,05 m <sup>2</sup>			x	30,05 m <sup>2</sup>	
0.11	LOGGIA	11,85 m <sup>2</sup>	25,0%	2,96 m <sup>2</sup>	x	2,96 m <sup>2</sup>			
0.12	PFLEGEBAD	24,99 m <sup>2</sup>	100,0%	24,99 m <sup>2</sup>			x	24,99 m <sup>2</sup>	
0.13	BAD	6,17 m <sup>2</sup>	100,0%	6,17 m <sup>2</sup>	x	6,17 m <sup>2</sup>			
0.14	BAD	6,18 m <sup>2</sup>	100,0%	6,18 m <sup>2</sup>	x	6,18 m <sup>2</sup>			
0.15	ZI 1	16,28 m <sup>2</sup>	100,0%	16,28 m <sup>2</sup>	x	16,28 m <sup>2</sup>			
0.16	ZI 2	16,28 m <sup>2</sup>	100,0%	16,28 m <sup>2</sup>	x	16,28 m <sup>2</sup>			
0.17	ZI 3	16,28 m <sup>2</sup>	100,0%	16,28 m <sup>2</sup>	x	16,28 m <sup>2</sup>			
0.18	ZI 4	16,28 m <sup>2</sup>	100,0%	16,28 m <sup>2</sup>	x	16,28 m <sup>2</sup>			
0.19a	FL WOHNGR 1 ROLL	25,57 m <sup>2</sup>	100,0%	25,57 m <sup>2</sup>	x	25,57 m <sup>2</sup>			
0.19b	FL WOHNGR 1 ROLL	45,30 m <sup>2</sup>	100,0%	45,30 m <sup>2</sup>			x	45,30 m <sup>2</sup>	
0.20	ZI 5	16,28 m <sup>2</sup>	100,0%	16,28 m <sup>2</sup>	x	16,28 m <sup>2</sup>			
0.21	ZI 6	16,28 m <sup>2</sup>	100,0%	16,28 m <sup>2</sup>	x	16,28 m <sup>2</sup>			
0.22	ZI 7	16,28 m <sup>2</sup>	100,0%	16,28 m <sup>2</sup>	x	16,28 m <sup>2</sup>			
0.23	ZI 8	16,28 m <sup>2</sup>	100,0%	16,28 m <sup>2</sup>	x	16,28 m <sup>2</sup>			
0.24	DIZI	9,06 m <sup>2</sup>	100,0%	9,06 m <sup>2</sup>			x	9,06 m <sup>2</sup>	
0.25	ABST	6,36 m <sup>2</sup>	100,0%	6,36 m <sup>2</sup>	x	6,36 m <sup>2</sup>			



Standort

Wittstock

Nettokaltmiete Leistungsvereinbarung 2019	
Kapitaldienst	68.952,00
Mieten / Pachten	3.118,92
m+k Afa	10.440,00
langfristige Afa	60.288,60
laufende Instandhaltung	10.667,84
<b>Erbbaupacht</b>	
Kosten Gesamt	153.467,36 €/Jahr
Mietfläche	1.395,10 m <sup>2</sup>
Kosten je Monat	9,17 €/m <sup>2</sup>
Wohnfläche	738,86 m <sup>2</sup>
Fläche je Bewohner	30,79 m <sup>2</sup> /Bew.
Monatspreis Wohnfläche I	6.773,14 €
ggf. abzüglich Zuschlag Möblierung (1)	
ggf. abzüglich Zuschlag Instandhaltung persönlich (3)	
Wohnungsverwaltung €/Monat	15,00
Ausfallwagnis in %	2,00
Monatspreis Wohnfläche II	7.268,60
Anzahl Bewohner	24
Anteil je Bewohner	302,86 €
KdU Netto KM 50 m <sup>2</sup>	4,53
	226,50 €

Mietkosten	302,86
BK Kalt	41,31
Heizung	21,97
Gesamt	366,14
KdU warm	7,46
	373,00

§ 42a Absatz 5 Satz 4	
Zuschlag für Möblierung (1)	Nein
Wohn- und Wohnnebenkosten (2)	Nein
Stromanteil (3)	Nein
Instandhaltung persönlich (3)	Nein
Telekommunikation (4)	Nein

Zwischen-Summe Gesamt-Miete + Zuschläge	366,14
KdU warm +25 %	

Anteil EGH	
------------	--

Nettokaltmiete Istkosten auf Kostenstelle	2016	2017	2018	
<b>Darlehen</b>				
Kapitaldienst	568431	79.368,33	75.566,20	71.764,08
<b>Mieten</b>				
Miete technische Ausrüstung	576000	4.162,58	4.047,63	4.164,16
Leasing technische Ausrüstung	576200	17.730,60	17.730,60	17.730,60
<b>Abschreibungen Gebäude</b>				
Afa Betriebsausstattung	575106	107,25	170,33	288,65
Afa baul. Anl. eigene Grundst.	575112	69.683,17	76.018,00	76.018,00
Afa Bauten auf fremde Grundstücke	575700			
<b>Instandhaltung</b>				
Instandhaltung Gebäude	577100	1.970,94	4.598,82	8.877,89
Innenumsatz Instandhaltung	577110			
Instandhaltung techn. Anlagen	577120	5.258,31	7.777,95	2.287,22
Instand Betriebsausstattung	577130	490,88	1.500,53	1.167,75
Instandhaltung Außenanlage	577136	2.005,45	4.252,00	972,35
Kleinmaterial	577141	235,20	340,28	145,98
sonstige Fremdleistungen	568700	2.876,86	3.073,84	3.148,12
<b>Erbbaupacht</b>				
Kosten Gesamt	576300	188.510,18 €/Jahr		
Mietfläche		1.395,10 m <sup>2</sup>		
Kosten je Monat		11,26 €/m <sup>2</sup>		
Wohnfläche		738,86 m <sup>2</sup>		
Fläche je Bewohner		30,79 m <sup>2</sup> /Bew.		
Monatspreis Wohnfläche		8.319,72 €		
abzüglich Zuschlag Möblierung (1)				
ggf. abzüglich Zuschlag Instandhaltung persönlich (3)				
Kosten der Wohnungsverwaltung		360,00		
<b>Ausfallwagnis</b>		135,46		
<b>Monatspreis Wohnfläche II</b>		8.815,18		
Anzahl Bewohner		24		
Anteil je Bewohner		367,30 €		
KdU Netto KM 50 m <sup>2</sup>		4,53		
		226,50 €		

Mietkosten	367,30
BK Kalt	41,31
Heizung	21,97
Gesamt	430,58
KdU warm	7,46
	373,00

§ 42a Absatz 5 Satz 4	
Zuschlag für Möblierung (1)	Nein
Wohn- und Wohnnebenkosten (2)	Nein
Stromanteil (3)	Nein
Instandhaltung persönlich (3)	Nein
Telekommunikation (4)	Nein

Summe Gesamt-Miete + Zuschläge	430,58
KdU warm +25 %	

Anteil EGH	
------------	--



Betriebskosten Durchschnitt 2015-2017				Wohnfläche	Fachfläche		
		2016	2017			2018	
<b>4. Kosten der zentralen Heizungsanlage</b>							
	Heizung	S67000	9.760,00	12.860,00	12.276,00	6.160,41	5.471,59
	Wartung Heizung	S77145	476,00	476,00		168,06	149,27
<b>5. Kosten der zentralen Warmwasserversorgungsanlage</b>							
<b>6. Kosten verbundener Heizungs- und Warmwasseranlagen</b>							
<b>Kosten je Monat/Bewohner 21,97</b>							
<b>1. laufende öffentliche Lasten</b>							
	Grundsteuer	S71100					
	Bodenverband	S71100					
	Gebühren	S71100	80,75	16,38	447,78	96,20	85,44
<b>2. Kosten der Wasserversorgung</b>							
<b>3. Kosten der Entwässerung</b>							
	Wasser/Abwasser	S67200	7.191,89	6.986,63	8.209,23	3.952,25	3.510,33
<b>7. Kosten des Betriebs des Personen- oder Lastenaufzuges</b>							
	Lift	S77145	505,42	1.129,97	527,75	381,87	339,17
<b>8. Kosten der Straßenreinigung und Müllbeseitigung</b>							
	Müllabfuhr	S71120	4.299,55	4.340,69	2.796,01	2.018,91	1.793,17
	Straßenreinigung	S71100	81,64	81,64	166,20	58,17	51,66
<b>9. Kosten der Gebäudereinigung und Ungezieferbekämpfung</b>							
<b>10. Kosten der Gartenpflege</b>							
	Baumschau	S71100					
<b>11. Kosten der Beleuchtung</b>							
	Beleuchtung	S77145	928,20	991,80	1.539,01	610,64	542,36
	BMA	S77145	3.455,71	3.935,21	4.770,71	2.146,97	1.906,91
<b>12. Kosten der Schornsteinreinigung</b>							
	Schornsteinfeger	S71100					
<b>13. Kosten der Sach- und Haftpflichtversicherung</b>							
	Gebäude	S71200	2.519,84	1.732,91	1.792,90	1.067,28	947,94
	Inventar	S71200	76,79	12,13	12,06	17,83	15,83
<b>14. Kosten für den Hauswart</b>							
Hausmeister/HWK (Stellenanteil)							
"Idee OPR" 0,25€/m²/Monat"							
<b>15. Kosten des Betriebs der Gemeinschafts-Antennenanlage</b>							
	GEZ	S71100	273,00	208,00	195,00	119,34	105,99
<b>16. Kosten der Betriebes der Einrichtungen für die Wäschepflege</b>							
<b>17. Sonstige Betriebskosten</b>							
	Telefon	S68300	1.422,83	1.644,47	1.606,86	825,16	732,89
	Wartung Anlage	Telefon	S77145			Ja	
	Wartung	Sonstig	S77145	1.236,00	2.173,94		601,98
	Wartung Pflegeausstattung	Reha	S77145		425,89	Nein	66,78
<b>Kosten je Monat/Bewohner 41,31</b>							

Nichtverteilte Kosten	2016	2017	2018
S67000			
S67200			
S68300			
S71100	142,00	13,00	26,00
S71120			
S71200	1.142,50	1.401,14	1.437,22
S77145			

Hygiene und Brandschutzkontrollen

Gemeinschaftsraum, Fahrzeuge

Verteilung?

Ja

Ja

Nein

In der Praxis kein Zugang für Klienten ??

Können diese Kosten Betriebskosten sein?

Regelsatzleistungen auf Basis Durchschnitt 2015-2017		2016	2017	2018	
<b>Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren</b>					
<i>Lebensmittel</i>					
<i>Essenversorgung durch Dritte</i>					
<b>Bekleidung und Schuhe</b>					
<b>Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung</b>					
	<i>Strom</i>	S67100	22.953,85	18.411,90	18.506,63
	Reinigungsmittel	S68603	2.599,85	3.095,24	2.601,67
<b>Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, laufende Haushaltsführung</b>					
	GWG	S75103	1.786,37	431,24	142,16
	Wirtschaftsbedarf	S68600	2.776,36	3.965,25	4.196,45
<b>Gesundheitspflege</b>					
	Toilettenpapier ?				
<b>Verkehr</b>					
	Fahrten zum Arzt ?				
	Freizeitfahrten ?				
<b>Nachrichtenübermittlung</b>					
<b>Freizeit, Unterhaltung, Kultur</b>					
<b>Bildungswesen</b>					
<b>Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen</b>					
<b>Andere Waren und Dienstleistungem</b>					
verbleibender Betrag aus Regelsatz					

Entgeltsatz 5,42 €

Mittelwert	Wohnfläche	Fachfläche	aus Regelsatz (368 €) zu finanzieren	RS Stufe 2
46.715,00			162,20	128,18
				32,22
19.957,46	10.569,64	9.387,82	36,70	32,60
2.765,59	1.464,68	1.300,91	5,09	22,66
				13,97
786,59	416,58	370,01	1,45	30,63
3.646,02	1.930,96	1.715,06	6,70	32,88
				35,27
				0,94
				9,14
				29,15

155,50

Antragszeitraum	von	bis
	01.01.2019	31.12.2019

**Kostenaufteilung gem. § 76 Abs. 2 SGB XII**

<b>Einrichtung:</b>		<b>P68BW-AW115340</b>	<b>WBV Wittstock</b>	
			<b>WS Rosa 42a</b>	
<b>Einrichtungstyp:</b>		<b>BW 12 - (WSGBM)</b>	<b>Träger:</b>	<b>AWO Betreuungsdienste gGmbH</b>

<b>Platzzahl</b>		<b>24</b>	<b>Dienste</b>	<b>Vollkräfte</b>	<b>Pers.-durchschnitt</b>
<b>Belegungstage (BT)</b>		<b>8.585</b>			
<b>Anwesenheitstage</b>		<b>8.275</b>	Leitung/Verwaltung	1,194	47,845
<b>Abwesenheitstage</b>		<b>310</b>	Sonderdienst	0,388	45,768
<b>Auslastungsgrad</b>		<b>98,00%</b>	Nachtdienst	1,750	42,612
			Betreuungsdienst	11,837	43,784
			Wirtschaftsdienst	2,761	36,435

	Ursprungswerte	Gesamt-aufwand in € / je BT		Maßnahme- pauschale in €	Grund- pauschale in €	Investitions- betrag in €
<b>Personalaufwand (Anlage 1)</b>						
Leitung und Verwaltung	57.126,77	57.126,93	6,654	28.563,47	28.563,47	
Sonderdienst	17.757,88	17.757,98	2,068	17.757,98		
Nachtdienst	74.570,82	74.571,00	8,686	74.571,00		
Betreuungsdienst	518.267,58	518.271,21	60,369	518.271,21		
Wirtschaftsdienst	100.597,62	100.597,62	11,718	50.298,81	50.298,81	
sonstiges Personal	6.250,20	6.250,20	0,728	6.250,20		
Personalnebenkosten	10.212,24	10.212,29	1,190	5.106,15	5.106,15	
Erträge (Zeile 30 ff.)	0,00	0,00	0,000	0,00	0,00	
<b>Zwischensumme</b>	<b>784.783,11</b>	<b>784.787,24</b>	<b>91,414</b>	<b>700.818,81</b>	<b>83.968,42</b>	
<b>Sachkosten (Anlage 2)</b>						
Lebensmittel	46.654,95					
Medizinischer Bedarf	1.436,49	1.436,49	0,167	1.436,49		
Wasser, Energie, Brennstoffe	38.339,66	21.609,61	2,517	10.804,80	10.804,80	
Wirtschaftsbedarf	22.322,94	18.676,92	2,176	9.338,46	9.338,46	
<b>Betreuungsaufwand</b>	<b>7.359,08</b>	<b>4.197,69</b>	<b>0,489</b>	<b>4.197,69</b>		
Verwaltungsbedarf	9.639,89	8.814,73	1,027	4.407,37	4.407,37	
Steuern, Abgaben, Beiträge, Versicherung einschl. Gebäude	6.447,98	4.195,71	0,489	2.097,85	2.097,85	
Erträge (Zeile 75 ff.)	0,00	0,00	0,000	0,00	0,00	
<b>Zwischensumme</b>	<b>116.451,71</b>	<b>58.931,15</b>	<b>6,864</b>	<b>32.282,66</b>	<b>26.648,48</b>	
<b>Investitionskosten (Anlage 3 und 4)</b>						
Mieten, Pachten, Leasing (Anlage 3)	3.118,92	1.467,11	0,171			1.467,11
Kapitaldienst (Anlage 4)	68.952,00	32.434,42	3,778			32.434,42
laufende Instandhaltung	10.667,84	5.018,06	0,585			5.018,06
mittel + kurzfristige Ab- schreibungen	13.299,45	6.255,95	0,729			6.255,95
langfristige Abschreibungen	60.288,60	28.359,23	3,303			28.359,23
Erträge (Zeile 89 ff.)	0,00	0,00	0,000			0,00
<b>Zwischensumme</b>	<b>113.206,57</b>	<b>73.534,78</b>	<b>8,565</b>			<b>73.534,78</b>
<b>Kosten Gesamt</b>	<b>1.014.441,39</b>	<b>917.253,16</b>	<b>106,84</b>	<b>733.101,48</b>	<b>110.616,90</b>	<b>73.534,78</b>
<b>Vergütung/Anwesenheit</b>			<b>107,38</b>	<b>85,86</b>	<b>12,96</b>	<b>8,57</b>
<b>Vergütung/Abwesenheit</b>			<b>92,56</b>	<b>72,98</b>	<b>11,01</b>	<b>8,57</b>

Pauschales Angebot	in KdU
51.414,09	10,00%
17.757,88	
74.570,82	
518.267,58	
100.597,62	
6.250,20	
10.130,54	0,80%
0,00	
<b>778.988,74</b>	
1.436,49	
18.034,64	Flächenansatz
17.858,35	20,00%
7.359,08	
8.675,90	10,00%
3.223,99	
0,00	50,00%
<b>56.588,46</b>	
1.467,11	Flächenansatz
32.434,42	Flächenansatz
5.018,06	Flächenansatz
6.255,95	Flächenansatz
28.359,23	Flächenansatz
0,00	
<b>73.534,78</b>	
<b>909.111,97</b>	

	<b>KdU NKM</b>	<b>RW BK</b>	<b>RW HK</b>	<b>Summe</b>
Amt Temnitz	4,49	1,46	1,47	7,42
Berlin	6,46			
Fehrbellin	5,36	1,46	1,47	8,29
Friesack	4,06	1,43	1,38	6,87
Heiligengrabe	4,16	1,46	1,47	7,09
Kyritz	4,48	1,46	1,47	7,41
Lindow	4,88	1,46	1,47	7,81
Nauen	5,00	1,43	1,38	7,81
Neuruppin	4,85	1,46	1,47	7,78
Neustadt/Dosse	4,54	1,46	1,47	7,47
Potsdam	5,80	1,80	1,3	8,90
Prenzlau	5,65	1,30	1,35	8,30
Rheinsberg	5,13	1,46	1,47	8,06
Wittstock	4,53	1,46	1,47	7,46
Wusterhausen/Dos:	4,52	1,46	1,47	7,45

<b>Kostenstelle</b>	<b>Kostenstelle</b>	<b>Ergebucht</b>	<b>Kostenart</b>	<b>Kostenart Bezeichnung</b>	<b>Kostenträger</b>
T50850	2016	05.01.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.02.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.03.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.04.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.05.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.06.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.07.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.08.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.09.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.10.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.11.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.12.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	31.12.2016	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	01.01.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	01.02.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	01.03.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	01.04.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	01.05.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	01.06.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	01.07.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	01.08.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	04.09.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	01.10.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	01.11.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	01.12.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	31.12.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2017	31.12.2017	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.01.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.02.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.03.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.04.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.05.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.06.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.07.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.08.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.09.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.10.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.11.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2018	01.12.2018	S67000	Heizung	R99999
T50850	2016	01.01.2016	S67100	Strom	R99999
T50850	2016	01.02.2016	S67100	Strom	R99999
T50850	2016	01.03.2016	S67100	Strom	R99999
T50850	2016	01.04.2016	S67100	Strom	R99999
T50850	2016	01.05.2016	S67100	Strom	R99999
T50850	2016	01.06.2016	S67100	Strom	R99999
T50850	2016	01.07.2016	S67100	Strom	R99999
T50850	2016	01.08.2016	S67100	Strom	R99999
T50850	2016	01.09.2016	S67100	Strom	R99999
T50850	2016	01.10.2016	S67100	Strom	R99999



T50850	2018	01.12.2018	S67100	Strom	R99999
T50850	2018	31.12.2018	S67100	Strom	R99999
T50850	2018	21.01.2019	S67100	Strom	R99999
T50850	2018	21.01.2019	S67100	Strom	R99999
T50850	2016	01.02.2016	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2016	01.03.2016	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2016	01.04.2016	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2016	01.05.2016	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2016	01.06.2016	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2016	01.07.2016	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2016	01.08.2016	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2016	01.09.2016	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2016	01.10.2016	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2016	01.11.2016	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2016	01.12.2016	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2016	24.01.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	01.02.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	01.03.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	01.04.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	01.05.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	01.06.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	01.07.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	01.08.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	04.09.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	02.10.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	01.11.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	01.12.2017	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2017	22.01.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	01.02.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	01.03.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	01.04.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	01.05.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	01.06.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	01.07.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	01.08.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	01.09.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	01.10.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	01.11.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	01.12.2018	S67200	Wasser/Abwasser	R99999
T50850	2018	28.01.2019	S67200	Wasser/Abwasser	R99999



**Buchungstext**

Energicos Nord GmbH, Berlin 01/16 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 02/16 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Rückstellung Heizung 2016 Rosa 42a/b  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 03/16 Neue WS  
Rückstellung 2017 Heizung  
Rückstellung 2017 Heizung  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
Energicos Nord GmbH, Berlin 01/18 Neue WS  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a

**Buchungsmemo**

LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Rückstellung 2016 Strom WK  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Rückst.2016 Strom Energicos Rosa lt.H.Trost  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
Energicos f.Heizcontainer  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
Rückstellung Strom WK 2017  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a  
Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW  
LichtBlick, Bindfelde 06/15 Rosa 42a

Energicos Nord GmbH, Berlin 04/17 Rosa42 BHKW

Rückstellung Strom 2018 WK

Umb. Strom von KST 50720/50850 auf Energie für E-Fahrzeuge an KST10901 für 2018 Ladestation Wittstock

Umb. Strom von KST 50720/50850 auf Energie für E-Fahrzeuge an KST60810 für 2018 für Ladestation Wittstc

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, Wittstock 02/16 Rosa 42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, Wittstock EA 2016 Rosa 42

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, Wittstock EA 2017 WS

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, 03/16 Rosa42a

Wasser-u.Abwasserverband Wittstock, Wittstock EA 2018 Rosa42a

Beleg	Datum	Umlage (%)	WKz	Saldovortrag	Umsatz Soll
R00168036	01.01.2016	100,00	EUR		730,00
2	01.02.2016	100,00	EUR		730,00
2	01.03.2016	100,00	EUR		730,00
042016Rosa42a	01.04.2016	100,00	EUR		730,00
052016Rosa42a	01.05.2016	100,00	EUR		730,00
062016Rosa42a	01.06.2016	100,00	EUR		730,00
072016Rosa42a	01.07.2016	100,00	EUR		730,00
082016Rosa42a	01.08.2016	100,00	EUR		730,00
092016Rosa42a	01.09.2016	100,00	EUR		730,00
102016Rosa42a	01.10.2016	100,00	EUR		730,00
112016Rosa42a	01.11.2016	100,00	EUR		730,00
122016Rosa42a	01.12.2016	100,00	EUR		730,00
2	31.12.2016	100,00	EUR		1000,00
R00207025	01.01.2017	100,00	EUR		930,00
022017Rosa42a	01.02.2017	100,00	EUR		930,00
032017Rosa42a	01.03.2017	100,00	EUR		930,00
042017Rosa42a	01.04.2017	100,00	EUR		930,00
052017Rosa42a	01.05.2017	100,00	EUR		930,00
062017Rosa42a	01.06.2017	100,00	EUR		930,00
072017Rosa42a	01.07.2017	100,00	EUR		930,00
082017Rosa42a	01.08.2017	100,00	EUR		930,00
092017Rosa42a	04.09.2017	100,00	EUR		930,00
102017Rosa42a	01.10.2017	100,00	EUR		930,00
112017Rosa42a	01.11.2017	100,00	EUR		930,00
122017Rosa42a	01.12.2017	100,00	EUR		930,00
4	31.12.2017	100,00	EUR		1000,00
4	31.12.2017	100,00	EUR		700,00
R00250994	01.01.2018	100,00	EUR		1023,00
022018Rosa42a	01.02.2018	100,00	EUR		1023,00
032018Rosa42a	01.03.2018	100,00	EUR		1023,00
042018Rosa42a	01.04.2018	100,00	EUR		1023,00
052018Rosa42a	01.05.2018	100,00	EUR		1023,00
062018Rosa42a	01.06.2018	100,00	EUR		1023,00
072018Rosa42a	01.07.2018	100,00	EUR		1023,00
082018Rosa42a	01.08.2018	100,00	EUR		1023,00
092018Rosa42a	01.09.2018	100,00	EUR		1023,00
102018Rosa42a	01.10.2018	100,00	EUR		1023,00
112018Rosa42a	01.11.2018	100,00	EUR		1023,00
122018Rosa42a	01.12.2018	100,00	EUR		1023,00
012016Rosa	01.01.2016	100,00	EUR		1235,00
022016Rosa	01.02.2016	100,00	EUR		1235,00
032016Rosa	01.03.2016	100,00	EUR		1235,00
042016Rosa	01.04.2016	100,00	EUR		1235,00
052016Rosa	01.05.2016	100,00	EUR		1235,00
062016Rosa	01.06.2016	100,00	EUR		1235,00
072016Rosa	01.07.2016	100,00	EUR		1235,00
R00188409	01.08.2016	100,00	EUR		1421,77
092016Rosa	01.09.2016	100,00	EUR		1421,77
102016Rosa	01.10.2016	100,00	EUR		1421,77

112016Rosa	01.11.2016	100,00 EUR	1421,77
122016Rosa	01.12.2016	100,00 EUR	1421,77
3	31.12.2016	100,00 EUR	1200,00
012017Rosa	02.01.2017	100,00 EUR	1421,77
R00202710	31.12.2016	100,00 EUR	6000,00
022017Rosa	01.02.2017	100,00 EUR	1421,77
R00208865	01.03.2017	100,00 EUR	979,59
R00211003	24.03.2017	100,00 EUR	500,00
042017Rosa	01.04.2017	100,00 EUR	979,59
052017Rosa	01.05.2017	100,00 EUR	979,59
052017	01.05.2017	100,00 EUR	500,00
062017	01.06.2017	100,00 EUR	500,00
062017Rosa	01.06.2017	100,00 EUR	979,59
072017	01.07.2017	100,00 EUR	500,00
072017Rosa	01.07.2017	100,00 EUR	979,59
082017Rosa	01.08.2017	100,00 EUR	979,59
082017	01.08.2017	100,00 EUR	500,00
092017Rosa	04.09.2017	100,00 EUR	979,59
092017	04.09.2017	100,00 EUR	500,00
102017Rosa	01.10.2017	100,00 EUR	979,59
102017	01.10.2017	100,00 EUR	500,00
30	01.11.2017	100,00 EUR	672,46
112017	01.11.2017	100,00 EUR	500,00
112017Rosa	01.11.2017	100,00 EUR	979,59
122017Rosa	01.12.2017	100,00 EUR	979,59
122017	01.12.2017	100,00 EUR	500,00
1	31.12.2017	100,00 EUR	600,00
012018Rosa	01.01.2018	100,00 EUR	979,59
01/18 Rosa	01.01.2018	100,00 EUR	500,00
022018	01.02.2018	100,00 EUR	500,00
022018Rosa	01.02.2018	100,00 EUR	979,59
032018	01.03.2018	100,00 EUR	500,00
R00259051	01.03.2018	100,00 EUR	906,97
042018Rosa	01.04.2018	100,00 EUR	906,97
R00259714	01.04.2018	100,00 EUR	625,00
052018Rosa	01.05.2018	100,00 EUR	906,97
052018	01.05.2018	100,00 EUR	625,00
062018	01.06.2018	100,00 EUR	625,00
062018Rosa	01.06.2018	100,00 EUR	906,97
072018	01.07.2018	100,00 EUR	625,00
072018Rosa	01.07.2018	100,00 EUR	906,97
082018	01.08.2018	100,00 EUR	625,00
082018Rosa	01.08.2018	100,00 EUR	906,97
092018Rosa	01.09.2018	100,00 EUR	906,97
092018	01.09.2018	100,00 EUR	625,00
102018Rosa	01.10.2018	100,00 EUR	906,97
102018	01.10.2018	100,00 EUR	625,00
112018Rosa	01.11.2018	100,00 EUR	906,97
112018	01.11.2018	100,00 EUR	625,00
122018Rosa	01.12.2018	100,00 EUR	906,97

122018	01.12.2018	100,00 EUR	625,00
1	31.12.2018	100,00 EUR	500,00
Wittstock	30.12.2018	100,00 EUR	
Prenzlau	30.12.2018	100,00 EUR	
4	01.02.2016	100,00 EUR	213,00
4	01.03.2016	100,00 EUR	213,00
042016Rosa 42	01.04.2016	100,00 EUR	213,00
052016Rosa 42	01.05.2016	100,00 EUR	213,00
062016Rosa 42	01.06.2016	100,00 EUR	213,00
072016Rosa 42	01.07.2016	100,00 EUR	213,00
082016Rosa 42	01.08.2016	100,00 EUR	213,00
092016Rosa 42	01.09.2016	100,00 EUR	213,00
102016Rosa 42	01.10.2016	100,00 EUR	213,00
112016Rosa 42	01.11.2016	100,00 EUR	213,00
122016Rosa 42	01.12.2016	100,00 EUR	213,00
R00204196	31.12.2016	100,00 EUR	4848,89
022017Rosa 42	01.02.2017	100,00 EUR	231,00
032017Rosa 42	01.03.2017	100,00 EUR	231,00
042017Rosa 42	01.04.2017	100,00 EUR	231,00
052017Rosa 42	01.05.2017	100,00 EUR	231,00
062017Rosa 42	01.06.2017	100,00 EUR	231,00
072017Rosa 42	01.07.2017	100,00 EUR	231,00
082017Rosa 42	01.08.2017	100,00 EUR	231,00
092017Rosa 42	04.09.2017	100,00 EUR	231,00
102017Rosa 42	02.10.2017	100,00 EUR	231,00
112017Rosa 42	01.11.2017	100,00 EUR	231,00
122017Rosa 42	01.12.2017	100,00 EUR	231,00
R00252610	31.12.2017	100,00 EUR	4445,63
R00256009	01.02.2018	100,00 EUR	717,00
032018Rosa 42	01.03.2018	100,00 EUR	717,00
042018Rosa 42	01.04.2018	100,00 EUR	717,00
052018Rosa 42	01.05.2018	100,00 EUR	717,00
062018Rosa 42	01.06.2018	100,00 EUR	717,00
072018Rosa 42	01.07.2018	100,00 EUR	717,00
082018Rosa 42	01.08.2018	100,00 EUR	717,00
092018Rosa 42	01.09.2018	100,00 EUR	717,00
102018Rosa 42	01.10.2018	100,00 EUR	717,00
112018Rosa 42	01.11.2018	100,00 EUR	717,00
122018Rosa 42	01.12.2018	100,00 EUR	717,00
R300003104	31.12.2018	100,00 EUR	322,23









Konto	Bezeichnung Gruppe	Bebuchbar bi: Art	Wkz	Steuer	VerdichtungsI Kostenstelle	Kostenträger	UStVA	AKZ	DATEV
S04110	Bauten auf fremden Grundstücken	BA		0				Nein	
S04200	baul. Anlagen auf fremden Grundstücken	BA		0				Nein	
S04300	baul. Anlagen auf eigenen Grundstücken	BA		0				Nein	
S05000	Gebäude	BA		0				Nein	
S05500	Grundstücke	BA		0				Nein	
S06100	Büro- u. Geschäftsausstattungen	BA		0				Nein	
S06101	Anlagevermögen aus Fördermitteln	BA		0				Nein	
S06300	Fahrzeuge	BA		0				Nein	
S06400	GWG's geringfügige Ausstattungen	BA		0				Nein	
S06500	GWG Sammelposten 2008	BA		0				Nein	
S06501	GWG Sammelposten 2009	BA		0				Nein	
S07000	Anlagen im Bau	BA		0				Nein	
S08020	Immaterielle Vermögensgegenstände	BA		0				Nein	
S08040	Finanzanlagevermögen	BA		0				Nein	
S08045	Ausleihungen an verbundene UN	BA		0				Nein	
S09999	Anlagevermögen Durchlaufkonto	BA		0				Nein	
S10100	Warenbestand	BU		0				Nein	
S10171	geleistete Anzahlg. Anlagen im Bau	BU		0				Nein	
S11000	Forderungen aus Lieferungen und Leistung	BU		0				Nein	
S11200	Ford. an Sozialämter	BU		0				Nein	
S11300	Ford. Selbstzahler	BU		0				Nein	
S11370	Forderungen gegen Krankenkassen (Umlag	BU		0				Nein	
S11400	Forderungen gegen Gesellschafter	BU		0				Nein	
S11500	Forderungen gegen verbund 2007008	BU		0				Nein	
S11505	EWB auf Forderungen gegen verbundene L	BU		0				Nein	
S11550	Forderungen gegen. verb. Unternehmen at	BU		0				Nein	
S12000	Hauptkasse Nauen	BG		0				Nein	
S12001	Handkasse Ketzin	BG		0				Nein	
S12002	Handkasse Verw. Friesack	BG		0				Nein	
S12003	Handkasse Rhinstraße	BG		0				Nein	
S12004	Handkasse Fam.projekt Friesack	BG		0				Nein	
S12005	Handkasse amb. Friesack	BG		0				Nein	
S12006	Handkasse Rathenow amb. + TS	BG		0				Nein	
S12007	Handkasse Lindow	BG		0				Nein	
S12008	Handkasse AWG	BG		0				Nein	
S12009	Handkasse Psych Nauen	BG		0				Nein	
S12010	Hauptkasse Prenzlau	BG		0				Nein	
S12011	HK Haus an den Tannen	BG		0				Nein	
S12012	HK Vier Jahreszeiten unten	BG		0				Nein	
S12013	HK Vier Jahreszeiten oben	BG		0				Nein	
S12014	HK Lichtblick	BG		0				Nein	
S12015	HK Tagetheraphie	BG		0				Nein	
S12016	HK Außenbereich	BG		0				Nein	
S12017	Handkasse amb. WG GB	BG		0				Nein	
S12018	Handkasse Mutter/Vater- Kind	BG		0				Nein	
S12019	Handkasse Feldstrasse Nauen	BG		0				Nein	
S12020	Handkasse Psych Wittstock	BG		0				Nein	
S12021	Handkasse GB Wittstock	BG		0				Nein	
S12025	Hauptkasse Wittstock	BG		0				Nein	
S12026	Handkasse Fam.projekt Potsdam	BG		0				Nein	
S12027	Portokasse Nauen	2011013 BG		0				Nein	
S12028	Portokasse Friesack	BG		0				Nein	
S12029	Portokasse Wittstock	BG		0				Nein	
S12030	Handkasse Asyl	BG		0				Nein	
S12031	Handkasse Kisy	BG		0				Nein	
S12032	Handkasse Mittagstisch	BG		0				Nein	
S12033	Handkasse Begleitete Elternschaft Prenzlau	BG		0				Nein	
S12034	Handkasse ambulante WG GB Prenzlau	BG		0				Nein	
S12035	Handkasse Kontaktkaffee	BG		0				Nein	
S12036	Handkasse amb. EBW Prenzlau	BG		0				Nein	
S12037	Handkasse Marquardt	BG		0				Nein	
S12200	Bankkto. 115 118	BF		0				Nein	
S12201	Bankkto. 20 115 118	BF		0				Nein	
S12202	Bankkto. 200 115 118	BF		0				Nein	
S12203	Bankkto. 100 115 118 Bew. Heim Nauen	BF		0				Nein	
S12204	Bankkto. 400 115118 Wittstock	BF		0				Nein	
S12205	Bankkto. 300 115118 Prenzlau	BF		0				Nein	
S12206	Bankkto. 10 5020450 WK Bewohnerkto.	BF		0				Nein	
S12207	Bankkto. 300 712 825 Rath. Asyl	BF		0				Nein	
S12208	Bankkto. 400 712 825 Premnitz Kisy	BF		0				Nein	
S12209	Bankkto. 500 115 118 Bew. amb. Nauen	BF		0				Nein	
S12210	Bankkto. 130641830 UM	BF		0				Nein	
S12211	Bankkto. 712 825 Friesack	BF		0				Nein	
S12212	Bankkto. 130641834 UM Bewohnerkto.	BF		0				Nein	
S12213	Bankkto. 5020450 Wittstock	BF		0				Nein	
S12214	Bankkto. 7117930003 Lindow	BF		0				Nein	
S12215	Bankkto. 7117930011 Bew. Lindow	BF		0				Nein	
S12216	Bankkto. 6700019018 LBB	BF		0				Nein	
S12217	Bankkto. 10115118 Mietkaution OHV	BF		0				Nein	
S12218	Bankkto. 110 115 118 Mietkaution Mittelst	BF		0				Nein	
S12219	Bankkto. 210 115 118 Mietkaution Berliner	BF		0				Nein	
S12220	Bankkto. 410 115 118 Mietkaution Baderst	BF		0				Nein	
S12221	Bankkto. 310 115 118 Mietkaution Baderst	BF		0				Nein	
S12222	Bankkto. 600641832 Mietkaut. Vicent.6	BF		0				Nein	
S12223	Bankkto. 601641836 Mietkaut. Vicent. 6	BF		0				Nein	

S12224	Bankkto.3901018440 Mietkaut.Poststr.31	BF	0	Nein
S12225	Bankkto.3901018696 Mietkaut.Poststr.31	' BF	0	Nein
S12226	Bankkonto 602641830 Mietkaut. Baustr. 5	BF	0	Nein
S12227	Bankkto. 510 115 118 Mietkaut. Karl-Berna	BF	0	Nein
S12228	Bankkto. 10 115 118 Mietkaut. Karl-Berna	BF	0	Nein
S12229	Bankkto. 610 115 118 Mietkaut. Berliner St	BF	0	Nein
S12230	Bankkto. 1020007520 DKB	BF	0	Nein
S12231	Bankkto. 100 712 825 Bew. amb. Friesack	BF	0	Nein
S12232	Bankkto. 200 712 825 Bew. amb. Rathenov	BF	0	Nein
S12233	Bankkto. 710 115 118 Mietkaut. Berliner 3:	BF	0	Nein
S12234	Bankkto. 600 115 118 Bew. Heim Ketzin	BF	0	Nein
S12235	Bankkto. 810 115 118 Mietkaut. Bredower	BF	0	Nein
S12236	Bankkto. 910 115 118 Mietkaut. K-B-Ring 5	BF	0	Nein
S12237	Bankkto 1010 115 118 Mietk. Rhinstraße 1	BF	0	Nein
S12238	Bankkto 700 115 118 Potsdam	BF	0	Nein
S12239	Bankkto 1110115118 Mietkaut. Berl. Str. 5:	BF	0	Nein
S16020	Forderungen an Beschäftigte	BU	0	Nein
S16030	Forderungen gegenüber Finanzamt	BU	0	Nein
S16040	Forderungen an Betreute	BU	0	Nein
S16050	Forderungen Mietkautionen	BU	0	Nein
S16060	Rückdeckung von Altersteilzeitverpflichtun	BU	0	Nein
S16310	Vorsteuersammelkto.	BU	0	Nein
S16311	Forderungen FA, Umsatzsteuer Vorauszahl.	BU	0	Nein
S16312	Umsatzsteuervorauszahlung 1/11	BU	0	Nein
S16313	Bereinigung Vorsteuer IU nach BDO	BU	0	Nein
S16314	Vorsteuersammelkto.	BU	0	Nein
S16315	Vorsteuersammelkto.	BU	0	Nein
S16730	sonstige Forderungen gegen Gesellschafter	BU	0	Nein
S16731	Forderungen Bew. aus Betr.kosten	BU	0	Nein
S16732	sonstige Forderungen gegen Fremde	BU	0	Nein
S16735	EWB auf sonstige Verm. gegenstände	BU	0	Nein
S16800	Geldtransit	BU	0	Nein
S16801	Geldtransit HK Prenzlau	BU	0	Nein
S16802	Geldtransit HK Psych Wittstock	BU	0	Nein
S16803	Geldtransit HK GB Wittstock	BU	0	Nein
S16804	Geldtransit HK Friesack	BU	0	Nein
S16805	Geldtransit HK Lindow	BU	0	Nein
S16810	Irrläufer Wittstock	BU	0	Ja
S16811	Durchlauf Überstunden/ Zuordnung zum Q	BU	0	Ja
S16812	Durchlauf Kassen Nauen	BU	0	Nein
S16813	Irrläufer Friesack	BU	0	Ja
S16814	Irrläufer Prenzlau	BU	0	Ja
S16815	Verrechnungskto. Altenpflg.zent. Wittst.	BU	0	Nein
S16820	Sammelkonto Zuzahlung	BU	0	Nein
S16825	Durchlfd.Posten Nauen	BU	0	Nein
S16830	Durchlfd. Posten Friesack	BU	0	Nein
S16831	Durchl. evtl. Kosten BV zusätzlich	BU	0	Nein
S16835	Durchlfd. Posten Lindow	BU	0	Nein
S16836	Durchlfd. Posten Prenzlau	BU	0	Nein
S16837	Durchlauf ASYL Mietwohnungen	BU	0	Nein
S16840	Geldtransit Brd. Bank	BU	0	Nein
S16850	Geldtransit Bank Soziale Dienste	BU	0	Nein
S18000	Aktive Rechnungsabgrenzung	BU	0	Nein
S20000	Stammkapital	BE	0	Nein
S20080	Kapitalrücklage	BE	0	Nein
S20081	Kapitalrücklage (AWO Friesack)	BE	0	Nein
S20090	Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	BE	0	Nein
S20100	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	BE	0	Nein
S20610	freie Rücklage	BE	0	Nein
S20611	satzungsgemäße Rücklage	BE	0	Nein
S20620	andere Gewinnrücklage	BE	0	Nein
S21000	Sonderposten	BE	0	Nein
S21100	SOPO Zusch. kleiner als 100%	BE	0	Nein
S22008	Sonderposten aus Spenden	BE	0	Nein
S24030	Rückstellung Urlaub	BE	0	Nein
S24040	sonstige Rückstellungen	BE	0	Nein
S24050	Rückstellung BG	BE	0	Nein
S24060	Rückstellung Überstd. monatl.	BE	0	Nein
S24080	Rückstellung Jahresabschluß	BE	0	Nein
S24090	Rückstellungen ATZ	BE	0	Nein
S24095	Rückstellung für Instandhaltung	BE	0	Nein
S24100	Steuerrückstellungen	BE	0	Nein
S30000	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leis	BK	0	Nein
S30001	Durchlaufkto VWG Sinfo	BK	0	Nein
S30100	Verb.keiten gegenüber Kreditinst. Kauf Lin	BK	0	Nein
S30110	Verb.keiten gegenüber Kreditinst. Bau Lind	BK	0	Nein
S30120	Verb.keiten gegenüber Kreditinst. Dachsan.	BK	0	Nein
S30130	Verb.keiten gegenüber Kreditinst. Brandsch	BK	0	Nein
S30140	Verb.keiten gegenüber Kreditinst. Neubau	BK	0	Nein
S30150	Verb.keiten gegenüber Kreditinst. Kauf WK	BK	0	Nein
S31000	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen	BK	0	Nein
S31100	Verb.keiten gegenüb. Gesellschaftern	BK	0	Nein
S35000	Verb. gegenüber Beschäftigte	BK	0	Nein
S35030	Verrechnungskto. Lohn	BK	0	Nein
S35031	Verrechnungskot. Url. -u. Weihn.geld	BK	0	Nein
S35100	Verb.keiten Krankenkassen	BK	0	Ja

S35200	Verbindlichkeiten Finanzamt (Lohnsteuer)	BK	0	Nein
S35300	Verbindlichkeiten aus Einbehaltungen	BK	0	Nein
S35400	Verbindlichkeiten gegenüber Bewohner	BK	0	Nein
S35401	Verbindlichkeiten Bew. aus Betr.kosten	BK	0	Nein
S35402	Verbindlichkeiten Bew. aus Kautions	BK	0	Ja
S35500	Verbindlichkeiten Vermögensbildung	BK	0	Nein
S35550	Verbindlichkeiten Pensionskasse	BK	0	Nein
S35600	Verbindlichkeiten ZVK-Beitrag/Zusatzbeiträge	BK	0	Nein
S35700	sonstige Verbindlichkeiten	BK	0	Nein
S35740	sonstige Verbindlichkeiten/ Sicherheitseint	BK	0	Nein
S36000	Sammelkonto. Umsatzsteuer 16%	BK	0	Nein
S36001	Verbindlichkeiten Umsatzsteuer Vorjahr	BK	0	Nein
S36002	Abführung Umsatzsteuer	BK	0	Nein
S36003	Verbindlichkeiten an FA (RZ Vorsteuer Vorjahr)	BK	0	Nein
S36005	Sammelkonto. Umsatzsteuer 16%	BK	0	Nein
S36007	Sammelkonto Umsatzsteuer 7%	BK	0	Nein
S36008	Sammelkonto. Umsatzsteuer 19%	BK	0	Nein
S36100	Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	BK	0	Nein
S36110	Verbindlichkeiten Finanzamt Nauen	BK	0	Nein
S37000	Verwahrgelder	BS	0	Nein
S38000	passive Rechnungsabgrenzung	BK	0	Nein
S39000	Verrechnungskto. gegenüb. AWO Bez.vertr	BU	0	Nein
S40000	Erträge amb. Pflegegest. 1 PFK	EV	0	Nein
S40010	Erträge amb. Pflegegest. 1 Soz	EV	0	Nein
S40020	Erträge amb. Pflegegest. 1 SeZa	EV	0	Nein
S40030	Erträge amb. Pflegegest. 1 Übrige	EV	0	Nein
S40100	Erträge amb. Pflegegest. 2 PFK	EV	0	Nein
S40110	Erträge amb. Pflegegest. 2 Soz	EV	0	Nein
S40120	Erträge amb. Pflegegest. 2 SeZa	EV	0	Nein
S40130	Erträge amb. Pflegegest. 2 Übrige	EV	0	Nein
S40200	Erträge amb. Pflegegest. 3 PFK	EV	0	Nein
S40210	Erträge amb. Pflegegest. 3 Soz	EV	0	Nein
S40220	Erträge amb. Pflegegest. 3 SeZa	EV	0	Nein
S40230	Erträge amb. Pflegegest. 3 Übrige	EV	0	Nein
S40300	Erträge amb. Pflegegest. H PFK wird ab 1.01.1	EV	0	Nein
S40310	Erträge amb. Pflegegest. H Soz	EV	0	Nein
S40320	Erträge amb. Pflegegest. H SeZa	EV	0	Nein
S40330	Erträge amb. Pflegegest. H Übrige	EV	0	Nein
S40600	Erträge amb. §45b-c Betr.lstg. SGBXI	EV	0	Nein
S40605	Erträge amb. Beratungseinsatz 37/SGBXI	EV	0	Nein
S40610	Erträge Sozialamt (SGB XII)	EV	0	Nein
S40611	Erträge Pflegeversicherung	EV	0	Nein
S40615	Erträge Jugendamt (SGB VIII)	EV	0	Nein
S40620	Erträge Selbstzahler	EV	0	Nein
S40625	Erträge Geldbußen	EV	0	Nein
S40630	Erträge Inkontinenzmaterial	EV	0	Nein
S40810	Erträge amb. Pflegegest. 0 Soz ab 2017 umbe	EV	0	Nein
S40820	Erträge amb. Pflegegest. 0 SeZa	EV	0	Nein
S40830	Erträge amb. Pflegegest. 0 Übrige	EV	0	Nein
S40840	Erträge amb. Pflegegest. 0 PFK wird ab 1.01.17	EV	0	Nein
S40900	Erträge amb. Behandlungspf. Krankenkasse	EV	0	Nein
S43000	Erträge amb. Verhinderungspf. PFST 1 PFK	EV	0	Nein
S43020	Erträge amb. Verhinderungspf. PFST 1 SeZa	EV	0	Nein
S43100	Erträge amb. Verhinderungspf. PFST 2 PFK	EV	0	Nein
S43120	Erträge amb. Verhinderungspf. PFST 2 SeZa	EV	0	Nein
S43200	Erträge amb. Verhinderungspf. PFST 3 PFK	EV	0	Nein
S43220	Erträge amb. Verhinderungspf. PFST 3 SeZa	EV	0	Nein
S44000	Erträge amb. Pflegegrad 1 PFK	EV	0	Nein
S44001	Erträge amb. Pflegegrad 1 Soz	EV	0	Nein
S44002	Erträge amb. Pflegegrad 1 SeZa	EV	0	Nein
S44003	Erträge amb. Pflegegrad 1 Übrige	EV	0	Nein
S44010	Erträge amb. Pflegegrad 2 PFK	EV	0	Nein
S44011	Erträge amb. Pflegegrad 2 Soz	EV	0	Nein
S44012	Erträge amb. Pflegegrad 2 SeZa	EV	0	Nein
S44013	Erträge amb. Pflegegrad 2 Übrige	EV	0	Nein
S44020	Erträge amb. Pflegegrad 3 PFK	EV	0	Nein
S44021	Erträge amb. Pflegegrad 3 Soz	EV	0	Nein
S44022	Erträge amb. Pflegegrad 3 SeZa	EV	0	Nein
S44023	Erträge amb. Pflegegrad 3 Übrige	EV	0	Nein
S44030	Erträge amb. Pflegegrad 4 PFK	EV	0	Nein
S44031	Erträge amb. Pflegegrad 4 Soz	EV	0	Nein
S44032	Erträge amb. Pflegegrad 4 SeZa	EV	0	Nein
S44033	Erträge amb. Pflegegrad 4 Übrige	EV	0	Nein
S44040	Erträge amb. Pflegegrad 5 PFK	EV	0	Nein
S44041	Erträge amb. Pflegegrad 5 Soz	EV	0	Nein
S44042	Erträge amb. Pflegegrad 5 SeZa	EV	0	Nein
S44043	Erträge amb. Pflegegrad 5 Übrige	EV	0	Nein
S44050	Erträge amb. Pflegegrad 6 PFK	EV	0	Nein
S44070	Erträge amb. nach § 45b Abs.1 Satz 3 SGB XI	EV	0	Nein
S44101	Erträge amb. Pflegegrad 2 PFK	EV	0	Nein
S44111	Erträge amb. Pflegegrad 2 SH	EV	0	Nein
S44121	Erträge amb. Pflegegrad 2 SeZa	EV	0	Nein
S44131	Erträge amb. Pflegegrad 2 Übrige	EV	0	Nein
S44141	Erträge amb. Pflegegrad 2	EV	0	Nein
S44201	Erträge amb. Pflegegrad 3 PFK	EV	0	Nein
S44211	Erträge amb. Pflegegrad 3 SH	EV	0	Nein

S44221	Erträge amb. Pfl.grad 3 SeZa	EV	0		Nein
S44231	Erträge amb. Pfl.grad 3 Übrige	EV	0		Nein
S44241	Erträge amb. Pfl.grad 3	EV	0		Nein
S44301	Erträge amb. Pfl.grad 4 PFK	EV	0		Nein
S44311	Erträge amb. Pfl.grad 4 SH	EV	0		Nein
S44321	Erträge amb. Pfl.grad 4 SeZa	EV	0		Nein
S44331	Erträge amb. Pfl.grad 4 SeZa	EV	0		Nein
S44341	Erträge amb. Pfl.grad 4	EV	0		Nein
S44400	Zuschuß Kommune/Bundesamt	EV	0		Nein
S44401	Erträge amb. Pfl.grad 5 PFK	EV	0		Nein
S44411	Erträge amb. Pfl.grad 5 SH	EV	0		Nein
S44421	Erträge amb. Pfl.grad 5 SeZa	EV	0		Nein
S44431	Erträge amb. Pfl.grad 5 Übrige	EV	0		Nein
S44441	Erträge amb. Pfl.grad 5	EV	0		Nein
S44450	Zuschuß Jugendamt (PKR)	EV	0		Nein
S44700	Zuwendungen Ferienlager	EV	0		Nein
S44900	sonstige betriebl. Ertrag	EV	0		Nein
S44910	Erträge aus Übertragung Anlag vom AWO	EV	0		Nein
S45000	Erträge aus Fördermitteln	EV	0		Nein
S46001	Etr. Invest amb. Pfl.grad 1	EV	0		Nein
S46010	Ertr. Invest amb. St1	EV	0		Nein
S46011	Ertr. Invest amb. Pfl.grad 2	EV	0		Nein
S46020	Ertr. Invest amb. St2	EV	0		Nein
S46021	Ertr. Invest amb. Pfl.grad 3	EV	0		Nein
S46030	Ertr. Invest amb. St3	EV	0		Nein
S46031	Ertr. Invest amb. Pfl.grad 4	EV	0		Nein
S46040	Ertr. Invest amb. StH	EV	0		Nein
S46041	Ertr. Invest amb. Pfl.grad 5	EV	0		Nein
S46210	Ertr. Invest St 0	EV	0		Nein
S47400	Erträge aus Auflösung SOPO	EV	0		Nein
S47503	Mieteinnahmen ASYL/ Heimbewohner	EV	0	T40201	Nein
S48300	Erstattung Bufdi/ Zivi	EV	0		Nein
S48310	Erstattung Arbeitsförderung	EV	0		Nein
S48315	Erstattung Krankenkassen U2 ( Beschäftigt)	EV	0		Nein
S48320	Erstattung antg. Gehaltskosten	EV	0		Nein
S48351	Erstattung Telefon	EV	0		Nein
S48360	Erstattung Benzingeld	EV	0		Nein
S48361	Erträge Veranstaltungen / Spiemo	EV	0		Nein
S48362	Erträge aus Benutzungsgebühren	EV	0		Nein
S48365	Sachbezug PKW 19%	EV	1 (101)		Nein
S48408	Erträge 7% von 19%	2010008 EV	2 (2)		Nein
S48409	Erträge 7% (Fest St.vorgabe)	2010009 EV	2 (2)		Nein
S48410	Erträge 7 %	EV	2		Nein
S48411	Erträge 19%	EV	1		Nein
S48412	Erträge Betriebe WK	EV	0		Nein
S48413	Erträge Strom Wittst.	EV	0		Nein
S48490	Erträge Beschäftigungsprojekt	EV	0		Nein
S48590	Erträge sonstiges o. Mwst.	EV	0		Nein
S49100	Elternbeiträge Ferienlager	EV	0		Nein
S51100	Erträge aus Ausleihungen d. Finanzanlagev	EV	0		Nein
S51400	Zinserträge	EV	0		Nein
S52000	Erträge aus dem Abgang Anlagevermögen	EV	0		Nein
S52100	Erlöse aus Anlageverk. 16% Ust.(bei Buchgr	EN	1	51s	Nein
S52200	Erlöse aus Anlageverk. (bei Buchgewinn)	EN	0		Nein
S53000	Erträge aus der Auflösung von Rückstellun	EV	0		Nein
S53001	Erträge aus der Auflösung Rücklagen	EN	0		Nein
S53100	Erträge aus Ausbuchungen	EV	0		Nein
S53200	Erträge aus Auflösung Rückst. Personalkost	EV	0		Nein
S55200	Skontoerträge	EV	0		Nein
S56000	Periodenfremde Erträge	EV	0		Nein
S56100	Spenden	EV	0		Nein
S56200	Sachspenden	EV	0		Nein
S56210	Versicherungserstattungen (Schadensfälle)	EV	0		Nein
S56211	Erträge aus Erstattungen (Ve	2007009 EV	0		Nein
S57000	Mitgliedsbeiträge	EV	0		Nein
S57400	Erträge aus Mieten	EV	0		Nein
S57401	Mieteinnahmen Thiemannstr. 1 Frsk.	EV	0		Nein
S57402	Mieteinnahmen Wiesegrund 14 Frsk.	EV	0		Nein
S57403	Mieteinnahmen ASYL/ Bewohner	EV	0	T40201	Nein
S57410	Erträge aus Betriebskosten	EV	0		Nein
S57500	Innenumsatz	EN	0		Nein
S58000	Erstattung ATZ Agentur für Arbeit	EV	0		Nein
S59000	Erträge aus Schadensersatz AGIL	EV	0		Nein
S60000	Bruttolohn L/V	AK	0		Nein
S60001	Bruttolohn Sonderdienste	AK	0		Nein
S60002	Bruttolohn Nachtdienst	AK	0		Nein
S60003	Bruttolohn Betreuung	AK	0		Nein
S60004	Bruttolohn Wirtschaftsdienst	AK	0		Nein
S60010	Mutterschutz- Gehaltsanteil	AK	0		Nein
S60011	Aufwand Mutterschaftsgeld	AK	0		Nein
S60100	Personalaufwand aus Betriebsprüfung	AK	0		Nein
S60200	Überstunden	AK	0		Nein
S60500	Bundesfreiwilligendienst	AK	0		Nein
S60530	Aufwandsentschädigung/Auslagenerstattu	AK	0		Nein
S60540	Sachzuwendungen an Arbeitnehmer	AK	0		Nein
S60600	Tantieme (Kto. vorher ATZ-PK-aufw	AK	0		Nein

S60620	sonstige Aushilfen (geringf. Besch.)	AK	0	Nein
S60900	Abfindungen	AK	0	Nein
S61000	AG-Anteile L/V	AK	0	Nein
S61001	AG-Anteile Sonderdienste	AK	0	Nein
S61002	AG-Anteile Nachtdienst	AK	0	Nein
S61003	AG-Anteile Betreuung	AK	0	Nein
S61004	AG-Anteile Wirtschaftsdienst	AK	0	Nein
S61100	Pauschalversteuerung AG	AK	0	Nein
S64000	Berufsgenossenschaft	AK	0	Nein
S64100	Fortbildung Mitarbeiter	AK	0	Nein
S64110	Arbeitsmedizin	AK	0	Nein
S64320	Personalaufwand Sachbezug PKW	AK	0	Nein
S64500	Honorare	AK	EUR 0	Nein
S65000	Lebensmittel	AK	0	Nein
S65001	Essenversg. durch Dritte	AK	0	Nein
S65002	Lebensmittel Allgemein / Ve	2007012 AK	0	Nein
S65003	Lebensmittel 7 %	AK	2	Nein
S65004	Lebensmittel 19 %	AK	1	Nein
S65005	Lebm.	AK	0	Nein
S65100	Innenumsatz Lebensmittel	AK	0	Nein
S66110	Medizinischer Pflegebedarf	AK	0	Nein
S66200	Beschäftigung	AK	0	Nein
S66201	Kulturelle Betreuung	AK	0	Nein
S66206	Körperpflege/Hygieneartikel (Windeln)	AK	0	Nein
S66207	Inkontinenzmaterial Wittst.	AK	0	Nein
S66300	Kauf aus Spendengeldern	AK	0	Nein
S67000	Heizung	AK	0	Nein
S67001	Heizung RWE Abschlag	AK	0	Nein
S67100	Strom	AK	0	Nein
S67200	Wasser/Abwasser	AK	0	Nein
S67300	Gas	AK	0	Nein
S68100	Wäschereinigung durch Fremde	AK	0	Nein
S68105	Innenumsatz Wäscherei	AK	0	Nein
S68110	Fremdreinigung Gebäude	AK	0	Nein
S68115	sonstiger Wirtschaftsbedarf	AK	0	Nein
S68200	Büromaterial	AK	0	Nein
S68300	Telefon	AK	0	Nein
S68400	Porto	AK	0	Nein
S68410	Reisekosten	AK	0	Nein
S68411	Fahrtgeld für Betreute	AK	0	Nein
S68412	Kilometergeld Mitarbeiter pi	2007013 AK	0	Nein
S68430	Bankgebühren	AK	0	Nein
S68431	Zinsen für Kredite	AK	0	Nein
S68432	Tilgung für Kredite	AK	0	Nein
S68433	sonstiger Zinsaufwand	AK	0	Nein
S68440	Fachliteratur, Zeitschriften	AK	0	Nein
S68460	Rundfunk, Fernsehen	AK	0	Nein
S68470	Geschenke	AK	0	Nein
S68471	Repräsentationskosten/Werbung	AK	0	Nein
S68500	Rechts- u. Beratungskosten	AK	0	Nein
S68501	Jahresabschlußkosten (BDO)	AK	0	Nein
S68600	Wirtschaftsbedarf	AK	0	Nein
S68601	Waschmittel	AK	0	Nein
S68602	Kleinmaterial	AK	0	Nein
S68603	Reinigungsmittel/Waschmittel	AK	0	Nein
S68604	Reinigungsmittel 19%	AK	1	Nein
S68605	Material 19%	AK	1	Nein
S68622	Kraftstoff/Kfz Wäsche	AK	0	Nein
S68623	Energie für Elektrofahrzeuge	AK	0	Nein
S68625	Kfz-Reparaturen	AK	0	Nein
S68626	Kfz Reparaturen aus Vers.-schäden	AK	0	Nein
S68700	sonst. Fremdleistungen	AK	0	Nein
S68701	Personalkosten Leitung (Fremd)	AK	0	Nein
S68702	fremde Verwaltungskosten EDV	AK	EUR 0	Nein
S68800	EDV Wartung Hard- und Software	AK	0	Nein
S68900	Aufwand aus Ausbuchungen von Forderungen	AK	0	Nein
S68950	Zuführung zur Einzelwertberichtigung	AK	0	Nein
S71010	Kfz-Steuer	AK	0	Nein
S71015	Grundsteuer	AK	0	Nein
S71020	Körperschaftsteuer	AK	0	Nein
S71100	Gebühren, Abgaben	AK	0	Nein
S71120	Müllabfuhr	AK	0	Nein
S71200	Versicherung	AK	0	Nein
S71250	Kfz-Versicherung	AK	0	Nein
S72210	Verspätungszuschläge	AK	0	Nein
S74000	Zuführung SOPO	AK	0	Nein
S75101	Abschreibung Betriebsausstattung	AK	0	Nein
S75102	Abschreibung Anlagevermögen aus Förderu	AK	0	Nein
S75103	Abschreibungen GWG	AK	0	Nein
S75104	Abschr. Imm. Vermögen (Software)	AK	0	Nein
S75105	Abschreibung Anlagen im Bau	AK	0	Nein
S75106	Abschreibungen Gebäude	AK	0	Nein
S75107	Abschreibungen Grundstücke	AK	0	Nein
S75108	Afa GWG's Sammelposten 2008	AK	0	Nein
S75109	Afa GWG's Sammelposten 2009	AK	0	Nein
S75110	Afa GWG's Sammelposten 2010	AK	0	Nein

S75111	Abschreibung KFZ	AK	0	Nein
S75112	Afa baul. Anl. eigene Grundst.	AK	0	Nein
S75700	Afa Bauten auf fremden Grundstücken	AK	0	Nein
S75800	Afa Außenanlage	AK	0	Nein
S75900	Außerplanmäßige Abschreibung	AK	0	Nein
S76000	Mieten	AK	0	Nein
S76001	Betriebskosten	AK	0	Nein
S76002	Miete technische Ausrüstungen	AK	0	Nein
S76200	Leasing technische Ausrüstungen	AK	0	Nein
S76210	Leasing KFZ	AK	0	Nein
S76300	Pacht	AK	0	Nein
S76350	Mietabstandszahlung	AK	0	Nein
S77100	Instandhaltung Gebäude	AK	0	Nein
S77110	Innenumsatz Instandhaltung	AK	0	Nein
S77120	Instandhaltung techn. Anlagen	AK	0	Nein
S77130	Instandhaltung Betr.ausst.	AK	0	Nein
S77136	Instandhaltung Außenanlage	AK	0	Nein
S77140	sonstige Reparaturen	AK	0	Nein
S77141	Kleinmaterial	AK	0	Nein
S77145	Wartung	AK	0	Nein
S77600	außerplanmäßige Aufwendungen unregelmäßig	AK	0	Nein
S78000	Aufwand aus Abgang Anlagevermögen	AK	0	Nein
S78100	Periodenfremder Aufwand	AK	0	Nein
S78110	Rundungsdifferenzen	AK	0	Nein
S78120	sonstige betriebl. Aufwendungen	AK	0	Nein
S78200	Skontoaufwendungen	AK	0	Nein
S78210	Spenden u. ähnliche Aufwendungen	AK	0	Nein
S78300	Mitgliedsbeitrag AWO BV	AK	0	Nein
S78310	Projektförderung	AK	0	Nein
S78320	Unterstützung hilfebedürftiger Menschen	AK	0	Nein
S78900	Aufwand Bestandsveränderungen	AK	0	Nein
S79000	Beiträge	AK	0	Nein
S90100	Saldovorträge Sachkonto	VS	0	Nein
S90200	Saldovortrag Debitoren	VS	0	Nein
S90300	Saldovortrag Kreditoren	VS	0	Nein
S90400	Saldovortrag Anlagevermögen	VS	0	Nein

§ 42a Absatz 5 Satz 4  
25% Aufschlag gerechtfertigt?, auch wenn nur 3,39 aus Punkt 4

WBVG kennt nur "Überlassung des Wohnraumes" und Verpflegung  
damit werden Unterkunftsstellen zur Warmmiete, wofür ja auch der Angemessenheitsvergleich spricht (Warmmiete)  
§§ 35 und 42a wollen aber Aufteilung nach KfU und Heizkosten - zulässig?  
Ist die Miete nach WBVG eine "Warmmiete"? Kann es da dann noch Betriebskostenabrechnungen geben?

Wenn ja, woraus finanziert sich eine Betriebskostennachzahlung (wegen höheren Stromverbrauch)? Aus Grusi (Strom gehört ja eigentlich nicht hierher) oder Regelsatz (der ist bereits verbraucht)

WBVG - § 7(3) einheitliche Grundsätze... Und Forderung nach unterschiedlichen hohen Kosten für die "Überlassung" je nach Größe Zimmer, EZ / DZ ???

es scheint Konsens zu geben, dass zumindest die nach § 42a Absatz 5 Satz 4 definierten Kostenbestandteile nach "einheitlichen Grundsätzen" aufgeteilt werden sollen. Punkt 1 - Möblierung - wie umgehen, wenn ein Bewohner eigene Möbel nutzt, der andere die Einrichtungsmöbel



2014

Regelbau	1.410,00 €/m <sup>2</sup>		
Sonderbau (Wittstock)	2.030,00 €/m <sup>2</sup>	-->	144%
Anpassungsfaktor 1	125 %		
Regelbaumiete gesteigert	1.762,50 €/m <sup>2</sup>		
Fläche je Bewohner	46,50	Anteil Wohnfläche in %	80
Vergleichsbasis	50 m <sup>2</sup>	-->	107,52%
Anpassungsfaktor 2 (Flächendifferenz)	1.895,03 €/m <sup>2</sup>		

## **Vortrag 1: Aktuelles zum Bundesteilhabegesetz (BTHG)**

**Dr. Thorsten Hinz**  
Geschäftsführer CBP

## Das BTHG steht nicht allein ...

### Parallel größere Gesetzesvorhaben:

- Umsetzung der Pflegestärkungsgesetze
- Beteiligungsprozess SGB VIII Reform
- Beteiligungsprozess Reform des Betreuungsrechts
- Dialogprozess Weiterentwicklung der Hilfen für psychisch erkrankte Menschen
- (Gesetz zur Anpassung der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgeldes (BABAbgAnpG))

## **BTHG Untersuchungen für mögliche Korrekturen**

- **Finanzuntersuchung von 2017 bis 2021 (Trennung der Leistungen, neue Leistungskataloge, Budget f. Arbeit/ Andere Leistungsanbieter, Teilhabeplanverfahren...)**
- **Modellhafte Erprobung von 2017 bis 2021**
- **§ 99, Neudefinition leistungsberechtigter Personenkreis (bis Sommer 2019 – Inkrafttreten 2023)**
- **„Regelbedarfsuntersuchung“ 2020/ 2021 u. Bericht an Bundestag u. Bundesrat 2022**
- **„Wirkungskontrolle“ der Leistungen nach Art. 1, Teil 2 (Eingliederungshilferecht)**

## BTHG alles gut?

- Aktuell Referentenentwurf zum „**BTHG-Änderungsgesetz**“ – Ziel: Fehler u. Unklarheiten zu bereinigen, keine grundsätzliche Neubefassung! (Gesetz soll im April im Kabinett beschlossen werden, im November im Bundestag/ Bundesrat).
- „**BTHG-Änderungsgesetz**“ eine „letzte“ große Chance um bundespolitisch auf BTHG-Umsetzungsprobleme vor dem 1.1.2020 hinzuweisen.

## Vortrag 2: BTHG-Übergangsregelungen

**Dr. Thorsten Hinz**

Geschäftsführer CBP

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

**Stand Gesetzgebungsverfahren bundesweit:**

**Baden-Württ.      Gesetz zur Umsetzung des BTHG am 20.04.2018**

**Bayern              Bayerisches Teilhabegesetz vom 09.01.2018  
zum 1.01.2020 noch ein Bay.Teilhabegesetz II**

**Berlin                Änderungsgesetz vom 06.12.2017  
zum 31.12.2019 ein neues Gesetz**

**Brandenburg      Entwurf des Gesetzes vom 06.09.2018**

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

<b>Bremen</b>	<b>Gesetzentwurf vom 8. Januar 2019</b>
<b>Hamburg</b>	<b>Hamburgisches Gesetz vom 26.06.2018</b>
<b>Hessen</b>	<b>Gesetz zur Umsetzung des BTHG vom 26.09.2018</b>
<b>Mecklenburg- Vorpommern</b>	<b>Gesetz vom 14.02.2018</b>



## Aktuelle Umsetzung des BTHG

Niedersachsen

**bisher kein Gesetzentwurf**

Nordrhein-  
Westfalen

**Ausführungsgesetz vom 03.08.2018**

Rheinland-  
Pfalz

**Landesgesetz vom 13.12.2018**

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

<b>Saarland</b>	<b>Gesetz zur Umsetzung vom 12.07.2018</b>
<b>Sachsen</b>	<b>Gesetz zur Regelung von Zuständigkeiten v.25.07.2018</b>
<b>Sachsen -Anhalt</b>	<b>Ausführungsgesetz vom 20.07.2018</b> zweites Gesetz für 2018/2019 geplant
<b>Schleswig- Holstein</b>	<b>Erstes Gesetz vom 26.04.2018</b>
<b>Thüringen</b>	<b>Gesetz vom 30.08.2018</b>

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### 1. Stand Gesetzgebungsverfahren bundesweit:

Ausführungsgesetze der Länder (01.03.2019): 14 Bundesländer

**3 Bundesländer** ohne Gesetz/Träger der Eingliederungshilfe nicht bekannt

### 2. Stand Umsetzung Bedarfsermittlungsverfahren bundesweit:

**Gesetzliche Regelung seit dem 01.01.2018**

Festlegung durch die Länder der neuen Instrumente zur Bedarfsermittlung

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### 3. Stand Landesrahmenverträge bundesweit (Stand: 01.03.2019):

**Thüringen** Entwurf für Landesrahmenvereinbarung

**Berlin / Brandenburg / Mecklenburg-Vorpommern**

**Nordrhein-Westfalen** Verhandlungen Landesrahmenverträge

**Baden-Württemberg** Vorverhandlungen und  
Entwurf Landesrahmenvereinbarung

**Bayern** Vorverhandlungen/ **Übergangsregelung**

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### 3. Stand Landesrahmenverträge bundesweit (bis zum 31.12.2019):

Hessen

**Übergangsregelungen** vorgesehen;  
Übergangs-Rahmenvertrag und  
Übergangs-Leistungs- und Vergütungsverein-  
barungen 2020-2021; parallel die  
Erarbeitung eines Rahmenvertrages;  
Planung, endgültig neue Regelungen 2022

Niedersachsen

Verhandlungen, eine **Übergangsregelung** für 2-3  
Jahre geplant.

Nordrhein-Westfalen

Entwurf Landesrahmenvereinbarung

Rheinland-Pfalz

Landesrahmenvereinbarung vom 28.12.2019!

Saarland

Verhandlungen

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### 3. Stand Landesrahmenverträge bundesweit am 01.03.2019:

**Sachsen**

**Übergangsregelungen** im Gespräch;

**Sachsen-Anhalt**

Entwurf des Landesrahmenvertrages von Leistungsträgern vorgelegt

**Thüringen**

Entwurf Landesrahmenvereinbarung

## **Aktuelle Umsetzung des BTHG**

### **Problematik der bisherigen Landesrahmenverträge(-entwürfe):**

- Einschränkung bei der Finanzierung der Bedarfe auf bisherige Hilfebedarfsgruppen / Leistungstypen
- Abstrakte u. allgemeine Beschreibung von Leistungen widerspiegelt nicht die tatsächlichen Leistungen und nicht die tatsächliche Personalausstattung
- Keine systematische Verbindung zwischen der individuellen Bedarfsermittlung und der Finanzierung der Leistungen
- Der individuelle Bedarf wird weiterhin nicht mit der angepassten Leistung hinterlegt und die Leistung wird nicht mit der auskömmlichen Vergütung ausgestattet (die bisherigen pauschalen Vergütungen werden teilweise abzüglich der existenzsichernden Leistungen verhandelt)

### **Problematik bisheriger Übergangsregelungen(-entwürfe):**

- Aushebeln/ Aufheben von Bundesrecht auf z.B. individuelle Bedarfsermittlung
- Beibehaltung alter Regelungen bei Neuaufnahmen
- Anknüpfung bei der Grundsicherung an bisherige Investitionsbeträge

## Grundlagen der Leistungserbringung :

**Verträge nach dem Recht der Sozialhilfe (SGB XII)**

**Verträge nach dem Teilhaberecht (SGB IX) ab 01.01.2020**

- Bundesempfehlungen
- Landesrahmenverträge (bundesweit unterschiedliche)
- Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen sowie Prüfungsvereinbarungen (einrichtungsspezifisch)

zu unterscheiden sind auch: Wohn- und Betreuungsverträge und Werkstattverträge



## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### 3. Stand Landesrahmenverträge bundesweit (bis zum 31.12.2019):

#### Problematik der bisherigen Landesrahmenverträge u.a.:

- Einschränkung der Bedarfe auf HBG / LT
- Bedarfsinstrument ./ . Vergütung
- Individueller Bedarf löst die Erfüllungspflicht für den Leistungserbringer aus
- Gesamtverantwortung im bisherigen Umfang nicht mehr gerechtfertigt
- Leistungen benennen (Fachleistungen der EGH)
- **Trennung der Leistungen erfassen:**
- **Empfehlung BMAS (AG Personenzentrierung);  
Empfehlungen des Deutschen Vereins (u. aktuell neue Empfehlungen  
der Länder-Bund-AG, Stand 18.10.18)**

## Aktuelle Umsetzung des BTHG

### 3. Stand Landesrahmenverträge bundesweit (bis zum 31.12.2019):

Problematik der bisherigen Landesrahmenverträge (-entwürfe)  
u.a.:

- Schnittstelle Pflege ./.. Eingliederungshilfe klarer benennen/ klären (Gefahr Abdrängen von schwerstmehrfach behinderte Menschen in die Pflege)
- Schnittstelle Behandlungspflege ./.. Eingliederungshilfe klarer benennen/ klären

## **Aktuelle CBP Forderungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes**

- **Aufnahme der Leistungen zur Teilhabe am religiösen Leben**
- Eine bundesweite Übergangsregelung bis 2023!
- Öffnungs- und Revisionsklauseln in Landesrahmenverträgen
- Finanzierung der medizinischen Behandlungspflege durch die gesetzliche Krankenversicherung
- **FACHKRÄFTE-OFFENSIVE zur BTHG-Umsetzung**

## CBP Forderungen zur Umsetzung des BTHG

### FACHKRÄFTE-OFFENSIVE

- **Vollständige Refinanzierung von Ausbildungskosten**
- **Anteilige Finanzierung der Digitalisierung (12.000 pro Einrichtung/Dienst)**
- **Pauschale Vergütungszuschlag für die Erbringung der medizinischen  
Behandlungspflege  
(0,5 VK bei 40 Plätzen, 2 VK bei 120 Plätzen)**